

RICCARDO ALTIERI, BERND HÜTTNER
UND FLORIAN WEIS (HRSG.)

«DIE JÜDISCHE MIT DER ALLGEMEINEN PROLE- TARISCHEN BEWEGUNG ZU VEREINEN»

JÜDINNEN UND JUDEN IN DER
INTERNATIONALEN LINKEN





INHALT

Die Linke, Jüdinnen und Juden und die «jüdische Frage» Eine Einführung	3
Gertrud Pickhan National-kulturelle Autonomie, Jiddischkeit und Internationalismus Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund «Bund» im östlichen Europa	15
Angelika Timm Wider den Strom! Die zionistische Linke: europäische Wurzeln und israelische Gegenwart	27
Dana Mills Rosa Luxemburg Die Frau, die im Herzen der Revolution gelebt hat	39
Hanno Plass Jüdische Erfahrungen, universelle Antworten Linke Jüdinnen und Juden in Südafrika	49
Florian Weis Ein sozialistisches Neues Jerusalem? Jüdinnen und Juden in der britischen Arbeiterbewegung	59
Axel Fair-Schulz Jürgen Kuczynski und die jüdische Moderne Ein deutsch-jüdischer Kommunist und Wissenschaftler in verschiedenen Epochen	69

John S. Will

**Jakob Moneta – jüdischer Internationalist und
sozialistischer Gewerkschafter**

Ein Leben im «kurzen 20. Jahrhundert»

81

Mario Keßler

Theodor Bergmann (1916–2017)

Ein jüdischer Ketzer im Kommunismus

91

Zarin Aschrafi

Deutsch-jüdische Scheidungen

Das Wirken linker Jüdinnen und Juden aus Frankfurt
am Main in den 1970er und 1980er Jahren

101

Zum Weiterlesen

111

Autor*innen

117

DIE LINKE, JÜDINNEN UND JUDEN UND DIE «JÜDISCHE FRAGE»

EINE EINFÜHRUNG

Vielleicht war es Isaac Deutscher (1907–1967), der mit seinem Vortrag «The Non-Jewish Jew» im Jahr 1958 das passende Stichwort für die Mehrheit der jüdischen Linken geliefert hat, um die jeweils eigene religiös-ethnisch-kulturelle Identität kurz und treffend umschreiben zu können: Denn ungeachtet des Umstands, dass sie oftmals mit der Tradition ihrer Vorfahr*innen gebrochen und einen säkularen Weg gewählt hatten,¹ wurden sie durch Fremdzuweisung infolge religiöser Intoleranz und übersteigerter Nationalismen weltweit immer wieder auf ihre jüdische Herkunft reduziert und somit eben zu «nichtjüdischen Juden».² Michael Löwy sieht in der «Wahlverwandtschaft» (Max Weber) zwischen revolutionärer Weltanschauung und der jüdischen Hoffnung auf Erlösung ein Spannungsverhältnis, das die Positionen und das Denken von Persönlichkeiten wie Hannah Arendt (1906–1975), Walter Benjamin (1892–1940), Ernst Bloch (1885–1977), Erich Fromm (1900–1980) oder Leo Löwenthal (1900–1993) massiv beeinflusst habe.³ Dabei ist eine Tradition dessen, was unter dem Begriff der «Linken» subsumiert werden kann, mit Jack Jacobs in den Idealen der Französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit bzw. Solidarität in heutiger Sicht) zu suchen, das heißt aufseiten derjenigen, die die Revolution

damals unterstützten.⁴ Jüdische Jakobiner*innen gab es zwar, sie waren allerdings eher eine Randerscheinung.⁵

Für den deutschsprachigen Raum waren im 19. Jahrhundert dann vor allem zwei jüdische Sozialisten prägend: Moses Hess (1812–1875) gilt mit Jost Hermand als der «Nestor des Sozialismus in Deutschland», wenn er auch heute bei Weitem nicht mehr so bekannt ist wie Karl Marx (1818–1883), der doch von ihm ebenso wie Friedrich Engels (1820–1895) dazu animiert wurde, an der *Rheinischen Zeitung* mitzuwirken, als Marx dem «sozialistischen Gedankengut noch fremd gegenüberstand».⁶ Hermand stellt in seiner kürzlich erschienenen Arbeit «Völker, hört die Signale!» eine ganze Reihe deutsch-jüdischer Sozialist*innen vor, die den Sozialismus, Kommunismus und Anar-

1 Vgl. bspw. von Seltmann, Uwe: Wir sind da! 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, Erlangen 2021, S. 275. 2 Deutscher, Isaac: The Non-Jewish Jew. And Other Essays, postum hrsg. von Tamara Deutscher, London 1968. 3 Vgl. Löwy, Michael: Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken. Eine Wahlverwandtschaft, Berlin 1997, zit. n. Jacobs, Jack: Auf ein Neues: Juden und die Linke, in: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2018, S. 7–31, hier S. 8. 4 Jacobs: Auf ein Neues, S. 8. 5 Vgl. Szajkowski, Zosa: Jews and the French Revolutions of 1789, 1830 and 1848, New York 1970, S. 822. 6 Hermand, Jost: «Völker, hört die Signale!». Zum Bekanntheit deutsch-jüdischer Sozialisten und Sozialistinnen vor 1933, Köln/Weimar/Wien 2020, S. 21 u. 26.

chismus vor 1933 geprägt hatten, darunter Ferdinand Lasalle (1825–1864), Eduard Bernstein (1850–1932), Gustav Landauer (1870–1919), Kurt Eisner (1867–1919), Ernst Toller (1893–1939), aber auch Rosa Luxemburg (1871–1919) und Ruth Fischer (1895–1961).⁷ Nicht enthalten sind beispielsweise Olga Benario-Prestes (1908–1942), Werner Scholem (1895–1940) oder Rosi Wolfstein-Frölich (1888–1987).⁸

Den Jüdinnen und Juden in der Sozialdemokratie, insbesondere unter den Gesichtspunkten Zionismus und Antisemitismus, widmeten zuletzt zwei junge Historiker ihre Aufmerksamkeit. Christian Dietrich konstatiert in seiner Habilitationsschrift, dass die SPD zur Abwehr der Judenfeindschaft bis in die 1930er Jahre der Definition und der Analyse August Bebels gefolgt war und sich dabei dem Antisemitismus aus prinzipiellen Erwägungen wie als Element eines aktiven Republiksschutzes entgegenstellte. Dabei differenzierte sich speziell in den 1920er Jahren die vormals weitgehend homogen-kritische Haltung zum Zionismus aus, während sich etwa die britische Labour Party noch stärker



Ruth Fischer

7 Vgl. ebd. Zu den genannten Personen vgl. ferner Brie, Michael/ Schütrumpf, Jörn: Rosa Luxemburg. Eine revolutionäre Marxistin an den Grenzen des Marxismus, Hamburg 2021; Fuchs, Daniela: «Zu Breslau ein Friedhof. Ein Toter im Grab. Dort schlummert der Eine der Schwerter uns gab». Ferdinand Lasalle zum 150. Todestag, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 13/2014, S. 199–207; Jacob, Frank: Kurt Eisner. Ein unvollendetes Leben, Berlin/Leipzig 2021; Keßler, Mario: Ruth Fischer (1895–1961). Ein Leben mit und gegen Kommunisten, Köln 2013; Kunze, Sebastian: Gustav Landauer. Zwischen Anarchismus und Tradition, Berlin/Leipzig 2020; Rubovitch, Yuval: Eduard Bernstein. Deutscher, Sozialdemokrat, und «trotz allem Jude», Berlin 2019. 8 Zu den hier Genannten vgl. Altieri, Riccardo: Rosi Wolfstein-Frölich. Sozialdemokratin und Antimilitaristin, Berlin/Leipzig 2021; Cohen, Robert: Der Vorgang Benario. Die Gestapo-Akte 1936–1942, Berlin 2016; Hoffrogge, Ralf: Werner Scholem – eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz 2014.

**GEMESSEN AM BEVÖLKERUNGS-
ANTEIL WAREN JÜDINNEN UND
JUDEN IM AUSGEHENDEN 19.
UND IN DER ERSTEN HÄLFTE DES
20. JAHRHUNDERTS ÜBER-
PROPORTIONAL IN DEN REVOLU-
TIONÄREN UND REFORMERISCHEN
BEWEGUNGEN AKTIV.**

auf den Zionismus zubewegte.⁹ Dem stellt Yuval Rubovitch die These gegenüber, dass auch die SPD Antisemitismus in den eigenen Reihen duldet. Er arbeitet sich explizit an Karl Marx' Rezension «Zur Judenfrage» ab, die er unmissverständlich als antisemitisch einstuft. Dabei muss freilich eine generelle Stereotypisierung in der Sprache jener Zeit beachtet werden, die heute mit Recht abgelehnt wird. Ein differenzierteres Bild bietet sich dann bei den beiden Hauptprotagonisten seiner Dissertationsschrift, nämlich dem Revisionisten Eduard Bernstein und dem orthodoxen Marxisten Karl Kautsky (1854–1938). Bernstein wandelte sich im Zuge ihrer politischen Debatte vom Antizionisten zum Zionismusbefürworter – und das am Vorabend der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, die nur Kautsky noch miterlebte.¹⁰ Einen vielschichtigen Überblick liefert ferner der Sammelband

«Judentum und Arbeiterbewegung», der von Markus Börner, Anja Jungfer und Jakob Stürmann herausgegeben wurde.¹¹ In zwei weiteren Forschungsprojekten wird das Thema derzeit außerdem bearbeitet: Am Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig ist die Forschergruppe «Eine neue Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung» aktiv.¹² Das neu gegründete Institut für historische Sozialforschung der Arbeiterkammer Wien forscht zu jüdischen Gewerkschafter*innen in der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung.¹³

SOZIALISMUS ALS BEFREIUNGSTHEORIE

Gemessen am Bevölkerungsanteil waren Jüdinnen und Juden im ausgehenden 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts überproportional in den revolutionären und reformerischen Bewegungen sowohl Ost- und Westeuropas als auch der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas und Südafrikas aktiv. Die jüdische Herkunft spielte für sie zumeist jedoch weiterhin eine untergeordnete oder keine Rolle. Als Sozialist*innen oder Kommunist*innen verstanden sie sich der Sache nach als «Weltbürger*innen» beziehungsweise Internationalist*innen, sie waren vielmehr

⁹ Vgl. Dietrich, Christian: Im Schatten August Bebels. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikenschutz 1918–1932, Göttingen 2021. ¹⁰ Vgl. Rubovitch, Yuval: Marxismus, Revisionismus, Zionismus. Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität, Berlin/Leipzig 2021. ¹¹ Vgl. Börner u. a.: Judentum und Arbeiterbewegung. ¹² Vgl. www.dubnow.de/forschung/arbeiterbewegung/. ¹³ Vgl. <https://ihsf.at/juedische-gewerkschafter/>.

angetreten, für die Befreiung aller Menschen von wirtschaftlicher, politischer und geistiger Unterdrückung zu kämpfen. Als in den 1920er Jahren zunehmend Jüdinnen und Juden aus Osteuropa nach Deutschland einwanderten, wurde dadurch eine öffentliche Debatte losgetreten. Im Preußischen Landtag sprach sich insbesondere Werner Scholem für die Rechte der sogenannten Ostjüdinnen und Ostjuden aus, verortete sie im Klassensystem als «Subproletarier [...], die es vom Klassenstandpunkt aus zu unterstützen gilt». ¹⁴ Säkulare Jüdinnen wie Rosi Wolfstein-Frölich, die mit Scholem für die KPD im Landtag saßen, äußerten sich zur Frage der Religion: «Für mich spielte es keine Rolle, dass sie Juden waren. [...] Ich habe darauf reagiert, indem ich die sozialistische Bewegung unterstützte, weil sie alle Differenzen aus dem Weg schaffen wollte.» ¹⁵ In den unterschiedlichen linken Positionen zu derartigen Fragen spiegelte sich auch die Vielfalt der jüdischen Gemeinschaft wider, von humanistisch-säkularen Jüdinnen bis hin zu orthodoxen Juden. Antisemitismus galt den Linken unter ihnen oftmals als Symptom des Kapitalismus, das mit dessen Überwindung verschwinden würde. Allerdings lag darin auch die fatale Unterschätzung der neuartigen Qualität eines rassistischen Antisemitismus und der Gefahr verborgen, die für Jüdinnen und Juden von ihm ausging und die sich letztlich in der Shoah in schrecklichster Form ausdrückte.

¹⁴ Scholem, Werner zit. n. Vinschen, Klaus-Dieter: Rosi Wolfstein-Frölich, in: Heid, Ludger/Paucker, Arnold (Hrsg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Tübingen 1992, S. 165–176, hier S. 170. Vgl. ferner Hoffrogge; Werner Scholem, S. 206. ¹⁵ Rosi Wolfstein-Frölich zit. n. Vinschen: Rosi Wolfstein-Frölich, S. 173.



Toni Sender



Dem Bildungsbürgertum entstammend oder auch in der Arbeiterklasse sowie im Kleinbürgertum (bspw. in Polen, Litauen, der Ukraine, Weißrussland, Großbritannien) verhaftet, waren Jüdinnen und Juden nicht selten mehrerer Sprachen mächtig. Jüdische Revolutionär*innen wie Rosa Luxemburg, Leo Trotzki (1879–1940) und Otto Bauer (1881–1938) wurden zu Schlüsselfiguren linker, zumeist marxistischer Parteien. Vielfach waren Jüdinnen und Juden jedoch nicht nur in revolutionären Organisationen ihrer Heimatländer verankert, sondern gehörten internationalen Verbänden an. Diese proklamierten neben sozialer Befreiung die Lösung der «jüdischen Frage», sei es durch Auswanderung nach Palästina oder kulturell-sprachliche jüdische Autonomie im jeweiligen Heimatland. Gleichwohl verstanden sich all diese (zum Teil sich bekämpfenden) Strömungen mit Recht als ein integraler Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung. Warum aber haben derart viele Jüdinnen und Juden mit sozialistischen Ideen sympathisiert und Führungspositionen in revolutionären Bewegungen erlangt? Weil sie von allgemeinen Unterdrückungen und Einschränkungen ebenso betroffen waren wie von sehr spezifisch antijüdischen und antisemitischen. Der Drang zur Selbstbefreiung war demnach ungleich höher. So fanden sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus (NS) rund 3.000 deutsche Jüdinnen und Juden, die Mehrheit von ihnen mit linksliberaler bis kommunistischer Einstellung.¹⁶

¹⁶ Vgl. Paucker, Arnold: Jüdischer Widerstand, in: Herzog, Arno/Rademacher, Cay (Hrsg.): Die Geschichte der Juden in Deutschland, Bonn 2008, S. 232–237, hier S. 232 f. Vgl. ferner Paucker, Arnold: Jüdischer Widerstand in Deutschland, Berlin 1989.

Rosa Luxemburg, die sich zeitlebens so gut wie nie zu ihrem Jüdischsein geäußert hatte, wurde 1871 in eine Zeit geboren, als die im Abschluss befindliche «Emanzipation der Juden» bei Weitem nicht ausgereicht hatte, um Judenfeindschaft und den neu konstituierten Antisemitismus zu verhindern.¹⁷ Über die berühmteste linke Jüdin schreibt Dana Mills im vorliegenden Band eine kurze Biografie, in der sie die Wegmarken einer ausführlicheren Lebensbeschreibung¹⁸ nachzeichnet und dabei die wenigen und dennoch zentralen Momente ihres Jüdischseins herausstellt, was freilich nur eine von vielen Kategorien ist, durch die die Politikerin dargestellt werden kann. Luxemburgs Biograf Paul Frölich schrieb über die Atmosphäre, in der Luxemburg aufwuchs:

«In diesem Reich [gemeint ist der Teil Polens, der zaristisch besetzt war, Anm. d. Verf.], wo jeder der Hund seines Vorgesetzten oder der sozial höheren Schicht ist, ist der Jude der Hund noch des Elendsten, und alle Fußtritte landen schließlich von der Spitze der sozialen Pyramide herab bei ihm. Er ist umlauert, eingeschüchtert, geschlagen von gehässigem Antisemitismus.»¹⁹

Das konnte bisweilen das ganze Leben beeinträchtigen: Es gab eigene Ausnahmegesetze, Jüdinnen und Juden wurden ghettoisiert, sie waren noch immer von Berufsverboten betroffen und wurden nicht selten Ziel von Willkür, Erpressung und Repression.²⁰ Neben dem vergleichsweise simplen Schritt der Abkehr von Religion und Tradition bot vor allem der Sozialismus eine Befreiungstheorie, die magisch anzu ziehen vermochte. Das traf im Anschluss

an die Novemberrevolution auch auf den Kommunismus zu. Mario Keßler beantwortet die Frage, weshalb so viele Jüdinnen und Juden in der KPD eine Heimat fanden, wie folgt:

«[D]ie Hoffnung, die bolschewistische Revolution werde den Antisemitismus ein für alle Mal beseitigen, die starke Präsenz jüdischer Intellektueller in Politik und Kultur des frühen Sowjetrusland, vor allem aber die neuartige Qualität des deutschen wie des russischen Judenhasses sorgten unter jüdischen Deutschen für einen deutlichen Ruck nach links.»²¹

So wenig Rosa Luxemburg mit dem Judentum in Verbindung stand, so sehr wurde sie von der monarchistischen und völkisch-nationalen Rechten auf dieses Merkmal ihrer Identität reduziert. Letztlich führte die Feindschaft gegen sie als Frau, Kommunistin und Jüdin am 15. Januar 1919 zu ihrer brutalen Ermordung. Isaac Deutscher schrieb hierüber: «Im Mord an Rosa Luxemburg feierte Hohenzollern-Deutschland seinen letzten, Nazi-Deutschland hingegen seinen ersten Triumph.»²²

¹⁷ Zu den Ursprüngen des Antisemitismus als pseudowissenschaftliche Selbstbezeichnung vgl. Kotowski, Elke-Vera: Der Fall Dreyfus und die Folgen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50/2007, S. 25–32, hier S. 25, unter: www.bpb.de/apuz/30051/der-fall-dreyfus-und-die-folgen. ¹⁸ Vgl. Mills, Dana: Rosa Luxemburg (Critical Lives), London 2020. ¹⁹ Frölich, Paul: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Frankfurt a. M. 1967, S. 15. ²⁰ Vgl. ebd. ²¹ Keßler, Mario: Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: UTOPIE kreativ 173/2005, S. 223–232, hier S. 224, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/173/173_Kessler.pdf. ²² Deutscher, Isaac: Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin 1977, S. 13.

**«IM MORD AN ROSA LUXEMBURG
FEIERTE HOHENZOLLERN-DEUTSCHLAND
SEINEN LETZTEN, NAZI-DEUTSCHLAND
HINGEGEN SEINEN ERSTEN TRIUMPH.»
(ISAAC DEUTSCHER)**

JÜDISCHE IDENTITÄTEN UND AKTIVITÄTEN INNERHALB DER HISTORISCHEN LINKEN

Mario Keßler wählt in seinem Aufsatz für diesen Band ebenfalls einen biographischen Zugang. Er beschreibt das Leben seines Freundes und Weggefährten Theodor Bergmann (1916–2017). Dieser, zu spät geboren, um Rosa Luxemburg noch kennenlernen zu können, erfuhr den Übergang vom Hohenzollern- zum Nazi-Reich am eigenen Leib.²³ Als sich 1928/29 als Reaktion durch den dominanten Stalinismus in der KPD und durch zahlreiche Parteiausschlussverfahren die Kommunistische Partei-Opposition (KPO) gebildet hatte, schloss sich Bergmann dieser an und wurde ein Schüler derjenigen, die von Josef Stalin (1878–1953), aber auch von Ernst Thälmann (1886–1944) abfällig als «Luxemburgisten»²⁴ bezeichnet wurden:

²³ Zur Familiengeschichte, insbesondere dem Spannungsfeld zwischen religiösem Elternhaus und mehrheitlich sozialistisch bzw. kommunistisch geprägten Kindern, sowie zur Verfolgung im Nationalsozialismus vgl. Bergmann, Theodor: Sozialisten, Zionisten, Kommunisten: Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert, Hamburg 2014. ²⁴ Zum Begriff «Luxemburgismus» vgl. Killet, Julia: Fiktion und Wirklichkeit: Die Darstellung Rosa Luxemburgs in der biographischen und literarischen Prosa, Hamburg 2020, S. 94–116.

Olga Benario-Prestes



Paul Frölich (1884–1953) und mehr noch August Thalheimer (1884–1948). Letzterer, der die Bonapartismus- und eine Faschismustheorie geprägt hatte, gilt wiederum als Vertreter einer jüdischen Familie, die gleich mehrere linke Köpfe hervorgebracht hat. In Bergmanns Studie «Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten» geht es somit auch um Augusts Schwester Bertha Thalheimer (1883–1959), die 1925 ein Gründungsmitglied des Roten Frauen- und Mädchenbundes (RFMB) war.²⁵ Jene Serie von Parteiausschlüssen aus der KPD in der zweiten

Hälfte der 1920er Jahre traf auffällig oft die Mitglieder mit jüdischen Wurzeln – oder mit den Worten von Michael Brie und Jörn Schütrumpf: In den letzten Jahren ihrer Existenz vor 1933 habe sich die KPD insbesondere hinsichtlich ihrer Parlamentsabgeordneten «ohne Not freiwillig ›judenfrei› gemacht – ein Makel, der bis heute haftet.²⁶ Denn einerseits gab es infolge des Stalinismus nie eine adäquate Aufarbeitung dieser Form des linken Antisemitismus, andererseits taten es die kommunistischen Parteien in der UdSSR und später die SED in Ostdeutschland dem Vorbild der KPD gleich.²⁷



Rosi Wolfstein-Frölich

Eine ungewöhnliche Biografie ist auch jene von Jakob Moneta (1914–2012), die von John S. Will vorgestellt wird. Moneta, der Deutschland 1933 verließ und in einem Kibbutz in Palästina lebte, kehrte nach der NS-Herrschaft nach Westdeutschland zurück und trat den Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) bei. Die DDR wäre für ihn keine Alternative gewesen, wurden doch Trotzki*innen wie er im stalinistischen Einflussbereich schon vor dem Zweiten Weltkrieg als Abtrünnige verfolgt. Moneta wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Frankfurt am Main beigesetzt.

**DABEI WAREN
DIE GENOSS*INNEN
DES «BUND», DER SICH
ALS SOZIALISTISCHE
PARTEI VERSTAND,
DIE ALLE JÜDISCHEN
MITGLIEDER DER
ARBEITENDEN
KLASSE VERTRETEN
WOLLTE, DURCH UND
DURCH SÄKULAR.**

Mit der in Frankfurt aktiven jüdischen Linken in den 1970er und 1980er Jahren, vor allem im Spektrum der neuen Linken und der sogenannten Spontis, setzt sich Zarin Aschrafi in ihrem Beitrag auseinander.²⁸

Freilich gab es unter der Vielzahl von Linken mit jüdischen Wurzeln auch solche, die der dogmatischen Linie des Kommunismus verhaftet blieben, wie beispielsweise das Ehepaar Inge Syllm-Rapoport (1912–2017) und Samuel Mitja Rapoport (1912–2004). Beide gingen nach der Exilzeit bewusst in die DDR: Samuel, weil er als Kommunist in Österreich beruflich nicht mehr Fuß fassen konnte, und Inge, weil sie als Zielperson antikommunistischer Verfolgung in den USA nicht nach Westdeutschland zurückkehren wollte. Sie wurde auch dadurch bekannt, weil ihr die Universität Hamburg im Jahr 2015 – also über 77 Jahre nach der Aberkennung durch die Nationalsozialisten und im Alter von 102 Jahren – ihre Doktorwürde erneut verlieh.²⁹ Ein weiterer Kommunist, der nach dem Exil nach Ostdeutschland zurückkehrte, war Jürgen Kuczynski (1904–1997), dem Axel Fair-Schulz seinen Beitrag widmet.

Doch neben individuellen Schicksalen wurde die Geschichte der jüdischen Linken

²⁵ Vgl. Bergmann, Theodor: Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004. ²⁶ Brief/Schütrumpf: Rosa Luxemburg, S. 75. ²⁷ Vgl. Jünke, Christoph: Schädelstätte des Sozialismus. Stalinistischer Terror Revisited, in: Gruppe INEX (Hrsg.): Nie wieder Kommunismus? Zur linken Kritik an Stalinismus und Realsozialismus, Münster 2018, S. 84–106, hier S. 86. ²⁸ Zu den Spontis vgl. unter anderem Kraushaar, Wolfgang: Die Frankfurter Sponti-Szene: Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung, in: Archiv für Sozialgeschichte 44/2004, S. 105–121, unter: http://library.fes.de/jportal/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00023638/afs-2004-105.pdf. ²⁹ Zur Geschichte des Ehepaars vgl. die Fernsehdokumentation von Sissi Huetlin und Britta Wauer: Die Rapoport. Unsere drei Leben, 2003.

vor allem auch durch Ideen, Theorien und geistige Strömungen definiert. In der großen Frage um die Notwendigkeit eines jüdischen Staats lange vor der NS-Herrschaft fanden sich linke Jüdinnen und Juden sowohl auf zionistischer als auch auf antizionistischer Seite wieder. Die sozialistische Bewegung Poale Zion war eine Gegenbewegung zum antizionistischen Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund, kurz: «Bund», von dem der Beitrag von Gertrud Pickhan handelt. Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1935 war der «Bund» in Polen, Russland, aber auch Litauen, der Ukraine und in Weißrussland aktiv und setzte sich für die Anerkennung der Jüdinnen und Juden als eigene Nation in Russland ein. Dabei waren die Genoss*innen des «Bund», der sich als sozialistische Partei verstand, die alle jüdischen Mitglieder der arbeitenden Klasse vertreten wollte, durch und durch säkular. Die Poale Zion hingegen entstand deshalb ab 1901 ebenfalls zunächst in Osteuropa, weitete sich aber schon früh bis in die USA und ins britische Commonwealth aus, existierte zeitweise sogar in Argentinien. Seit 1903 war sie in Palästina und seit 1918 in Deutschland aktiv.³⁰ Von der zionistischen Linken in Palästina und später in Israel handelt der Beitrag von Angelika Timm.

Florian Weis wiederum gibt Einblicke in die jüdische Linke in Großbritannien. Dem anderen Charakter der britischen Arbeiterbewegung als einer «broad church», einem weitgespannten Dach, unter dem sich viele Strömungen und Teilorganisationen sammelten, entsprechend, waren eigenständige jüdische Organisationen wie Poale Zion und später das Jewish Labour Movement integraler Bestandteil der Labour Party,

und es gab zunächst auch eigenständige jüdische Gewerkschaften wie die London Jewish Bakers' Union (LJBU). Als Regierungspartei zwischen 1945 und 1951 war Labour für die Umsetzung des Teilungsplans der Vereinten Nationen für Palästina, einem britischen «Mandatsgebiet», verantwortlich. Bei aller Sympathie für den Zionismus in der Labour Party war die Regierung in dieser Frage gespalten und agierte alles andere als israelfreundlich, während die UdSSR und damit auch die Communist Party of Great Britain (CPGB) anfänglich Israel unterstützten.

Einen weiteren transnationalen Bogen spannt der Beitrag von Hanno Plass über Jüdinnen und Juden in der Antiparteibewegung in Südafrika, über ihre Haltung zur Religion und zum jüdischen Staat. Jüdinnen und Juden waren in der nicht-schwarzen Bevölkerung Südafrikas weit überproportional in der Bewegung und der Kommunistischen Partei aktiv; Joe Slovo (1926–1995) und Denis Goldberg (1933–2020) sind zwei von vielen beeindruckenden Vertreter*innen.

ERINNERUNG AN EINE EMANZIPATORISCHE ALLIANZ

Wer hingegen heute in Internetsuchmaschinen die Begriffskombination «Linke» und «Juden» eingibt, stößt in der Mehrzahl auf Ergebnisse zu zwei umstrittenen The-

³⁰ Zur Geschichte vgl. Keßler, Mario: Zionistischer Sozialismus im Ersten Weltkrieg. Die Poale Zion 1914–1918, in: Jacob, Frank/Altieri, Riccardo (Hrsg.): Krieg und Frieden im Spiegel des Sozialismus 1914–1918, Berlin 2018, S. 388–402.

men: auf – realen wie vermeintlichen – linken Antisemitismus und linke Zionismus- und Israelkritik. Zweifelsohne handelt es sich dabei um wichtige Fragestellungen und teilweise reale Probleme. Das diesen zugrunde liegende zentrale Problem ist ein Ende der Allianz aus Judentum und Arbeiterbewegung um 1970. Ab 1967 dominierte eine antikoloniale, antiimperialistische Lesart die weltweite Linke. Ab 1977 ging die Hegemonie in Israel an die Rechte um die Likud-Partei über. Der soziale und ökonomische Aufstieg vieler, wenn auch keineswegs aller Jüdinnen und Juden in den meisten westlichen Ländern, spielte ebenfalls eine Rolle.³¹ Die Geschichte der emanzipatorischen Allianz gerät in Vergessenheit, im Judentum wie in der Linken. In den USA hingegen wählen mehr als zwei Drittel aller Jüdinnen und Juden stets die Demokratische Partei, in Großbritannien ist das Verhältnis umgekehrt – dort erhalten die konservativen Tories den größten Anteil jüdischer Stimmen.

Die Geschichte von Jüdinnen und Juden in Europa, den USA, Israel/Palästina, Südafrika und allen anderen Ländern ist geprägt von Bedrohungen und Antisemitismuserfahrungen, aber auch von Emanzipationskämpfen, breitem politischen Engagement und einer Verbindung mit progressiv-liberalen wie sozialistischen Bewegungen. Diese Facette linker und jüdischer Geschichte wollen wir in diesem Band beleuchten. Damit fokussieren wir nicht die – notwendige – Perspektive auf Verfolgung, Antisemitismus und Massenmord, auch wenn sich diese Ebenen natürlich nicht strikt voneinander trennen lassen. Dies nicht, weil wir finden, Juden und Jüdinnen

seien heute so gut inkludiert, sondern weil es in Deutschland aktuell um 1.700 Jahre jüdisches Leben geht.³²

In offiziellen Darstellungen zu dieser Zäsur wird oft auf einen linken Antisemitismus fokussiert, weniger auf jüdische Identitäten oder Aktivitäten *innerhalb* der historischen Linken.³³ Doch gerade an die einstmals so intensive, wenn auch nicht selten spannungsreiche Verbindung von jüdischen und nicht-jüdischen Linken, ja die Selbstverständlichkeit, die sie in manchen Phasen und Ländern erreichte, wollen wir mit dieser Broschüre erinnern und dafür eintreten, dass sie nicht noch weiter in Vergessenheit gerät, ja als Bestandteil linker Tradition angesehen wird.

Das Thema wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung auch weiterhin beschäftigen: Für 2022 ist eine zweite Publikation mit Biografien von linken Jüdinnen und Juden geplant.

Riccardo Altieri, Bernd Hüttner
und Florian Weis

Hof/Bremen/Berlin, September 2021

31 Vgl. Mendes, Philip: *Jews and the Left. The Rise and Fall of a Political Alliance*, London 2014. 32 Zur Kritik an der Initiative «1.700 Jahre» vgl. Lelle, Nikolas/Kummer, Imke: 1700 Jahre jüdisches Leben, Antijudaismus und Antisemitismus, *beltower news*, 11.2.2021, unter: www.beltower.news/trotz-alledem-1700-jahre-juedisches-leben-antijudaismus-und-antisemitismus-111761/; Bodemann, Y. Michal: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland? Von der falschen Konstruktion einer Identitätsgeschichte, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2021, S. 105–110. 33 Vgl. bspw. die Äußerungen zu Daniel Cohn-Bendit in: Seltmann, *Wir sind da!*, S. 73 u. 91. Dort wird kurzbiografisch allerdings auch auf «Martyrer der Weimarer Republik» wie Rosa Luxemburg, Kurt Eisner oder Gustav Landauer eingegangen. Vgl. ebd., S. 270–273.

Gertrud Pickhan

NATIONAL-KULTURELLE AUTONOMIE, JIDDISCHKEIT UND INTERNATIONALISMUS

DER ALLGEMEINE JÜDISCHE ARBEITERBUND «BUND»
IM ÖSTLICHEN EUROPA

Die linkslaizistische und dezidiert antizionistische jüdische Arbeiterpartei, bekannt unter ihrem Kurznamen «Bund», wurde 1897 in Wilna gegründet. Mit seinem Konzept der *doigkayt*¹ (dt. Hiesigkeit) und einem Netzwerk aus Partei, Gewerkschaften, Bildungs- und Kultureinrichtungen war der «Bund» tief verwurzelt in der Lebenswelt jüdischer Arbeiter*innen und kleiner Leute zunächst im sogenannten Ansiedlungsrayon² im Russländischen Reich, ab 1918 dann in Polen.

Der «Bund» bot Menschen, die bis dahin in der jüdischen Gesellschaft marginalisiert worden waren, ein neues Identitätskonzept. Mit der Vernichtung der osteuropäischen Judenheiten im Zweiten Weltkrieg ging auch der Bundismus als politische Massenbewegung und Vorläufer eines modernen Multikulturalismus unter.

Nachfolgend wird zunächst der «Bund» im Russländischen Reich bis 1917 behandelt, es folgen Ausführungen zur Geschichte des «Bund» in der Zweiten Polnischen Republik (1918–1939) und zu seinem Ende im Holocaust.

DER «BUND» IM RUSSLÄNDISCHEN REICH

Formierung einer jüdischen Arbeiterbewegung und Gründung der Partei

Die Ursprünge der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa und die Entstehung des «Bund» sind eingebettet in den Kontext der Geschichte des Ansiedlungsrayons wie auch der Modernisierungsprozesse im Russländischen Imperium, beginnend mit der Thronbesteigung Alexanders II. im Jahr 1855. Im Zuge einer sozialen Mobilisierung bildeten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Zarenreich auch in der jüdischen Bevölkerung neue Gesellschaftsschichten heraus.³ Mit dem Verlust der traditionellen Mittlerrolle entstanden ein Klassengegensatz und eine neue Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit. So konstatierte eine vom Zaren eingesetzte

1 Die Transkription jiddischer Begriffe folgt den Regeln des Yidisher visnshaftlekher institut (YIVO). 2 Es handelt sich dabei um die Gebiete im Westen des Russländischen Reichs, auf die das jüdische Siedlungsrecht beschränkt war. Im Norden reichte der Ansiedlungsrayon bis an die Ostsee, im Süden bis ans Schwarze Meer. 3 Ausführlicher dazu siehe Polonsky, Antony: *The Jews in Poland and Russia*, Bd. 1, Oxford 2010, S. 392–440.

**ZENTRALE FORDERUNGEN
DER STREIKENDEN WAREN
ANGESICHTS DER ZUM TEIL
NOCH ARCHAISCHEN ZU-
STÄNDE IN DEN JÜDISCHEN
KLEINBETRIEBEN VOR ALLEM
GEREGELTE ARBEITS-
BEDINGUNGEN WIE EIN
ZEHNSTUDENTAG UND
REGELMÄSSIGE LOHN-
AUSZAHLUNGEN IN
ANGEMESSENER HÖHE.**

Kommission 1888 bei 90 Prozent der jüdischen Bevölkerung im Ansiedlungsrayon proletariatsähnliche Lebensverhältnisse. Mehrheitlich handelte es sich dabei um Heimarbeiter*innen und Handwerker; weit weniger Erwerbstätige, darunter jedoch zahlreiche Frauen und Kinder, arbeiteten in Textil- und Tabakfabriken oder in der Lebensmittelindustrie.

Seit den 1870er Jahren kam es vermehrt zu Streiks, die durch die Einrichtung von Streikkassen erstmals zu einer Selbstorganisation der jüdischen Arbeiter*innen führten. Gleichzeitig entstanden Arbeiterbildungszirkel, in denen zumeist russifizierte jüdische Linksintellektuelle mit Vertreter*innen der Arbeiterschaft kooperierten. Viele der späteren jüdischen Revolutionäre waren Absolventen des Wilnaer Rabbinerseminars, das in der Folgezeit als Lehrerseminar fungierte, und standen in der Herrschaftszeit Alexanders II. unter dem Einfluss der revolutionären russischen Ideen und der Entdeckung des einfachen Volks durch die Bewegung der «Volkstümmer*innen» (russ. Narodniki).

Der zunehmende Gebrauch des Jiddischen als Agitationssprache im Arbeitskampf legte den Grundstein für den späteren Jiddischismus des «Bund». Zentrale Forderungen der Streikenden waren angesichts der zum Teil noch archaischen Zustände in den jüdischen Kleinbetrieben vor allem geregelte Arbeitsbedingungen wie ein Zehnstudentag und regelmäßige Lohnauszahlungen in angemessener Höhe. Wenngleich diese nicht immer durchgesetzt werden konnten, war die politische Bedeutung dieser Streiks immens und

führte dazu, dass der russische Sozialdemokrat Georgij Plechanov der jüdischen Arbeiterbewegung Anerkennung zollte und die «Parias Russlands» als Avantgarde der Arbeiterarmee des Landes würdigte.⁴

Nachdem die Forderungen nach einer eigenen jüdischen Arbeiterpartei in den 1890er Jahren immer lauter geworden waren und sich bereits unter den Gerbern und Bürstenbindern erste Gewerkschaften formiert hatten, kam es im Herbst 1897 in Wilna zur Gründung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds in Russland und Polen; später wurde noch Litauen hinzugefügt. Die Wohnorte der 13 Gründungsmitglieder spiegeln die räumlichen Schwerpunkte der jüdischen Arbeiterbewegung wider: Sechs Delegierte kamen aus Wilna, drei aus Warschau, zwei aus Białystok und je einer aus Minsk und Witebsk. Zwei Frauen waren unter den Gründungsmitgliedern.⁵

Die Gründungsresolution des «Bund» sah eine enge Verbindung zur russischen Sozialdemokratie vor. Folgerichtig waren 1898 drei Bundist*innen an der Entstehung der Russländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP) beteiligt. Die später virulente nationale Frage wurde 1897 noch nicht diskutiert.

Programmatik und Konsolidierung bis 1917

Erst nach mehrjährigen Debatten kristallisierte sich das bundistische Konzept einer Minderheitenpolitik in einem Vielvölkerstaat heraus. Der Warschauer Bundist John Mill, der mit Assimilationsforderungen polnischer Sozialist*innen konfrontiert war, propagierte als Erster eine stärkere

Ausrichtung an einer nationalen Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung. Die beiden Parteitheoretiker Vladimir Kosovski und Vladimir Medem lieferten schließlich eine theoretische Begründung und Ausformulierung des Konzepts der national-kulturellen Autonomie, das in einer kreativen Aneignung auch Teile des austromarxistischen Nationalitätenprogramms übernahm. Auf dem sechsten Parteitag des «Bund» in Zürich 1905 wurde die Formel der national-kulturellen Autonomie in das Parteiprogramm aufgenommen; verbunden waren damit Forderungen nach gesetzlichen Garantien für den Gebrauch des Jiddischen bei Gericht und in allen öffentlichen Einrichtungen des Ansiedlungsrayons sowie für die Einrichtung staatlicher Elementarschulen mit Jiddisch als Unterrichtssprache. Damit emanzipierte sich der «Bund» von seinen marxistischen Ziehvätern in West- und Mitteleuropa und setzte fortan auf die jiddische Sprache und Kultur als konstitutives Element des osteuropäisch-jüdischen Arbeiterbewusstseins. Gleichzeitig wurde die Hoffnung auf eine individuelle Emanzipation durch rechtliche Gleichstellung durch die Konzeption einer kollektiven Autonomie für alle Nationalitäten im Russländischen Reich ersetzt.

In der Folgezeit entstand unter der Ägide des «Bund» ein institutionelles Netzwerk mit Arbeiterbibliotheken, Kindergärten und anderen Bildungs- und Kultureinrich-

⁴ Zit. n. Bunzl, John: Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975, S. 60. ⁵ Zur Geschichte des «Bund» im Russländischen Reich siehe Mendelsohn, Ezra: Class Struggle in the Pale. The Formative Years of the Jewish Workers Movement in Tsarist Russia, Cambridge 1970; Tobias, Henry J.: The Jewish Bund in Russia. From its Origins to 1905, Stanford 1972.

tungen. Auch die jiddische Arbeiterpresse trug dazu bei, das neu erwachte Selbstbewusstsein der nicht-privilegierten Bevölkerung im Ansiedlungsrayon an die sprachliche und kulturelle Komponente der Jiddischkeit zu binden und dadurch zu festigen. Wie Ezra Mendelsohn festhielt, habe die Kulturarbeit für das Selbstbewusstsein und die Würde der jüdischen Arbeiter*innen sogar eine größere Bedeutung als die Streikbewegung gehabt.⁶ Die «fast schon obsessive Befassung mit menschlicher und jüdischer Würde»⁷ zeigte sich auch in der Organisation bewaffneter Selbstschutzgruppen des «Bund», die sich im Zuge der seit Anfang des 20. Jahrhunderts vermehrt auftretenden Pogrome bildeten. Durch die Aufstellung bewaffneter Verbände begründete der «Bund» die Tradition eines kämpfenden Proletariats, die auch noch in der Zwischenkriegszeit wirksam blieb.

Die stärkere Ausrichtung an den Interessen der jüdischen Arbeiterschaft führte freilich zunehmend zu Auseinandersetzungen innerhalb der RSDAP. Während der «Bund» eine föderative Neuordnung der Partei forderte, weigerten sich Lenin und andere russische Sozialdemokrat*innen, eine jüdische Nationalität anzuerkennen, und sprachen sich für eine Assimilation aus. 1903 eskalierte der Streit und die Bundist*innen verließen die Dachorganisation der RSDAP. Doch bereits 1905 kämpften russische und jüdische Linke in der ersten Revolution im Zarenreich wieder gemeinsam für ein demokratisches Russland. Der «Bund» war zu diesem Zeitpunkt mit rund 30.000 Mitgliedern zu einer gut organisierten Massenpartei geworden und konnte

auch nach der Niederschlagung der Revolution und vermehrten Repressionen durch das Netz seiner Kultur- und Bildungsorganisationen im jüdischen Arbeitermilieu präsent bleiben.

Nach seiner Wiederaufnahme in die RSDAP und deren Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki verblieb der «Bund» als autonome Sektion innerhalb der gemäßigten Gruppierung und errang mit der Anerkennung seines Konzepts der national-kulturellen Autonomie durch die Menschewiki seinen größten Erfolg innerhalb der russländischen Bewegung. Bundist*innen wie Henryk Erlich und Mark Liber standen nach der Februarrevolution in Petrograd mit an der Spitze der Sowjetführung. 1917 wurde die national-kulturelle Autonomie zum allgemeinen Losungswort für nationale Minderheiten und erhielt im Winter 1917/18 in der Ukraine sogar Gesetzeskraft.⁸

Doch zeichnete sich in Russland und in der Ukraine das Ende einer eigenständigen jüdischen Arbeiterbewegung und Parteiorganisation schon kurz nach der Macht ergreifung der Bolschewiki ab. Nachdem sich zunächst noch ein «Kombund» (Kommunistischer Bund) aus mit den Bolschewiki sympathisierenden Bundist*innen formiert hatte, wurde schließlich auch die jüdische Sektion innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion aufgelöst. Als Hauptgrund für die Resignation der-

6 Mendelsohn: *Class Struggle*, S. 124f. u. 154f. 7 Getzler, Israel: *The Jewish Bund and the Dignity of Man*, in: *Religion, Ideology and Nationalism in Europe and America. Essays presented in Honor of Yehoshua Arieli*, Jerusalem 1986, S. 341–354, hier S. 345. 8 Gelbard, Arye: *Der jüdische Arbeiter-Bund Rußlands im Revolutionsjahr 1917*, Wien 1982, S. 216–234.

jenigen, die nach 1917 in Sowjetrusland blieben, führt Arye Gelbard an: «Der Krieg, die Pogrome und das ewige Hin und Her hatten die jüdische Arbeiterschaft müde gemacht.»⁹ Ein neues Betätigungsfeld erwartete jedoch diejenigen, die wie Henryk Erlich, Wiktor Alter und zahlreiche andere spätere Spitzenfunktionäre des «Bund» Russland 1918 den Rücken kehrten und in die restituierte Polnische Republik übersiedelten.

DER «BUND» WAR ZU DIESEM ZEITPUNKT MIT RUND 30.000 MITGLIEDERN ZU EINER GUT ORGANISIERTEN MASSENPARTEI GEWORDEN UND KONNTE AUCH NACH DER NIEDERSCHLAGUNG DER REVOLUTION UND VERMEHRTEN REPRESSIONEN DURCH DAS NETZ SEINER KULTUR- UND BILDUNGSORGANISATIONEN IM JÜDISCHEN ARBEITERMILIEU PRÄSENT BLEIBEN.

DER «BUND» IN DER ZWEITEN POLNISCHEN REPUBLIK (1918–1939)

Transformation im neuen Kontext

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hatte der «Bund» zunächst einen schwierigen und langwierigen Anpassungsprozess im Übergang vom multiethnischen russländischen Imperium zum polnischen Nationalstaat der Zwischenkriegszeit zu durchlaufen.¹⁰ Die Jahre 1928 bis 1930 markieren den Abschluss einer Konsolidierungsphase, die einige Kursänderungen der Partei mit sich brachte. Im jüdischen Kontext öffnete sich der «Bund» gegenüber den zunehmend verarmten selbstständigen Kleinhandwerkern und nahm somit faktisch Abschied vom Selbstverständnis einer reinen Klassenpartei. Im polnischen Umfeld setzte seit 1928 eine Intensivierung der Kontakte zur Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) ein. 1930 erteilten die Bundist*innen mit dem Beitritt zur Sozialistischen Arbeiterinternationale dem kommunistischen Experiment sowjetischer Prägung schließlich eine endgültige Absage. Dennoch blieb die eminente lebensgeschichtliche Bedeutung der Russischen Revolutionen als zentraler Sozialisationshintergrund für die Führungsgeneration des «Bund» in der Zwischenkriegszeit weiterhin prägend und bedingte ein anhaltendes Interesse für die Vorgänge in der Sowjetunion.

⁹ Ebd., S. 238. ¹⁰ Die Ausführungen zum «Bund» in der Zweiten Polnischen Republik beruhen, wenn nicht anders gekennzeichnet, auf meinem Buch: Gegen den Strom. Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund («Bund») in Polen 1918–1939, München/Stuttgart 2001.

Die urbane Lebenswelt der polnischen Städte unterschied sich trotz weiterhin wirksamer Traditionen recht deutlich von den Lebensbedingungen im *shtetl*. In den größeren Städten entwickelten sich neue, überfamiliale Kommunikationsstrukturen als Voraussetzung für die Angebote, die die selbst noch recht junge jüdische Arbeiterbewegung einer jugendlichen Klientel machen konnte. Ihre Vereine und Gesinnungsgemeinschaften stellten eine klare Alternative zu den überkommenen, oft als nicht mehr zeitgemäß und undemokratisch empfundenen religiösen Einrichtungen dar. Ende der 1930er Jahre hatte der «Bund» knapp 20.000 Mitglieder; in seiner Jugendorganisation Tsukunft waren rund 12.000 Jugendliche aktiv. In regionaler Hinsicht hatte die Partei in Polen ihre stärksten Stützpunkte in den Gebieten in und um Warschau, Lodz, Lublin und Białystok, wo 1931 knapp 50 Prozent aller polnischen Jüdinnen und Juden lebten.

Parteiidentität und emotionale Bindung

Die Ende der 1920er Jahre vollzogenen Weichenstellungen waren wesentliche Voraussetzungen dafür, dass der «Bund» in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre zur stärksten jüdischen Partei in Polen werden konnte. Die Selbstbehauptung in einem zunehmend antisemitischen Klima war jedoch nur möglich durch die starke innere Kohärenz der bundischen *meshpokhe* (dt. Familie), die eine komplexe alltagsweltliche Gesinnungs- und Solidargemeinschaft bildete. Zwar gab es durchaus auch innerparteiliche Konflikte, die sowohl in vertikaler Richtung zwischen Parteiführung und Basis als auch in der horizontalen Linie zwischen der gemäßigten Parteimehr-



Henryk Erlich
bei einer
Demonstration
am 1. Mai 1933
in Warschau

DIE ENDE DER 1920ER JAHRE VOLLZOGENEN WEICHENSTELLUNGEN WAREN WESENTLICHE VORAUSSETZUNGEN DAFÜR, DASS DER «BUND» IN DER ZWEITEN HÄLFTE DER 1930ER JAHRE ZUR STÄRKSTEN JÜDISCHEN PARTEI IN POLEN WERDEN KONNTE.



heit und dem zahlenmäßig starken linken Flügel verliefen. Die internen Diskussionen des «Bund» zeichneten sich jedoch durch eine hoch entwickelte politische Kultur der Reflexion und des Meinungsstreits aus, die in der Geschichte politischer Parteien des 20. Jahrhunderts wohl beispiellos ist.

Die sozialen und emotionalen Bindungen der Parteimitglieder wurden durch bewusste Inszenierungen der kollektiven Identität in parteiinternen oder öffentlichen Feierlichkeiten erheblich gestärkt. Als Elemente einer symbolischen Politik dienten unter anderem Begräbnisse verdienstvoller Parteimitglieder und Parteijubiläen. In sorgfältig vorbereiteten Festakten wurde durch die Erzählungen von einer gemeinsamen großen Vergangenheit und die Heilsvision einer neuen sozialistischen Zukunft ein Religionsersatz geliefert. Unverzichtbarer Bestandteil jeder Parteifeier war die Hymne des «Bund» «Di Shvue» (dt. Der Eid). Jeder Parteitag begann und endete mit der Parteihymne, die alle Delegierten buchstäblich auf absolute Loyalität einschwor. Doch auch als Ausdruck einer kämpferischen Haltung fand «Di Shvue» Verwendung und diente auf vielen Veranstaltungen der Bestätigung und Stabilisierung der innerparteilichen Loyalität und des Gemeinschaftsgefühls.

Arbeit und Kultur als Schlüsselbegriffe

Die Integration der bundischen Peripherie als soziokulturelles Milieu erfolgte vor allem durch die beiden Bereiche Arbeit und Kultur. Die in der jüdischen Bevölkerung in den 1930er Jahren rapide zunehmenden Pauperisierungs- und Proletarisierungstendenzen machte sich der

«Bund» zunutze, indem er den Topos der Lohnarbeit in geschickter Rhetorik positiv besetzte. Dass er dabei erfolgreich war, beweist nicht zuletzt der starke Zuwachs der jüdischen Gewerkschaften, die sich von 20.000 Mitgliedern um 1920 auf rund 100.000 im Jahr 1939 vergrößerten und vom «Bund» dominiert wurden. Der enorme Anstieg der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder insbesondere in den 1930er Jahren ist ein deutliches Indiz für einen Bewusstseinswandel innerhalb der jüdischen Bevölkerung in Polen. Der größtenteils erzwungene Übergang in die Lohnarbeit und der Verlust einer wenn auch noch so bescheidenen wirtschaftlichen Eigenständigkeit führten bei vielen Menschen zu dem Bedürfnis nach einer kollektiven Interessenvertretung. Dieser auf sozioökonomische Prozesse zurückgehenden Umorientierung verdanken es die jüdischen Gewerkschaften, dass sie im Verlauf der 1930er Jahre schließlich zur mitgliederstärksten Massenorganisation der polnischen Judenheit werden konnten.

Der «Bund» nutzte diese Entwicklung, indem er sie aktiv mitgestaltete. Die Arbeit wurde zu einem Schlüsselbegriff des öffentlichen Diskurses gemacht, die «Proletarisierung» der polnischen Judenheit positiv besetzt. Insbesondere Wiktor Alter, der als Vorsitzender des Landesrats der «Bund»-Gewerkschaften und Cheftheoretiker der Partei neben Henryk Erlich an der Spitze der jüdischen Arbeiterpartei stand, nahm sich dieses Themas verstärkt an. Die Schwerpunktverschiebung in der jüdischen Beschäftigungsstruktur vom Handel zum Gewerbe und die Zunahme der Anzahl jüdischer Beschäftigter in großen, moder-

nen Fabriken hielt Alter für notwendig und begrüßenswert. Als Vorsitzender der jüdischen Gewerkschaften in Polen konstatierte er: «Dank unseres Kampfes haben wir die wertvollsten Dinge bewahrt: das Gefühl von Freiheit und Würde der Arbeitmenschen.»¹¹

Der «Bund» wurde in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre zur stärksten politischen Kraft der polnischen Judenheit. Dies zeigt sich vor allem an den Ergebnissen der Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen wie auch zu den Gemeindevorständen. Zweifelsohne profitierte der «Bund» von der scheinbaren Aussichtslosigkeit der zionistischen Ambitionen vor dem Hintergrund der britischen Palästina-Politik und von der Diskreditierung der konservativ-religiösen Aguda-Partei, die der Regierung nahestand. Nach dem Tod des charismatischen Staatsführers Piłsudski 1935 herrschte in Polen ein autoritäres Obristenregime. Die Stimmengewinne des «Bund» lassen sich aber ebenso auf die sozioökonomischen Veränderungen zurückführen, durch die seine soziale Basis und damit auch seine politischen Chancen wesentlich vergrößert wurden. Dazu trugen nicht zuletzt seine Unterorganisationen (vor allem für Jugend, Sport und Frauen) wesentlich bei.¹²

Des Weiteren wurde der «Bund» zum wichtigsten politischen Sprachrohr der weltlich-jiddischen Kulturbewegung. Durch das Schul-, Vereins- und Institutionsnetz der weltlich-jiddischen Kulturbewegung war die Partei tief in der außerbetrieblichen Lebenswelt verankert und leistete gleichzeitig einen entscheidenden

Beitrag zur Blüte der jiddischen Kultur im Zwischenkriegspolen. Den engagierten Jiddischist*innen, die in der Partei mitarbeiteten, wurden erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt, für die die organisatorische Infrastruktur des «Bund» sehr hilfreich war. Dies war die wichtigste Voraussetzung für die Entstehung eines weitverzweigten Netzes von Kultur- und Bildungseinrichtungen, die die Partei und ihr Milieu miteinander verbanden und nicht zuletzt auch die Jugend an die Partei heranzuführten. Ebenso sicherte sich der «Bund» durch sein Engagement für die jiddische Sprache und Kultur die Anerkennung vieler Menschen, die im weltlich ausgerichteten jiddischsprachigen Kultur- und Bildungsbereich tätig waren. Zu einem reformpädagogischen Vorzeigebild des «Bund» wurde das Medem-Sanatorium für tuberkulosegefährdete Kinder, über das der polnisch-jüdische Regisseur Aleksander Ford im Jahr 1936 den viel beachteten Film «Mir kumen on» (englischer Filmtitel: «Children must laugh») drehte.

Abgrenzungen und Kooperationen

Konstitutiv für das Selbstbild des «Bund» waren freilich auch die verschiedenen Abgrenzungsstrategien. Innerjüdisch verliefen sie gegenüber den Zionist*innen und der Aguda entlang der Klassenlinie, die jedoch im Alltag auch einige durchlässige Stellen aufwies. In Hinblick auf das nicht-jüdische Umfeld gelang es, wie schon zuvor im Zarenreich, einen kollekt-

¹¹ Zit. n. Pickhan: Gegen den Strom, S. 206. ¹² Ausführlicher dazu siehe Jacobs, Jack: Bundist Counterculture in Interwar Poland, New York 2009.

**KENNZEICHNEND FÜR DIE BEZIEHUNGEN
ZWISCHEN POLNISCHEN UND JÜDISCHEN
SOZIALIST*INNEN IST EIN BREITES SPEKTRUM
ZWISCHEN KONFLIKT UND KOOPERATION,
ABLEHNUNG UND ÜBEREINSTIMMUNG.**

tiven Selbstschutz gegen den immer bedrohlicher werdenden Antisemitismus zu organisieren. In der PPS hatten die Bundist*innen bei ihrem Kampf gegen den Antisemitismus einen – wenn auch nicht immer verlässlichen – Verbündeten. Kennzeichnend für die Beziehungen zwischen polnischen und jüdischen Sozialist*innen ist ein breites Spektrum zwischen Konflikt und Kooperation, Ablehnung und Übereinstimmung. Der Reformismus und eine nationalpolnische Orientierung der PPS auf der einen Seite und ein kompromisslos linker Sozialismus wie auch das Konzept der national-kulturellen Autonomie für die ethnischen Minderheiten aufseiten des «Bund» führten immer wieder zu Spannungen und Auseinandersetzungen. Zu einem Stimmungsbarometer wurden die Demonstrationen am 1. Mai, bei denen polnische und jüdische Sozialist*innen zeitweise gemeinsam, dann wieder getrennt marschierten.

Auf internationaler Ebene bekannte sich der «Bund» 1930 durch seinen Beitritt zur Sozialistischen Arbeiterinternationale zu einem demokratischen Sozialismus in Abgrenzung zum Kommunismus sowjetischer Prägung. Dass der «Bund» Mitglied dieses angesehenen Dachverbands war, dem auch die großen Parteien des europäischen Sozialismus angehörten, trug zu seinem Erfolg in den 1930er Jahren bei. Keine andere jüdische Partei konnte sich wie der «Bund» rühmen, ein gleichberechtigtes Mitglied in einer mehrheitlich nicht-jüdischen, weltweit agierenden Organisation zu sein. Noch mehr war es allerdings für die Bundist*innen in Polen von allergrößter Bedeutung, ein organischer Bestandteil der internationalen Arbeiterbewegung zu sein. Das Engagement beim österreichischen Arbeiteraufstand 1934 und während des Spanischen Bürgerkriegs wie auch die starke Identifikation mit den Kämpfenden machen deutlich, dass sich das Wirgefüh

der jüdischen Sozialist*innen nicht nur aus der bundischen Gemeinschaft, sondern auch aus dem Bewusstsein speiste, ein gleichwertiges Mitglied der «großen Arbeiterfamilie» der Sozialistischen Internationale zu sein.

NACH 1939

Nach dem deutschen Überfall auf Polen entschied sich die Parteiführung im Herbst 1939 zur Flucht Richtung Osten. Henryk Erlich und Wiktor Alter starben 1942 bzw. 1943 in einem sowjetischen Gefängnis.¹³ In den von den Nationalsozialisten eingerichteten Ghettos waren es vor allem die jungen Parteiaktivist*innen, die bundische Netzwerke im Untergrund aufrechterhielten. Im Warschauer Ghetto wurde Abrasha Blum zur zentralen Figur und führte den «Bund» in die Jüdische Kampforganisation (ŻOB) und den Ghettoaufstand.¹⁴ Erste Informationen über den Massenmord in den Vernichtungslagern gaben die Bundisten Leon Feiner und Zalman Friedrich weiter. Wie die Kinder des Medem-Sanatoriums, die mit ihren Erzieher*innen und Ärzt*innen im Sommer 1942 nach Treblinka deportiert wurden, wurden die meisten Bundist*innen in Polen in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern ermordet.

Die wenigen Überlebenden und die Bundist*innen, die Polen vor Kriegsausbruch verlassen hatten, bildeten an verschiedenen Orten der Welt, so vor allem in den USA, in Kanada, Australien und Israel, «Bund»-Gruppen, die sich transnational vernetzten.¹⁵ Gegenwärtig gibt es welt-

weit nur noch eine kleine Anzahl Bundist*innen. Doch lohnt der Blick zurück. Die Wir-Identität des «Bund» zeichnet sich insgesamt durch eine ungewöhnliche Offenheit aus: Ausgehend von den jüdischen *arbeitsmenshn* war sie eng verbunden mit dem Land, in dem diese zusammen mit der nicht-jüdischen Bevölkerung lebten, und mit der Welt, wie sie sich in der Arbeiterinternationale manifestierte. Das Konzept der national-kulturellen Autonomie kann zudem als Vorläufer des modernen Multikulturalismus angesehen werden. Damit liefert die Geschichte des «Bund» wichtige Impulse für die Gegenwart.

¹³ Pickhan, Gertrud: Das NKVD-Dossier über Henryk Erlich und Wiktor Alter, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 2/1994, S. 155–186. ¹⁴ Blatman, Daniel: For Our Freedom and Yours. The Jewish Labour Bund in Poland 1939–1949, London 2003, S. 91–120. ¹⁵ Zur Geschichte des «Bund» nach 1945 siehe Slucki, David: The International Jewish Labor Bund after 1945. Toward a Global History, New Brunswick/London 2012.

Angelika Timm

WIDER DEN STROM!

DIE ZIONISTISCHE LINKE: EUROPÄISCHE WURZELN UND ISRAELISCHE GEGENWART

Am 23. März 2021 errang die zionistische Linke, vertreten durch Merez (Tatkraft), bei den vierten israelischen Parlamentswahlen innerhalb von zwei Jahren sechs der 120 Mandate. Die sozialdemokratische Arbeitspartei (Avodah), in den 1990er Jahren noch Hauptkraft des «Friedenslagers» und 1992 mit 44 Abgeordneten stärkste Fraktion im israelischen Parlament, der Knesset, hatte sich zunehmend als Zentrumspartei zu profilieren gesucht. Bereits 2019 und 2020 jedoch musste sie um ihren Einzug ins Parlament bangen und ist nunmehr lediglich mit sieben Abgeordneten präsent. Ihr linker Flügel, der sich unter anderem

für Frauen- und LGBTQ-Rechte einsetzt und nach wie vor eine Zweistaatenregelung befürwortet, ist bemüht, den erstarrenden Rechtskräften in der Gesellschaft Paroli zu bieten. Obwohl in naher Zukunft weder die zionistische noch die nicht-zionistische Linke die Geschicke des Landes wesentlich beeinflussen dürften, ist ihr politisches Engagement für den Erhalt der Demokratie unverzichtbar. Zum Verständnis israelischer Geschichte und der aktuellen Verfasstheit des Landes seien daher die Genese des Arbeiterzionismus und das Agieren linker zionistischer Kräfte näher hinterfragt.

OBWOHL IN NAHER ZUKUNFT WEDER DIE ZIONISTISCHE NOCH DIE NICHT-ZIONISTISCHE LINKE DIE GESCHICKE DES LANDES WESENTLICH BEEINFLUSSEN DÜRFTEN, IST IHR POLITISCHES ENGAGEMENT FÜR DEN ERHALT DER DEMOKRATIE UNVERZICHTBAR.

THEORIE UND PRAXIS DES ARBEITERZIONISMUS IN PALÄSTINA

Die Wurzeln des linken Zionismus reichen bis ins ausgehende 19. Jahrhundert zurück. Sie sind in der europäischen Arbeiterbewegung zu verorten. Sowohl in Ost- als auch in Westeuropa bekannten sich viele Jüdinnen und Juden zur Sozialdemokratie, später auch zur kommunistischen Bewegung. In deren Reihen suchten sie, die Vision einer gerechteren Gesellschaft wie auch die gesicherte Existenz jüdischer Ge-

meinschaften in der Diaspora (Zerstreuung) zu verwirklichen. Der von ihnen vertretene sozialistische Internationalismus beinhaltete die Hoffnung, Deklassierung, Ausbeutung und Antisemitismus seien überwindbar. Herkunft und Religion galten ihnen als Privatsache; mehrheitlich strebten sie die völlige Assimilation an. Nicht selten jedoch stießen Jüdinnen und Juden auch in sozial progressiven Organisationen auf antisemitische Vorbehalte und Diskriminierung. Enttäuscht glaubten nicht wenige, einen Ausweg in nationaler Selbstbestimmung zu finden, wie die zionistische Bewegung es ihnen versprach.

Der Zionismus hatte sich 1897 mit Gründung der Zionistischen Weltorganisation (ZWO) in Basel als politische Bewegung etabliert. Als Ziel proklamierte er die Schaffung eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina. Von Anbeginn war er keine homogene Bewegung; sehr bald umfasste er mehrere ideell-politische Strömungen. Neben einem religiösen Flügel, dessen Vertreter jüdisches Leben im «Land der Väter» streng nach dem überlieferten Religionskodex und unbeeinflusst durch assimilatorische Tendenzen garantieren wollten, entstanden bürgerlich-liberale Zentrumsparteien und – ab Mitte der 1920er Jahre – konservativ-militante Gruppierungen. Die Synthese sozialdemokratischen und zionistischen Gedankenguts, gerichtet auf die Schaffung eines sozialistischen Judenstaats in Palästina, propagierten insbesondere die Anhänger jüdischer Arbeiterparteien.

Das theoretische Fundament des «sozialistischen Zionismus» legten Nachman Syrkin (1868–1924), Dov Ber Borocho

(1881–1917) und Aharon David Gordon (1856–1922). Syrkin propagierte in seinem 1898 veröffentlichten Werk «Die Judenfrage und der sozialistische Judenstaat» die «sozialistische Kolonisation» Palästinas auf der Grundlage genossenschaftlichen Eigentums. Er schloss freie Konkurrenz und Privatbesitz an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln aus.¹ Auch Borocho trat für die Gründung jüdischer Siedlungen nach sozialistischem Muster ein, betonte jedoch gleiche Rechte von jüdischer und arabischer Bevölkerung sowie den Klassenkampf als Mittel zur Realisierung des sozialistischen Ziels. In der «Religion der Arbeit» Gordons dagegen stand die These im Mittelpunkt, das Recht auf Palästina werde vor allem dadurch erworben, «dass man in ihm lebt, arbeitet und schafft».²

Der sozialistische bzw. sozialdemokratische Flügel innerhalb der zionistischen Bewegung wirkte entscheidend an den Voraussetzungen für die Gründung des Staates Israel mit. Dazu gehörten die Anlage genossenschaftlicher Siedlungen (Kibbuzim und Moschavim) in strategisch wichtigen Regionen des Landes und die gewerkschaftliche Organisation der jüdischen Werktätigen. Der gewerkschaftseigene Sektor in Industrie und Landwirtschaft wurde von den Anhängern des Arbeiterzionismus als Keimzelle einer künftigen sozialistischen Wirtschaft betrachtet. Das jüdische Volk könne nur durch eigene körperliche Arbeit «gesund» und ein Recht auf Palästina erwerben. Die Koope-

1 Syrkin, Nachman: Die Judenfrage und der sozialistische Judenstaat, Bern 1898, S. 66. 2 Gordon, Aharon D.: Erlösung durch Arbeit. Ausgewählte Aufsätze, Berlin 1929, S. 114.

ration mit der autochthonen arabischen Bevölkerung und selbst arabische Lohnarbeit wurden ausgeschlossen.

LINKSZIONISTISCHE ARBEITERORGANISATIONEN UND PARTEIEN IN OSTEUROPA UND PALÄSTINA

Noch vor Ende des 19. Jahrhunderts waren im zaristischen Ansiedlungsrayon³ Organisationen jüdischer Arbeiter, Handwerker und Handelsangestellter entstanden, die den sozialistischen Gedanken mit national-jüdischen Elementen verbanden. Bereits 1897, im Gründungsjahr der ZWO, bildeten sich erste Gruppierungen der Poale Zion (Arbeiter Zions). Sie grenzten sich weitgehend von der russischen Sozialdemokratie sowie vom Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund von Russland, Polen und Litauen⁴ ab. 1906 gründeten jüdische Sozialisten in Pultawa die Jüdische Sozialdemokratische Arbeiterpartei Poale Zion, die sich, den Theorien Borochovs folgend, zur «Mutterpartei der gesamten Poale-Zion-Bewegung»⁵ entwickeln sollte. Parallel dazu formierte sich im Ansiedlungsrayon die Partei Zeire Zion (Jugendliche Zions). Gestützt auf die Auffassungen Gordons sowie unter dem Einfluss der russischen Narodniki und deren Konzept der «Rückkehr zur Natur und ins Volk»⁶ strebte sie die Schaffung einer jüdischen arbeitenden Mehrheit in Palästina an.

Das Gedankengut der Arbeiterzionisten gelangte mit der Auswanderung vieler Jüdinnen und Juden aus Osteuropa auch in zahlreiche andere Staaten, nicht zuletzt nach

Palästina. Die sich hier bereits 1905 konstituierende Partei Poale Zion definierte in ihrem zwei Jahre später in Jaffa angenommenen Programm als Hauptanliegen «die Vergesellschaftung der Produktionsmittel» und den «Aufbau der Gesellschaft auf sozialistischer Basis». Als einziges Mittel zur Erreichung dieses Ziels wurde der Klassenkampf benannt.⁷ Zeitgleich entstand die Partei Ha-Poel ha-Zair (Der junge Arbeiter), die die «Eroberung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Positionen in Palästina»⁸ auf ihre Fahnen schrieb. Viele ihrer Mitglieder waren während der folgenden Jahrzehnte aktiv an der Gründung landwirtschaftlicher Kollektivsiedlungen beteiligt. Beide Parteien schlossen eine Kooperation mit der arabischen Bevölkerung beim Aufbau des Landes aus.

Nach Ende des Ersten Weltkriegs waren die zionistischen Arbeiterparteien mit neuen Gegebenheiten konfrontiert. Sowohl die demografische und soziale Entwicklung Palästinas als auch die Etablierung Großbritanniens als Mandatsmacht und

³ Laut zaristischem Dekret von 1794 hatten Jüdinnen und Juden – abgesehen von wenigen Ausnahmen – nur in den Westgebieten des Zarenreichs, im sogenannten Ansiedlungsrayon, Wohn- und Arbeitsrecht. In dem fast eine Million Quadratkilometer umfassenden Gebiet stellten sie einer Volkszählung von 1897 zufolge 11,46 Prozent der Bevölkerung. ⁴ Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund von Russland, Polen und Litauen war 1897 als säkulare sozialistische Partei in Wilna gegründet worden. Primäres Ziel war es, die jüdischen Werktätigen zu organisieren. Für das osteuropäische Judentum wurde eine Kulturautonomie angestrebt. Der «Bund» war von 1898 bis 1903 und erneut ab 1906 Mitglied der Russländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP). 1921 schlossen sich Teile des «Bund» der Kommunistischen Partei Russlands (KPR) an. Näheres zum «Bund» siehe Pickhan in diesem Heft. ⁵ Rosenstein, Zvi Even-Schoschan: Geschichte der Arbeiterbewegung in Palästina (Hebr.), Tel Aviv 1956, S. 53. ⁶ Merchav, Peretz: Die israelische Linke, Frankfurt a. M. 1972, S. 32. ⁷ Preuss, Walter: Die Arbeiterbewegung in Israel. Geschichte und Gegenwart, Köln 1969, S. 25. ⁸ Brod, Max: Sozialismus im Zionismus, Berlin/Wien 1920, S. 11.

SOWOHL DIE DEMOGRAFISCHE UND SOZIALE ENTWICKLUNG PALÄSTINAS ALS AUCH DIE ETABLIERUNG GROSSBRITANNIENS ALS MANDATSMACHT UND DIE ZUSPITZUNG DES JÜDISCH-ARABISCHEN WIDERSPRUCHS ERFORDERTEN NEUE POSITIONSBESTIMMUNGEN.

die Zuspitzung des jüdisch-arabischen Widerspruchs erforderten neue Positionsbestimmungen. Zudem hinterließ die vor dem Hintergrund der Oktoberrevolution 1917 erfolgte weltweite Spaltung sozialistischer Parteien ihre Spuren.

Aus den politischen Auseinandersetzungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung Palästinas (Jischuv) ging der sozialdemokratische Flügel des Arbeiterzionismus gestärkt hervor. Die 1919 entstandene Partei Achdut ha-Avodah (Einheit der Arbeit) wurde bald die bedeutendste politische Kraft. Sie initiierte – gemeinsam mit dem Ha-Poel ha-Zair – 1920 die Gründung der Gewerkschaftsorganisation Histadrut (Zusammenschluss). Deren erster Generalsekretär, David Ben Gurion, definierte als «nationale Verantwortung» der jüdischen Arbeiterklasse in Palästina die «Eroberung des Landes», den Aufbau einer jüdischen Wirtschaft, die Schaffung einer eigenen Kultur und «die Errichtung einer Gesellschaft».⁹

Etwa zeitgleich spaltete sich in mehreren europäischen Staaten sowie in den USA die Poale-Zion-Bewegung. Ihr linker Flügel konstituierte sich als Poale Zion Smol (Linke Poale Zion). In Palästina gründeten deren Vertreterinnen und Vertreter im März 1919 die Mifleget ha-Poalim ha-Sozialistijim (Partei der sozialistischen Arbeiter, MPS). Aus ihr ging 1923 die Palästinensische Kommunistische Partei (PKP) hervor. Sie definierte sich von Anbeginn als jüdisch-arabische Partei; 1924 wurde sie als palästinensische Sektion der Komintern anerkannt.

⁹ Ben Gurion, David: Von der Klasse zum Volk (Hebr.), Tel Aviv 1974, S. 78.

Die Zweite Internationale hatte eine Kooperation mit linken zionistischen Arbeiterparteien zunächst ausgeschlossen. Dem folgten die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas. So betonte zum Beispiel das SPD-Organ *Vorwärts*, die Zionisten-Sozialisten hätten keinerlei Anspruch, in die internationale sozialistische Organisation aufgenommen zu werden, da der Zionismus eine «reaktionäre Utopie» sei.¹⁰ Erst 1916 wurde der Weltverband Poale Zion Mitglied der Internationale. Sozialdemokratische Befürworter des Zionismus, wie Émile Vandervelde und Léon Blum, blieben vorerst in der Minderheit. Nach dem Krieg jedoch erhielten ihre Stimmen – nicht zuletzt durch Ablehnung der Oktoberrevolution und der Stalinschen Judenpolitik – größeres Gewicht. Während der Tagung der Sozialistischen Arbeiterinternationale 1928 in Brüssel gründeten sie als Unterstützung für das Kolonisationsprojekt des Arbeiterzionismus das Sozialistische Komitee für das arbeitende Palästina.

Die Aufnahme der PKP in die Kommunistische Internationale (KI) war von einem Arabisierungsprozess der Partei, den das Exekutivkomitee der KI (EKKI) als notwendig für den Beitritt voraussetzte, begleitet. Nach den arabisch-jüdischen Zusammenstößen von August 1929, das heißt, nachdem der Mufti von Jerusalem zum «Heiligen Krieg» gegen Jüdinnen und Juden aufgerufen hatte, wurde die KP Palästinas erneut aufgefordert, die «Arabisierung der Partei von oben bis unten» zu gewährleisten und zugleich den antizionistischen Kampf fortzusetzen.¹¹

DIE SOZIALDEMOKRATIE IM PARTEIPOLITISCHEN SPEKTRUM ISRAELS

1930 vereinigten sich die zionistischen Arbeiterparteien Achdut ha-Avodah und Ha-Poel ha-Zair zur Mifleget Poale Erez Jisrael (Arbeiterpartei Palästinas, Mapai). Unter Führung Ben Gurions gelang es der neuen Verbindung nicht nur, zur dominanten politischen Kraft innerhalb des Jischuv aufzusteigen, sondern auch, eine bestimmende Rolle in der ZWO zu spielen. 1933 wurde Ben Gurion in die Exekutive der ZWO und der Jewish Agency¹² gewählt. Angesichts der insbesondere in den Jahren von 1936 bis 1939 militant ausgetragenen Widersprüche im arabisch-jüdischen Verhältnis und der zunehmenden Judenverfolgungen in Europa nach dem Machtantritt Adolf Hitlers suchte die Mapai die von der Mandatsmacht festgelegten Beschränkungen der jüdischen Einwanderung nach Palästina zu überwinden. Vorausblickend orientierte sich ihre Führung zunehmend auf die USA.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs verschärfte sich in Palästina die Interessengegensätze zwischen Zionisten, arabischen Nationalisten und britischer Kolonialverwaltung weiter. Den Beschluss der Vereinten Nationen (UN) vom 29. November 1947 zur Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat sowie zur Internationalisierung Jerusalems und den Ab-

¹⁰ *Vorwärts*, 8.10.1908, zit. n. Keßler, Mario: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung. 1897 bis 1933, Berlin 1994, S. 98. ¹¹ Ebd., S. 152. ¹² Die Jewish Agency for Palestine (1922–1948) vertrat die Interessen der jüdischen Bevölkerung gegenüber Großbritannien und dem Völkerbund bzw. später den Vereinten Nationen.

zug der britischen Mandatsmacht nutzend, proklamierte Ben Gurion am 14. Mai 1948 in den von den UN vorgegebenen Grenzen den Staat Israel. Die Unabhängigkeitserklärung wurde von Abgesandten aller Fraktionen des Zionismus sowie der nicht-zionistischen ultraorthodoxen Partei Agudat Jisrael (Bund Israels) und der Kommunistischen Partei Israels (KPI) unterzeichnet. Der Vorsitzende der KPI, Meir Vilner, war damit einer der «Gründerväter» Israels.

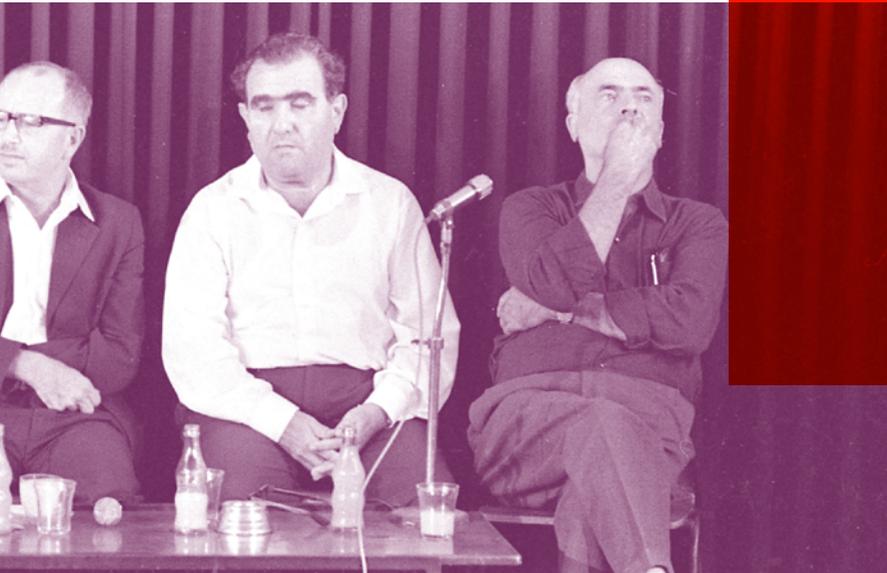
Die Mapai bzw. ihre 1968 gegründete Nachfolgepartei Mifleget ha-Avodah (Arbeitspartei) war bis 1977 stärkste politische Kraft im israelischen Parlament. Über Jahrzehnte dominierte sie den Staatsapparat und die Gewerkschaft. Als Mitglied der 1951 wiedergegründeten Sozialistischen Internationale (SI) bekannte sie sich zum demokratischen Sozialismus bzw. vertrat sie das Prinzip der gemischten Wirtschaft – des Zusammenspiels von staatlichem, gewerkschaftseigenem und privatem Sektor. Insbesondere die aus Europa und den USA stammende aschkenasische Elite prägte die Innen- und Außenpolitik. Sie stand – politisch wie militärisch – für den israelischen Sieg während des Unabhängigkeitskriegs 1948/49, für den Sinai-Feldzug gegen Ägypten 1956, den Junikrieg 1967 und den Oktoberkrieg 1973. Zugleich verantwortete sie die Anlage erster israelischer Siedlungen in den 1967 besetzten arabischen Gebieten. In der Innen- wie Außenpolitik vertrat die Avodah nicht selten moderatere Positionen als die in Opposition befindliche zionistische Rechte. Der linke Flügel der Arbeitspartei setzte sich beispielsweise für Kompromissregelungen im israelisch-palästinensischen Konflikt ein. Er hatte wesentlichen Anteil am

Entstehen der Friedensorganisation Schalom Achschaw (Frieden jetzt) 1978 und an einer breiten Antikriegsbewegung während der israelischen Libanon-Invasion 1982/83.

Links von Mapai bzw. der Arbeitspartei existierte stets ein diverses Spektrum kleinerer Parteien und Organisationen. Nur wenige Monate vor der Staatsgründung wurde am 22. Januar 1948 die Mifleget ha-Poalim ha-Meuchedet (Vereinigte Arbeiterpartei, Mapam) gegründet. Ihr Wähler- und Führungspotenzial fand sie vor allem in der Kibbuz-Bewegung und in der städtischen Arbeiterschaft. Seit 1954 nahm sie – zunächst als einzige zionistische Partei – auch arabische Bürgerinnen und Bürger Israels als Mitglieder auf. Nach den Stalinschen Schauprozessen der 1950er Jahre näherte sich die Mapam der Mapai an und beteiligte



sich wiederholt an Koalitionsregierungen. 1973 konstituierte sich die neben der Mafpam ebenfalls im linken Parteienspektrum zu verortende Tnuah le-S'chujot ha-Esrach u-le-Schalom (Bewegung für Bürgerrechte und Frieden, Raz), geführt durch die ehemalige Knesset-Abgeordnete der Arbeitspartei Shulamit Aloni. Sie forderte die Demokratisierung der israelischen Gesellschaft, trat für die Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger des Landes ein und sprach sich gegen religiösen Zwang aus. 1992 beteiligte sich ein aus Raz, Mafpam und der Zentrumsparterie Schinui (Veränderung) bestehendes linkes Wahlbündnis an der Regierung Rabin. 1997 erfolgte der offizielle Zusammenschluss zur Partei Merez. Diese war 1999 bis 2001 nochmals in einer unter Führung der Arbeitspartei stehenden Regierungskoalition vertreten.



Eine Talkrunde mit Shulamit Aloni (l.) im Tel Aviver Theater Tzavta im Jahr 1969

«LINKS» IM ISRAELISCHEN KONTEXT

Die Definition der israelischen Linken folgt der spezifischen Verzahnung von Sozialem und Nationalem bzw. von innergesellschaftlicher Befindlichkeit und gesamtnationaler Sicherheit. Seit der Staatsgründung 1948 bildete sich ein breit gefächertes linksdemokratisch orientiertes Spektrum heraus, das sich nicht nur in der Knesset bzw. in außerparlamentarischen Aktivitäten widerspiegelt, sondern seit den 1990er Jahren auch eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen umfasst. Linkssein bedeutet in Israel – gleich dem internationalen Grundverständnis – zunächst und vor allem, für soziale Gerechtigkeit bzw. für eine fortschrittliche Sozialpolitik einzutreten. Daran binden sich progressive Positionen im Verhältnis von jüdischer Bevölkerungsmehrheit und arabisch-palästinensischer Minderheit, insbesondere die Forderung nach gleichberechtigter Partizipation beider Gemeinschaften am Sozialleben und in der Politik. In diesen Fragen unterscheiden sich stets die Ansichten der zionistischen und der nicht- oder antizionistischen Linken. Während die zionistische Linke einen jüdisch dominierten Wohlfahrtsstaat befürwortete, setzte und setzt sich die nicht-zionistische Linke, insbesondere die KPI, konsequent für gleiche Rechte aller Bürgerinnen und Bürger ohne Unterschied ihrer sozialen, nationalen, kulturellen oder religiösen Zugehörigkeit ein.

Seit dem Junikrieg 1967 und der Besetzung des Westjordanlands, Ostjerusalems, des Gazastreifens, der Sinai-Halbinsel und der Golanhöhen wird «links» in Israel nicht

SEIT DEM JUNIKRIEG 1967 UND DER BESETZUNG DES WESTJORDANLANDS, OSTJERUSALEMS, DES GAZASTREIFENS, DER SINAI-HALBINSEL UND DER GOLANHÖHEN WIRD «LINKS» IN ISRAEL NICHT MEHR NUR ALS INNENPOLITISCHE POSITION IN SOZIALEN UND NATIONALEN FRAGEN, SONDERN INSBESONDERE AUCH ALS ABLEHNUNG DER OKKUPATION ARABISCHER TERRITORIEN DEFINIERT.

mehr nur als innenpolitische Position in sozialen und nationalen Fragen, sondern insbesondere auch als Ablehnung der Okkupation arabischer Territorien definiert. Die annexionistisch-kriegerischen «Falken» werden der Rechten zugeordnet, die eher kompromissbereiten «Tauben» dem Friedenslager. Über die Landesgrenzen hinaus bekannt wurde die israelische Antikriegs- bzw. Friedensbewegung vor allem ob ihrer Formel «Land für Frieden», ihrer Proteste gegen die israelische Libanon-Invasion 1982 und – in Reaktion auf die Vereinbarungen von Oslo 1993 – durch ihre Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und die Befürwortung einer Zweistaatenregelung. «Links» meint im allgemeinen israelischen Sprachgebrauch heute somit vor allem auch die kritische Haltung zu der mehr als fünf Jahrzehnte andauernden israelischen Besatzungspolitik. Verbunden ist diese mit der Forderung, den israelisch-palästinensischen Konflikt einvernehmlich zu regeln, die Menschenrechte in den Palästinensergebieten zu gewährleisten und einen demokratischen palästinensischen Staat an der Seite Israels entstehen zu lassen.

Als dritte Ebene öffentlicher Rechts-Links-Debatten und -Abgrenzungen rückten im letzten Jahrzehnt Forderungen nach Verteidigung und Stärkung der Demokratie im Land bzw. Proteste gegen die voranschreitende Erosion der demokratischen Grundlagen Israels in den Vordergrund. Linke richten in diesem Kontext ihr Augenmerk insbesondere auf Menschen- und Bürgerrechte. Daran knüpfen sich progressive Standpunkte und Forderungen nach Gendergleichheit und Umweltschutz.

LINKSZIONISTISCHE DEMOKRATISCHE KRÄFTE IM HEUTIGEN ISRAEL

Das linke Spektrum in Israel ist weitgefächert und zersplittert. Neben der in der Knesset vertretenen linksdemokratischen Opposition, zu der gegenwärtig die vorwiegend arabische Reschimah Meschutefet (Gemeinsame Liste), die linkszionistische Merez und der linke Flügel der Arbeitspartei gehören, bekunden kleinere außerparlamentarisch agierende Parteien und Gruppierungen ihre Kritik an der israelischen Regierungs- und Besatzungspolitik. Eine achtbare Rolle im politischen Diskurs spielen zivilgesellschaftliche Akteure. Hervorgehoben seien Friedensorganisationen wie Gusch Schalom (Friedensblock), die Genfer Initiative und Schalom Achschar (Frieden jetzt) sowie binationale jüdisch-arabische bzw. israelisch-palästinensische Organisationen wie Bereaved Parents, Combatants for Peace und Standing Together. Von Bedeutung für die politische Kultur des Landes sind zudem Bürgerrechtsbewegungen wie die Association for Civil Rights in Israel (ACRI) und Vereinigungen, die die Rechte der arabischen Bevölkerung verteidigen (z. B. Legal Center for Arab Minority Rights in Israel, Adalah), ferner diverse Menschenrechtsorganisationen (Rabbis for Human Rights, Physicians for Human Rights, Bezelem u. a.). Eine Vielzahl feministischer Organisationen wendet sich gegen Genderdiskriminierung bzw. tritt für die Gleichstellung der Frau in Gesellschaft, Beruf und Familie ein. Bereits seit Jahren gibt es in Israel zahlreiche aktive LGBTQ-Organisationen. Nicht zuletzt richtet sich das Engagement israelischer

Linker auf kommunale Fragen sowie die – über Jahrzehnte vernachlässigte – Umweltproblematik. Eine zunehmend größere Rolle für die Wissensvermittlung bzw. die Aktivierung von Gleichgesinnten und ihre Vernetzung spielten alternative linke Internetplattformen.

Trotz ihrer Vielfalt und Aktivität vermochte es die Linke bisher nicht, die antidemokratische Entwicklung im Land zu stoppen und Aktionen militanter Rechter erfolgreich zu begegnen. Die innen- und gesellschaftspolitischen Konzepte der rechtsnationalen Regierungen, die sich unter anderem auf die Neuordnung der Gewaltenteilung zugunsten der Exekutive richteten, die rechtslastige Ausdeutung des jüdischen bzw. zionistischen Erbes und die Beschneidung der staatsbürgerlichen Rechte arabischer Bürgerinnen und Bürger konnten nur

geringfügig – insbesondere mithilfe von Petitionen an das Oberste Gericht – variiert bzw. zurückgedrängt werden. Das Bestreben rechter Regierungsparteien, Bildungsinhalte an den staatlichen Schulen im Sinne des zionistischen Narrativs zu revidieren und die akademische Meinungsfreiheit an höheren israelischen Bildungseinrichtungen einzuschränken, wurde von den linksdemokratischen Kräften im Parlament wie auf der Straße immer wieder demaskiert. Gleiches gilt für die von rechten und konservativen Parteien vollzogene Abkehr vom «demokratischen Staat» bzw. die verstärkte Hinwendung zum «jüdischen Staat» und die einseitige Betonung «jüdischer Identität». Die israelische Linke befindet sich in ihrem Agieren «wider den Strom» letztlich in einer sisyphushaften Lage und ist mit Herausforderungen konfrontiert, die neuer Antworten bedürfen.

FAZIT

Aufgrund der spezifischen Entwicklung Israels sind Soziales und Nationales, Gesellschaft und nationale Sicherheit eng miteinander verknüpft. Den realen Widersprüchen im politischen Leben geschuldet, umfasst das linke Spektrum zionistische und nicht-zionistische Parteien sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen unterschiedlicher Couleur. Neben progressiver Sozialpolitik, gesellschaftlicher Mitbestimmung und sozialer Gleichstellung wird «links» seit 1967 insbesondere als kritische Haltung gegenüber der Besatzungspolitik und als Einsatz für die Zweistaatenregelung apostrophiert. Sowohl nicht-zionistische als auch zionistische Linke sehen sich dabei starken Angriffen seitens rechter Parteien und Gruppierungen ausgesetzt, deren Abwehr viel Kraft kostet. Um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden, stehen sie stärker denn je vor der Aufgabe, ihre Kräfte zusammenzuführen und – innergesellschaftlich wie international – nach neuen Bündnispartnern zu suchen.

DEN REALEN
WIDERSPRÜCHEN
IM POLITISCHEN
LEBEN GESCHULDET,
UMFASST DAS LINKE
SPEKTRUM ZIONIS-
TISCHE UND NICHT-
ZIONISTISCHE
PARTEIEN SOWIE
ZAHLREICHE ZIVIL-
GESELLSCHAFTLICHE
ORGANISATIONEN
UNTERSCHIEDLICHER
COULEUR.

Dana Mills

ROSA LUXEMBURG

DIE FRAU, DIE IM HERZEN DER REVOLUTION GELEBT HAT¹

Rosa Luxemburg war eine ungewöhnliche Tochter der deutsch-jüdischen Geschichte und beeinflusste diese.² Geboren wurde sie 1871 in einer bürgerlichen jüdischen Familie in der Kleinstadt Zamość in Polen. Ihre Verwandten waren, wie viele Jüdinnen und Juden dieser Zeit, sowohl von der polnischen kulturellen Wende als auch vom jüdischen Leben geprägt. Die Haskalah-Bewegung,³ aber auch die mit der Emanzipation einsetzenden Veränderungen des jüdischen Rechtsstatus wirkten auf das Leben der Familie Luxemburg. Rosa wurde in gleich dreifacher Weise unterdrückt: als Polin unter dem russischen Zarenreich, als Jüdin und schließlich als Frau. Deshalb wusste sie aus tiefstem Herzen, warum die Sozialdemokratie Rechte für alle mit sich bringen musste. Als sie zwei Jahre alt war, hinterließ eine bei ihr falsch diagnostizierte Hüftkrankheit eine lebenslange Behinderung. Dennoch war Rosa ein aufgewecktes, aufmerksames Kind mit einem weitreichenden Verständnis für die Welt und einem tiefen Einfühlungsvermögen für die Menschen um sie herum. Als jüngstes von fünf Geschwistern war sie der Liebling der Familie, die sie wegen ihrer Krankheit und ihres Scharfsinns besonders beschützte. Polnisch war in der Schule verboten, und so wurde die junge Rosa schon früh durch die Debatten um den polnischen Nationalis-

mus politisiert. Als eigenständige Denkerin bewegte sie sich zwischen den Ansichten sowohl linker Führer, einschließlich Marx und Engels selbst, als auch rechter nationalistischer Meinungen. Sie lehnte den polnischen Nationalismus ab und war überzeugt davon, dass durch ihn ein Sturz des Russischen Reichs nicht herbeigeführt werden könne – diese Auffassung vertraten auch Marx und Engels in der Ersten Internationale –, sondern eher das Klassenbewusstsein der Bourgeoisie bei der Aufrechterhaltung des Kapitalismus gestärkt würde. Rosa musste mitansehen, wie vier Führer der von ihr unterstützten Bewegung, der Partei des Proletariats, aufgrund ihrer Ansichten hingerichtet wurden – dies sensibilisierte sie für die Notwendigkeit, den Dissens als Kern des demokratischen Ethos zu erhalten.

Rosas Scharfsinn und ihre Leidenschaft für soziale Gerechtigkeit motivierten sie dazu, sich für eine Promotion in Zürich einzuschreiben. Ihr Doktorvater befand, dass sie

¹ Dieser Aufsatz wurde zuerst auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung in englischer Sprache veröffentlicht: Mills, Dana: Rosa Luxemburg, the Woman Who Lived at the Heart of the Revolution, 15.3.2021, unter: www.rosalux.de/en/news/id/43956/. ² Alle biografischen Referenzen im folgenden Beitrag entstammen Mills, Dana: Rosa Luxemburg (Critical Lives), London 2020. ³ Hierbei handelt es sich um eine auf den Wurzeln der europäischen Aufklärung fußende Form der jüdischen Aufklärung. Schulte, Christoph: Die jüdische Aufklärung – Philosophie, Religion, Geschichte, München 2000.

**OHNE DIE REVOLUTION,
ARGUMENTIERTE SIE,
VERLIERE DER SOZIALISMUS
SEINE ZENTRALE ACHSE.**

bereits bei ihrer Ankunft in Zürich «als fertige Marxistin aus Polen und Russland zu mir gekommen war».⁴ Rosa erhielt ihren Dokortitel im Jahr 1897, nur 30 Jahre nachdem die erste Frau überhaupt an der Universität Zürich hatte studieren dürfen. In der Schweiz lernte sie einige der sozialistischen Führungspersönlichkeiten ihrer Zeit kennen. 1898 mischte sie sich zum ersten Mal öffentlichkeitswirksam in die internationale sozialistische Debatte ein, als sie Eduard Bernstein, Engels' berühmtesten Schüler, in ihrer Schrift «Sozialreform oder Revolution» kritisierte.⁵ Bernstein hatte argumentiert, dass der Kapitalismus nicht durch eine Revolution gestürzt werden könne und dass die Arbeiterklasse stattdessen eine Reihe von Reformen anstreben sollte. Luxemburg griff diese Position frontal an: Ohne die Revolution, argumentierte sie, verliere der Sozialismus seine zentrale Achse. Natürlich sei es wichtig, die gegenwärtigen Bedingungen der Arbeiterklasse zu verändern, aber es sei unerlässlich, die Revolution als zentrale Motivation beizubehalten.

Rosa war nicht die einzige Jüdin, die sich gegen die Ansichten des ebenfalls jüdischen Bernstein stellte; in London, wo dieser viel Zeit im Exil verbrachte und der Familie Marx nahestand, wurde Bernstein wegen seines Angriffs auf das Erbe Karl Marx' von dessen jüngster Tochter Eleanor kritisiert. Sie hatte beschlossen, den bahnbrechenden Text ihres Vaters «Lohn, Preis und Profit» als Antwort auf Bernsteins Intervention zu veröffentlichen.⁶

⁴ Zit. n. Netti, Peter: Rosa Luxemburg, Köln 1967, S. 75. ⁵ Vgl. Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Bd. 1/1, Berlin 1982, S. 369–445. ⁶ Vgl. Marx, Karl: Value, Price, and Profit. Addressed to Working Men [1856], hrsg. von Eleanor Marx Aveling, London 1898.

Rosas dramatischer Auftritt auf der Weltbühne machte sie sofort zu einer Figur des öffentlichen Interesses und zu einer gleichermaßen bewunderten wie gehassten Persönlichkeit. Diese hyperbolische Wahrnehmung sollte ihr Leben und ihr Nachleben begleiten. Sie zog nach Berlin, wo sich die sozialistische Debatte auf einem Höhepunkt befand. Die SPD, einst unter den antisozialistischen Gesetzen illegal, gewann an Kraft und war die führende Partei in der Zweiten Internationale, der damals größten sozialistischen Organisation. Rosa wusste, dass dies der wichtigste Ort sein würde, an dem sie die internationale revolutionäre Arbeit beeinflussen konnte. Ihre Integrität, die Leidenschaft für Gerechtigkeit und ihr Wissen darüber, wie man politisch die meisten Menschen erreichen konnte, trieben sie an. Im revolutionären Berlin tummelten sich radikale Ideen. Rosa fand in Rebellinnen wie Clara Zetkin, Luise Kautsky und Mathilde Jacob Gefährtinnen fürs Leben. Ihr Milieu war das der Fremden und Andersdenkenden. Rosa selbst machte Berlin nie ganz zu ihrer Heimat. Sie blieb immer eine Fremde und Außenseiterin und nutzte diese Position, um ihr Mitgefühl und ihr Verständnis von sozialer Gerechtigkeit über ihr unmittelbares Umfeld hinaus zu verbreiten.

An Rosa Luxemburg wird oft im Kontext ihrer Beziehungen erinnert, dazu gehören vor allem diejenige mit ihrem ersten politischen Weggefährten und Liebhaber Leo Jogiches sowie ihre langjährige Auseinandersetzung mit Lenin. Das Verhältnis zwischen Lenin und Luxemburg ist eines der faszinierendsten und am meisten missverstandenen in der Geschichte der radikalen

**ROSA STAND IMMER
AUF DER SEITE DER
BOLSCHEWIKI UND
WAR EINE BEGEIS-
TERTE ANHÄNGERIN
DER RUSSISCHEN
REVOLUTION VON
1905, DIE SIE STARK
BEEINFLUSST HATTE.**

Denkerin. Rosa stand immer auf der Seite der Bolschewiki und war eine begeisterte Anhängerin der Russischen Revolution von 1905, die sie stark beeinflusst hatte. Nach der Revolution schrieb sie die Schrift «Massenstreik, Partei und Gewerkschaften», in der sie verdeutlichte, dass politische und wirtschaftliche Streiks für die Herausbildung eines revolutionären Bewusstseins entscheidend seien. Sie engagierte sich für die Gründung eines revolutionären Bewusstseins durch Streiks:

«Der Massenstreik ist somit die erste natürliche, impulsive Form jeder großen revolutionären Aktion des Proletariats, und je mehr die Industrie die vorherrschende Form der sozialen Wirtschaft, je hervorragender die Rolle des Proletariats in der Revolution und je entwickelter der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, umso mächtiger und ausschlaggebender müssen die Massenstreiks werden.»⁷

⁷ Luxemburg, Rosa: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften [1906], in: dies.: Politische Schriften, Bd. 1, hrsg. v. Ossip K. Flechtheim, Frankfurt a. M. 1966, S. 135–228, hier S. 201 f.

Luxemburg unterrichtete an der SPD- bzw. Gewerkschaftsschule, wo sie ihr Denken schärfte und ihre Vorstellung, dass nur durch direkte Erziehung revolutionäres Bewusstsein geformt werden könne, in die Praxis umsetzte. Sie war eine begabte Agitatorin, die trotz ihrer kleinen Statur das Publikum mühelos für sich einnehmen konnte. Während ihrer Zeit als Lehrerin in der Arbeiterschule entwickelte sie einige ihrer wichtigsten Schriften, darunter die Grundlage für ihr Buch «Die Akkumulation des Kapitals» aus dem Jahr 1913. Zu dieser Zeit gewann die SPD als parlamentarische Kraft immer mehr an Boden, während sie in ihren Positionen immer zentristischer wurde. Rosa wurde zu ihrer linken Ausreißerin. Insbesondere nahm sie ihre Partei in der Frage der Anpassung an den Imperialismus in die Pflicht. Obwohl sie gesundheitlich geschwächt war und nicht viel reiste, war Rosa für die Welt außerhalb Europas sensibilisiert und engagiert. Sie hatte über den Südafrikanischen Krieg (damals als «Zweiter Burenkrieg» bekannt) von 1902 geschrieben. Die jüdische Revolutionärin Ruth First, die im südafrikanischen Antipartheidkampf eine führende Rolle spielte, kommentierte, dass Rosa Luxemburg die erste Person gewesen sei, die den Krieg verstanden habe, und dass der höchste Preis für diesen Krieg von den einheimischen Afrikaner*innen bezahlt worden sei, nicht von den britischen Kolonisten.

Luxemburg nutzte ihre freie Zeit, um ihre intellektuelle und theoretische Kritik an Marx' zweitem Band des «Kapitals» mit ihrem Bestreben zu verbinden, den Imperialismus sowie dessen Verteidigung durch ihre eigene Partei anzugreifen. Sie schrieb



Rosa Luxemburg

«GESCHÄNDET, ENTEHRT,
IM BLUTE WATEND, VON
SCHMUTZ TRIEFEND - SO
STEHT DIE BÜRGERLICHE
GESELLSCHAFT DA,
SO IST SIE»
(ROSA LUXEMBURG)

in der «Akkumulation des Kapitals», dass Kapitalismus und Imperialismus Hand in Hand gehen; das eine könne nicht ohne das andere zu Fall gebracht werden. Der Kapitalismus suche nach nicht-kapitalistischen Märkten, in die er expandieren kann, und so bereite der Imperialismus den Boden, auf dem sich der Kapitalismus selbst erhalte.⁸ Diese These stieß auf viel Widerspruch; Lenin hatte ihre Schriften über die Menschen in Afrika, Australien, Asien und in Ländern, die sie nicht kannte, als sentimental und «nicht-marxistisch» kritisiert.⁹ Rosa blieb jedoch unbestechlich und solch Dissens veranlasste sie nie, von ihrer Position abzuweichen.

Gegen den Ausbruch des Ersten Weltkriegs wandte sich Rosa vehement. Die SPD hatte für die Kriegskredite gestimmt, was Rosa scharf kritisierte. Ihre Gegenposition brachte ihr eine weitere Inhaftierung ein (sie war bereits nach der Revolution von 1905 für einige Monate inhaftiert gewesen). Rosa verbrachte den größten Teil des Kriegs im Gefängnis, aber sie schrieb und agitierte weiter, unterstützt von ihren Freund*innen und Genoss*innen. Mit ihren engsten Verbündeten, darunter ihrem Ex-Geliebten Leo Jogiches und Clara Zetkin, gründete sie den Spartakusbund, aus dem die Kommunistische Partei Deutschlands hervorging. 1915 schrieb sie in der unter einem Pseudonym veröffentlichten «Junius-Broschüre»:

«Geschändet, entehrt, im Blute watend, von Schmutz triefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, geleck und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und

Rechtsstaat mimt – als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit –, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.»¹⁰

Begabt in der Rede und kraftvoll im Schreiben wich Luxemburg nie von der Sache ab. Ihre Zeit im Gefängnis verbrachte sie nicht mit Müßiggang. Sie blieb in Kontakt mit den revolutionären Ereignissen, malte und studierte die Natur in ihrer eingeschränkten Umgebung – sie hatte schon immer die tiefe Verbindung zwischen Mensch und Natur verstanden, und während der Gefangenschaft hatte sich dieser Fokus geschärft. In einem berühmt gewordenen Brief an ihre Freundin Sonja Liebknecht, die Frau von Karl Liebknecht (der ebenfalls wegen seiner revolutionären Tätigkeit in Haft saß), schrieb Rosa:

«[A]uf dem Hof, wo ich spaziere, kommen oft Wagen vom Militär, vollbepackt mit Säcken oder alten Soldatenröcken und -hemden, oft mit Blutflecken [...], die werden hier abgeladen, in die Zellen verteilt, geflickt, dann wieder aufgeladen und ans Militär abgeliefert. Neulich kam so ein Wagen, bespannt statt mit Pferden, mit Büffeln. Ich sah die Tiere zum ersten Mal in der Nähe. Sie sind kräftiger und breiter gebaut als unsere Rinder, mit flachen Köpfen und flach abgebogenen Hörnern, die Schädel also unseren Schafen ähnlicher, ganz

⁸ Vgl. Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals [1913], in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1975, S. 5–411. ⁹ Vgl. Lenin, Wladimir I.: Notizen eines Publizisten, in: ders.: Ausgewählte Werke, Bd. 10: Die Kommunistische Internationale, Moskau 1937, S. 300–308. ¹⁰ Luxemburg, Rosa: Die Krise der Sozialdemokratie [1916], in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 2000, S. 51–164, hier S. 53.

schwarz, mit großen sanften schwarzen Augen. Sie stammen aus Rumänien, sind Kriegstrophäen. [...] Vor einigen Tagen kam also ein Wagen mit Säcken hereingefahren. Die Last war so hoch aufgetürmt, dass die Büffel nicht über die Schwelle bei der Toreinfahrt konnten. Der begleitende Soldat, ein brutaler Kerl, fing an, derart auf die Tiere mit dem dicken Ende des Peitschenstiels loszuschlagen, dass die Aufseherin ihn empört zur Rede stellte, ob er denn kein Mitleid mit den Tieren hätte. «Mit uns Menschen hat auch niemand Mitleid!», antwortete er mit bösem Lächeln und hieb noch kräftiger ein ... Die Tiere zogen schließlich an und kamen über den Berg, aber eins blutete.»¹¹

Die Grausamkeit, junge Männer an die Front zu schicken, verband sie in dem Brief mit der Grausamkeit, Tiere leiden zu lassen, wenn sie die blutbefleckten Uniformen zurück nach Deutschland tragen. Rosas Verständnis von Empathie war mit dem von Gerechtigkeit verbunden. Und alle Kämpfe waren für sie miteinander verflochten.

Rosa war immer stolz auf ihr Jüdischsein, obwohl sie sich meist von der jüdischen Politik ihrer Zeit fernhielt. Ähnlich wie in der Debatte um den polnischen Nationalismus, in der es ihr verwehrt gewesen war, allgemeine Ideen aus der eigenen Lebensrealität heraus entstehen zu sehen, verstand Rosa die Welt vor allem mit den Augen der Unterdrückten, durch ihr eigenes, marginalisiertes Prisma. Als sie 1917 von ihrer Freundin Mathilde Wurm ein Buch über Spinoza ins Gefängnis geschickt bekam, schrieb Rosa:

«Was willst du mit den speziellen Judenschmerzen? Mir sind die armen Opfer der Gummipflanzungen in Putumayo, die Schwarzen in Afrika, mit deren Körpern die Europäer Fangball spielen, ebenso nahe. Ich habe keinen Sonderwinkel im Herzen für das Ghetto: Ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschentränen gibt.»¹²

Rosa war eine begabte Briefschreiberin ganz in der Tradition der großen jüdischen Intellektuellen Rahel Varnhagen (die sie in einer Fußnote in einem ihrer ökonomischen Manuskripte zitierte). Luxemburgs Weltbild war kohärent und robust; sie hielt an den Dingen fest, an die sie glaubte, ob die Geschichte ihr nun recht gab oder nicht. Viele der Anliegen, für die sie eintrat, sind noch heute elementar. Sie war eine Frau, die ihrer Zeit voraus war. Luxemburg war eine Pionierin der Menschenrechte; sie war gegen die Todesstrafe und setzte sich für die Rechte von Gefangenen (ohne Zweifel aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen) und für andere Kämpfe ein, die immer noch aktuell sind.

Luxemburg hatte eine enge und spannungsreiche Beziehung zu Lenin. Noch bevor beide ihren Beitrag zu den jeweiligen Revolutionen leisteten, überspannten ihre Debatten den Diskurs. Trotz der Tatsache, dass Luxemburg eine linke Ausreißerin und Lenin ein linker «Führer» war, stimmten sie in vielen Ansichten überein. Beide waren glühende Revolutionär*innen, die für ihre

¹¹ Luxemburg, Rosa: Brief an Sophie Liebknecht aus dem Gefängnis, Breslau, 24.9.1917, in: LuXemburg 3/2018, S. 56–61, hier S. 60. ¹² Brief Rosa Luxemburgs an Mathilde Wurm, Wronke, 16.2.1917, in: Luxemburg, Rosa: Gesammelte Briefe, Bd. 5, Berlin 1987, S. 175–178, hier S. 177.

Überzeugungen unnachgiebig kämpften. Luxemburg begrüßte die Russische Revolution von 1917 von ganzem Herzen; obwohl sie deshalb inhaftiert wurde und einen hohen Preis für ihre eigene Freiheit zahlte, war sie sich der Tragweite dieser revolutionären Ereignisse bewusst. Sie sorgte sich jedoch über den Angriff, den Lenin unter revolutionären Vorzeichen auf die demokratischen Institutionen orchestrierte. Für sie gingen Demokratie und Marxismus Hand in Hand; sie machte niemals Zugeständnisse zugunsten einer Seite. Luxemburg verteidigte die Sozialdemokratie immer als Ganzes, mit ihren Rechten und Freiheiten für alle; sie befürwortete beispielsweise das allgemeine Wahlrecht gegenüber Kampagnen für das Frauenwahlrecht und wusste, dass die Bevorzugung einer Gruppe im Kampf für Gerechtigkeit unweigerlich zu einer mangelhaften Sozialdemokratie führen würde.

1918 schrieb sie zur Russischen Revolution: «Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.»¹³ Luxemburg stand der deutschen Revolution von 1918/19 sehr kritisch gegenüber, obwohl sie ihr die Freiheit aus der Gefangenschaft gebracht hatte; dieses historische Ereignis, ein Mitte-Links-Aufstandsversuch, der sich mit protofaschistischen Kräften verbündete, würde, so wusste Luxemburg, nie zu einem wirklich revolutionären Moment führen. Sie hatte 1915 «Sozialismus oder Barbarei» geschrieben; und Deutschland befand sich auf dem klaren Weg zu Letzterem. Am 15. Januar 1919 wurde sie im Alter von 47 Jahren zusammen mit ihrem Kampfgefährten Karl



Rosa Luxemburg

¹³ Luxemburg, Rosa: Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung [1918], hrsg. von Paul Levi, Berlin 1922, S. 47.

Liebknecht von Freikorps ermordet, einer protofaschistischen Miliz, die mit den zentristischen Kräften in der Regierung zusammenarbeitete (die später Hitlers Aufstieg zur Macht unterstützten). Einen Tag vor ihrer Ermordung bereits auf der Flucht schrieb Rosa in ihrem letzten Text «Die Ordnung herrscht in Berlin»:

«Ordnung herrscht in Berlin! Ihr stumpfen Schergen! Eure «Ordnung» ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon «rasselnd wieder in die Höh' richten» und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!»¹⁴

Luxemburgs grausame Ermordung, bei der ihr verstümmelter Körper in den Landwehrkanal geworfen wurde, schockierte viele in der Welt. Es war der Beginn der Gräueltä-

ten, die mit der Naziherrschaft in Deutschland und dem Holocaust enden sollten; tatsächlich arbeiteten die Freikorps eng mit Hitler zusammen. Kurz nach der «Machtübernahme» Hitlers begann der Angriff auf Luxemburgs Andenken. Im Jahr 1933 entfernten die Nazis den roten Stern von den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Während des deutschen Faschismus wurden ihre engsten Genoss*innen als Kommunist*innen und Jüdinnen und Juden verfolgt. Mathilde Jacob, Luxemburgs geliebte rechte Hand, die für die Bewahrung und Veröffentlichung eines Großteils von Rosas Werk verantwortlich war, wurde am 27. Juli 1942 abgeholt und in das KZ Theresienstadt deportiert, wo sie am 14. April 1943 starb. Wie so viele war sie in den Reihen der Sozialist*innen nicht bedeutend genug, um von Hitler und den Nazis wegen ihrer Politik gejagt zu werden, aber sie litt wegen ihres Jüdischseins, wie alle ihre und Rosas Geschwister in den 1930er Jahren. Luise Kautsky starb in Auschwitz im Alter von 80 Jahren an einem Herzinfarkt.

Rosa Luxemburg bleibt eine der einflussreichsten Denkerinnen und Führerinnen des 20. Jahrhunderts. Für ihr großes Engagement wird sie verehrt und gefürchtet zugleich. Rosas Mitgefühl und ihr tiefes Verständnis für das Leiden leiten uns auch heute noch in unserem Streben nach sozialer Gerechtigkeit.

*Übersetzung aus dem Englischen
von Riccardo Altieri*

¹⁴ Luxemburg, Rosa: Die Ordnung herrscht in Berlin [1919], in: dies.: Politische Schriften, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1975, S. 203–209, hier S. 209.

Hanno Plass

JÜDISCHE ERFAHRUNGEN, UNIVERSELLE ANTWORTEN

LINKE JÜDINNEN UND JUDEN IN SÜDAFRIKA

«We were acting essentially as committed South Africans not as Jews.»¹

«I've always said, «I'm a Jew.» You can't help it, because I learned at an early stage that you've got to fight like a Jew.»²

Während der Apartheid 1948 bis 1990 bzw. 1994 hatten Jüdinnen und Juden in Südafrika alle Privilegien eines weißen Lebens. In dieser materiell komfortablen Situation kämpften im Vergleich zur Größe der jüdischen Minderheit überproportional viele jüdische Aktivist*innen gegen das Apartheidregime.³ Für eine Gesellschaft, die durch rassistische Gewaltverhältnisse geprägt war, war dieses Engagement nicht selbstverständlich. Die lange Kolonialisierung des Landes, die mehr oder minder strikte rassistische Hierarchisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen, die offensichtlich rassistisch begründete Ausbeutung schwarzer Arbeitskraft bereitete den Raum, den Einwander*innen vorfanden. Von ihnen wurde seitens der herrschenden weißen Minderheit Anpassung verlangt, Aufbegehren wurde verständnislos und repressiv begegnet.

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI ALS POLITISCHE HEIMAT

Neben britischen und US-amerikanischen Einwander*innen gehörten Jiddisch sprechende (Ost-)Jüdinnen und Juden zur Gründergeneration einer politischen Linken in Südafrika und riefen die sozialistischen Organisationen und Gewerkschaften ins Leben, aus denen 1920 die Kommunistische Partei Südafrikas (CPSA) entstehen sollte.⁴

Die jüdische Gemeinschaft betrug in der selbst ethnisch differenzierten weißen Minderheit nie mehr als vier Prozent. Trotzdem stammten aus der jüdischen Gruppe – deren Status als Weiße lange Jahre umstritten gewesen ist – die meisten öf-

1 Taffy Adler zit. n. Suttner, Immanuel: Cutting through the Mountain. Interviews with South African Jewish Activists, Johannesburg 1997, S. 13. 2 Albie Sachs zit. n. Suttner: Cutting through the Mountain, S. 393. 3 Dieser Artikel beruht auf: Plass, Hanno: Zwischen Antisemitismus und Apartheid. Jüdinnen und Juden in Südafrika (1948–1990), Berlin 2020; ders.: Von Südafrika über Europa hinaus? Die South African Communist Party während der Apartheid, 1948–1990, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2019: Kommunismus jenseits des Eurozentrismus, S. 125–138, unter: www.kommunismusgeschichte.de/article/detail/von-suedafrika-ueber-europa-hinaus. Dort sind alle weiterführenden Aspekte und Verweise ausgeführt. 4 1950 wurde die CPSA aufgelöst und jegliche kommunistische Aktivität verboten, 1952 gründete sie sich im Untergrund als SACP neu.

EUROPÄISCHE UND JÜDISCHE ERFAHRUNGEN

**DIE CPSA BLIEB BIS 1990
DIE ENTSCHEIDENDE
SCHALTSTELLE UND DAS
INTELLEKTUELLE ZENTRUM
FÜR DIE BEFREIUNGSBE-
WEGUNG, IM LAND SELBST
WIE IM EXIL.**

fentlich sichtbaren weißen Gegner*innen der «Rassen»-Trennung und Apartheid.⁵ Für die meisten jüdischen Aktivist*innen, die in den 1930er und 1940er Jahren aufwuchsen und politisiert wurden, war die CPSA während der Apartheid die politische Heimat.

Die CPSA postulierte entgegen der rassistischen Existenzgrundlage Südafrikas erstmals ein universelles Gleichheitsversprechen aller Bürger*innen, gleich welcher Hautfarbe. Sie blieb bis 1990 die entscheidende Schaltstelle und das intellektuelle Zentrum für die Befreiungsbewegung, im Land selbst wie im Exil.

Der Einfluss der europäischen Kolonisation und des mit ihr einhergehenden Rassismus und virulenten Antisemitismus konstituiert den Erfahrungsraum der südafrikanischen Jüdinnen und Juden. Während Rassismus in der weißen Minderheit kaum umstritten gewesen ist, drang Antisemitismus im Zuge der Wiederbelebung eines Afrikaner-Nationalismus in den 1930er Jahren lautstark in den öffentlichen Diskurs. Strikt antibritisch und antisemitisch orientierte sich diese Bewegung mit Hunderttausenden Mitgliedern am nationalsozialistischen Deutschland. Die völkische «Renaissance» des Bureniums beförderte eine Debatte darum, ob Jüdinnen und Juden als weiß galten. Dabei wurde besonders auf ostjüdische, das heißt arme jüdische Einwander*innen fokussiert. Unter einer kasschierenden Formulierung wurde die Einwanderungsgesetzgebung geändert und Quoten für «nicht-europäische» und damit auch jüdische Einwander*innen eingeführt. 1937 drängten die Nationalisten auf ein Gesetz, das die jüdische Immigration nach Südafrika gänzlich unterbinden sollte; bevor der Aliens Act 1937 in Kraft trat, erreichten noch rund 600 jüdische Flüchtlinge aus Deutschland Kapstadt.

Während die etablierten jüdischen Gemeindevorteiler sich auf die Rolle als Vermittler zwischen Regierung und Gemeindeintereffen beschränkten, waren es die Linken, die die Faschisten auf der Straße konfrontierten.

⁵ Marks, Shula: Apartheid and the Jewish Question, in: Journal of Southern African Studies 4/2004, S. 889–900.

tierten. In der Zeit dieser politischen Unruhe erlebten viele der Aktivist*innen in ihren Familien eine lebensweltliche Enge und ethnische Borniertheit. Der offensichtliche Widerspruch zwischen dem konformistischen *Wunschbild* eines Staates frei von Verfolgung gegen Jüdinnen und Juden und der Realität militanter völkischer Bur*innen sowie der gleichzeitigen Diskriminierung und Ausbeutung schwarzer Südafrikaner*innen wurde für sie ein Ansporn zum Aktivismus. Antisemitische Erfahrungen im Alltag sowie die Abweichung vom hegemonialen rassistischen Konsens der weißen Gesellschaft verschärfen ihre Nichtzugehörigkeit zur weißen Minderheit.

So mussten sich junge Jüdinnen und Juden zwischen Anpassung und Aufbegehren entscheiden. Anpassung hieß, die Vorzüge des «weißen» South African Way of Life zu beanspruchen und Konflikte zu vermeiden. Anpassung hätte nach dem Verbot der Kommunistischen Partei 1950 auch geheißen, Opposition maximal im Rahmen der Wahl der Liberal Party oder sozialer Wohltätigkeit auszuüben. Das Leben wäre zumeist in der eigenen ethnischen Gruppe verlaufen – wegen der allgemeinen ethnozentristischen Spaltung der Gesellschaft und weil jeglicher Kontakt zwischen weißen und nicht-weißen Südafrikaner*innen jenseits einer Herr-Knecht-Beziehung unter Strafe stand. Zudem drängte das jüdische Establishment auf eine Konfliktvermeidung mit dem Apartheidregime.

Entschied man sich dagegen für Aufbegehren, hatte das Auswirkungen auf die Stellung sowohl in der Familie als auch in der Gemeinschaft. Meistens war das Engage-

ment der Kommunist*innen nicht wohlgefallen und führte zu familiären Spannungen und Konflikten. Ebenso wurden jüdische Aktivist*innen als Bedrohung für das etablierte Leben der Gemeinschaft erachtet, an den Rand gedrängt und exkommuniziert.

Trotz Differenzen und Spannungen konnten die Aktivist*innen aber immer wieder auf ein gewisses Maß an familiärer Unterstützung setzen: Angehörige vermittelten Kontakte und sorgten vor allem für die Kinder, wenn die Eltern inhaftiert wurden. Es gab gar einen «jüdischen Zusammenhalt» gegenüber den in weiten Teilen antisemitisch eingestellten Polizeibeamten und dem Staatsapparat.

JENSEITS DES JÜDISCHEN ESTABLISHMENTS

Jenseits des jüdischen Establishments gab es eine Reihe linker jüdischer Gruppierungen, die dem respektablen bürgerlichen Selbstbild entgegenstanden, das die Mehrheit der Community von sich entwarf. Sie widersprachen auch dem dominanten Zionismus. Die Rivalität zwischen dem Jewish Workers Club und zionistischen Revisionist*innen ging so weit, dass es zu einer offenen Auseinandersetzung kam, als Zeev Jabotinsky (1880–1940), der Begründer des revisionistischen Zionismus, Johannesburg besuchte. Für die kommunistischen Jüdinnen und Juden war klar: Die Anhänger*innen Jabotinskys seien keine Juden, «die sind Faschisten».⁶

⁶ Rowley Arenstein zit. n. Suttner: Cutting through the Mountain, S. 377f.

Denis Goldberg



Die Spannungen in der jüdischen Gemeinschaft waren entlang der politischen Unterschiede offensichtlich. Die radikale Opposition zum herrschenden Regime rüttelte an den geordneten und prosperierenden Lebensumständen der jüdischen Community. Die Kommunistische Partei bot das Tor zur Erfahrung eines *non-racialism*, eines Übertritts über die «Rasse»-Schranken hinweg. Die CPSA war in den 1930er Jahren die Speerspitze des Antifaschismus in Südafrika und schützte die jüdische Minderheit vor Angriffen faschistischer Organisationen. Sie bot den jungen Aktivist*innen eine Antwort auf die Probleme und Widersprüche des Landes sowie eine konkrete Utopie.

Durch den Bruch mit dem ethnischen Partikularismus und der Selbstbezüglichkeit sowohl im Alltagsbewusstsein wie in der Politik verließen die jüdischen Kommunist*innen den Bannkreis der jüdischen Gemeinschaft⁷ und knüpften über die «Farbschranke» hinweg Freundschaften. Diese neuen Bande zeigten sich nicht unbedingt im unmittelbaren Lebensstil oder der Wohnortwahl – zudem die einzelnen «Rasse»-Gruppen in designierten Wohnvierteln leben mussten –, sondern vor allem im sozialen, politischen und freundschaftlichen Umgang. Die zunehmenden repressiven Gesetze mit der Einführung der Apartheid nach 1948 erschwerten diese soziale Basis der Opposition. Manche der «farbblinden» Freundschaften wurden zu Liebesbeziehungen und Ehen, mit massiven Folgen für die Paare – die meisten gingen ins Exil.

⁷ Vgl. Claussen, Detlev: Weiter als Auschwitz, in: Deutscher, Isaac: Der nichtjüdische Jude. Essays, Berlin 1988, S. 7–27, hier S. 24.

«EUROPÄISCHE» ERFAHRUNGEN UND SÜDAFRIKANISCHE ANTWORTEN

Joe Slovo (1926–1995) wuchs in einem bundistisch geprägten Einwanderermilieu auf, in dem eine große Melancholie nach der alten Heimat vorherrschte und osteuropäische sozialistische Politik als Gesprächsgegenstand Hand in Hand mit Rassismus ging. Wie so viele seiner Generation verließ Slovo die Welt dieses sentimental Sozialismus, der seiner Erkenntnis nach nichts zur Lage in Südafrika beizutragen hatte.

Erfahrungen, die über die eingeschränkte Wirklichkeitswahrnehmung der normalen Weißen hinausgingen, machten viele der jüdischen Aktivist*innen schon in ihrer Jugend. Einen Schritt voraus waren *red diaper babies*, deren Eltern als Kommunist*innen mit der rassistischen Norm brachen; andere konnten vermittels des politischen Rahmens die «Farbschranke» durchbrechen – entgegen den Konventionen ihrer Elternhäuser. Politische Angebote sowohl der CPSA wie auch ihrer Jugend- und Vorfeldorganisationen boten Räume für die jungen Interessierten aller «Rassen». «It was through the Communist Party that I found the bridge between the races and a way of pursuing my political ideals», bekräftigte Hilda Bernstein (1915–2006), die der CPSA 1939 beitrug.⁸

Von den zermürbenden Konflikten in der Partei in den späten 1920er Jahren blieben die Antiapartheidaktivist*innen wegen ihres Alters verschont. Sie erlebten die CPSA im Aufwind durch ihren aktiven

Antifaschismus und durch den Einsatz der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Die Partei konnte in dieser Zeit Ansehen innerhalb der weißen Minderheit und Anhänger*innen unter dem durch die industriellen Kriegsanstrengungen in den Städten gewachsenen schwarzen Proletariat gewinnen. Bei den «Wahlen-nur-für-Weiße» gelang es Hilda Bernstein gar, von 1943 bis 1946 zur Stadträtin in Johannesburg gewählt zu werden. Unter der schwarzen Bevölkerungsmehrheit konnte die CPSA vor allem durch ihre politische, materielle und propagandistische Unterstützung des Streiks der schwarzen Minenarbeiter 1946 enormes politisches Vertrauen gewinnen.

Die CPSA scheiterte jedoch am Spagat zwischen weißem antifaschistischem Idealismus und schwarzer *Bread-and-Butter*-Politik in der Nachkriegszeit und den ersten Jahren der National-Party-Regierung. Zu schnell zerbrach die vom Geiste der Anti-Hitler-Koalition getragene oppositionelle Allianz an der Frage, ob Demokratie in Südafrika dem Grundsatz «One man, one vote» folgen könne; zugleich wendeten sich viele Kriegsveteranen vom Aktivismus ab, zum einen weil die erste Welle der Protestbewegung erfolglos geblieben war und zum anderen die bequemen weißen Privilegien riefen.

Erst die Kongressallianz⁹ konnte in den 1950er Jahren eine Verknüpfung und eine gemeinsame Linie der Opposition schaffen.

⁸ Bernstein, Hilda: *The World that was Ours*, London 2004, S. xi. ⁹ Die drei nicht-weißen Bevölkerungsgruppen organisierten ihre Interessen in «Kongressen» wie dem African National Congress (ANC) oder dem South African Indian Congress (SAIC). Die Kongresse fungierten als politische Organe und Repräsentanten.

Zu diesem Zeitpunkt fanden sich führende Mitglieder der bereits verbotenen CPSA in den legalen Kongressen und «demokratischen» Organisationen wieder. Zugute kam ihnen ihr Vertrauensverhältnis und die politische Orientierung, die die CPSA geschaffen hatte. Doch die weiße Opposition durchzog die Trennlinie eines rassistisch bedingten oder allgemeinen Wahlrechts.

1952 luden die nicht-weißen Kongresse zu einem gemeinsamen Treffen ein, um strategische Misserfolge und die Isolation von der weißen Minderheit zu diskutieren. Rusty Bernstein (1920–2002), Kriegsveteran und einer der führenden kommunistischen Theoretiker, lehnte das Vorgehen der liberalen Opposition ab, die durch Freizeit- und kulturelle Veranstaltungen Weiße und Nichtweiße näherbringen wollte. Er sprach sich unumwunden für eine politische Kooperation zwischen weißer Opposition und den Kongressen aus. Diese Zusammenarbeit sollte durch die Gründung eines Kongresses für Weiße, dem Congress of Democrats (COD), gewährleistet werden. Entsprechend erklärte die radikale Opposition, dass mit dem COD endlich die Parteinahme weißer Aktivist*innen bei der Bevölkerungsmehrheit sichtbar werde. Nur wenn Weiße sich uneingeschränkt an die Seite der nicht-weißen Kongresse stellten, könne der Kampf um nationale Befreiung nicht ein Kampf der «Rassen» sein.

Auf besagtem Treffen näherte sich die afrikanistisch geprägte Jugendliga des ANC, der auch Nelson Mandela (1918–2013) angehörte, der weißen Opposition an. Deren exklusiv-ethnischer Nationalismus wandelte sich. Die Befreiungsbewegung bestand

auf einem inklusiv-demokratischen Nationalverständnis, das wenige Jahre später zu neuen Konflikten mit afrikanistischen Nationalist*innen führen sollte.

Etwa zur selben Zeit reorganisierte sich die SACP als eine klandestine Kaderorganisation, die wieder als strategische und inhaltliche Schnittstelle in der Befreiungsbewegung arbeiten konnte; der soziale Raum, den sie geschaffen hatte, wurde durch den COD mit gesetzeskonformer Garnitur ersetzt. Er wurde das Auffangbecken für viele organisationslose Kommunist*innen und Sympathisant*innen.

NON-RACIALISM UND DIE FREEDOM CHARTER

Ins radikale Oppositionsbündnis gesellten sich zu den vier Kongressen der Gewerkschaftsbund South African Congress of Trade Unions (SACTU, 1955–1990) und die Federation of South African Women (FEDSAW, 1954–1994), in der viele jüdische Aktivist*innen eine prägende Rolle spielten: Ray Alexander (1925–2002) gründete FEDSAW mit und neben ihr waren Eli Weinberg, Ben Turok und Leon Levy Gewerkschaftsfunktionär*innen.

Der Schulterchluss der Kongresse führte 1955 zum Congress of the People, ein Meilenstein der gemeinsamen Arbeit gegen das Apartheidregime. Er beruhte auf der Idee eines Volkskongresses, auf dem «Vertreter aller Schichten der südafrikanischen Bevölkerung – sowohl Weiße als auch Nichtweiße – ein Programm für den Widerstand gegen die Apartheid in allen ihren Formen

«SOUTH AFRICA BELONGS TO ALL WHO LIVE IN IT, BLACK AND WHITE», LAUTETE DER ERSTE SATZ DER PRÄAMBEL, DIE DAS INKLUSIVE, NICHT-RASSISTISCHE VERSTÄNDNIS DER BEFREIUNGS-BEWEGUNG UNTERSTRICH.

ausarbeiten». ¹⁰ Trotz polizeilicher Behinderung kamen auf dem Congress of the People an die 2.000 Delegierte aller Hautfarben aus dem ganzen Land zusammen. Rusty Bernstein wurde von Walter Sisulu (1912–2003), Mitglied der Exekutive von ANC und SACP, und Nelson Mandela die Aufgabe des «Papierkrams» überlassen: Aus den Tausenden von Forderungen, die in der vorherigen Kampagne zum Kongress gesammelt worden waren, sollte *ein* Dokument zusammengestellt werden. Dieses wurde einstimmig von den Delegierten angenommen, innerhalb von zwei Tagen verabschiedeten sie die Freedom Charter. «South Africa belongs to all who live in it, black and white», lautete der erste Satz der Präambel, die das inklusive, nicht-rassistische Verständnis der Befreiungsbewegung unterstrich. ¹¹ Bis zum Wahlsieg des ANC 1994 blieb die Freedom Charter die Richtschnur der Befreiungsbewegung und wurde danach in die Verfassung des neuen Südafrikas überführt. Die Beteiligung der vornehmlich nicht-weißen

Bevölkerung an der Kampagne zum Volkskongress war außerordentlich. Joe Slovo wertete den Volkskongress als eine Zäsur in der Geschichte des Landes. ¹²

Die Apartheidregierung reagierte auf den Volkskongress, indem sie ihn auflöste und 156 der Delegierten im folgenden Jahr des Hochverrats anklagte; der mehrjährige Treason Trial sollte mit Freisprüchen für alle Beteiligten enden – und die persönlichen Bande zwischen den Führungsmitgliedern der Opposition enger schmieden.

Kritik am Volkskongress kam vonseiten der afrikanistischen Bewegung, die erklärte, Afrikaner*innen seien von den Weißen, in diesem Falle von den Kommunist*innen, in die Irre geführt worden und folgten einer ausländischen Ideologie. Walter Sisulu griff die Afrikanist*innen scharf an. Deren Nationalismus sei nichts anderes als «umgekehrter Rassismus», welcher eher mit der National Party übereinstimme als mit den Kongressen. ¹³ Rusty Bernstein erläuterte im neu gegründeten Journal der SACP, *The African Communist*, dass der Vorwurf, der Kommunismus sei «fremd», in das rhetorische Arsenal des Apartheidregimes gehöre; die Welt der Ideen sei keine «Einbahnstraße» und auch Führer unabhängiger afrikanischer Staaten müssten den Einfluss des Marxismus positiv anerkennen. ¹⁴

¹⁰ SACP: Dokumente zur Geschichte der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, 1915–1980, Berlin 1984, Dok. 96, S. 309–312, hier S. 311. ¹¹ Suttner, Raymond/Cronin, Jeremy: 30 Years of the Freedom Charter, Johannesburg 1986, S. 262. ¹² Slovo, Joe: The Unfinished Autobiography, Johannesburg 1995, S. 89. ¹³ Sisulu, Walter: Congress and the Africanists, in: Africa South 4/1959, S. 27–34, hier S. 31. ¹⁴ Touissant [Rusty Bernstein]: Wie fremd ist der Kommunismus, in: SACP, Dokumente, Dok. 106, S. 354–362, hier S. 361.

Auch das Apartheidregime griff (rhetorisch) an und fragte wegen der hohen Sichtbarkeit von Jüdinnen und Juden in der weißen Opposition, auf wessen Seite die Jüdinnen und Juden im «weißen Überlebenskampf» stünden – angesichts der zunehmenden Repression eine unverhohlene Drohung.

Die verschärfte Repression, nochmals gesteigert durch die Verhängung des Ausnahmezustands nach dem Massaker von Sharpeville 1960 und weitreichende Sondervollmachten für die Sicherheitspolizei, trieb zahlreiche Aktivist*innen aus dem Land. Besonders nach dem Rivonia Trial 1963/64, auf dessen Anklagebank neben Mandela auch die «rassisch» gemischte Führung – unter ihnen Denis Goldberg – der mittlerweile militanten Widerstandsbewegung saß, galt die Opposition als zerschlagen. Erst nach dem Aufstand von Soweto 1976 entbrannte dauerhaft neuer Massenprotest. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Mehrheit der jüdischen Aktivist*innen entweder im Gefängnis, im Hausarrest oder im Exil in Großbritannien.

IM BRITISCHEN EXIL

London etablierte sich neben den offiziellen Auslandsvertretungen des ANC in Daressalam (Tansania) und später Lusaka (Sambia) als das Zentrum der Befreiungsbewegung. Auf dem afrikanischen Kontinent sicherte der ANC Kontakte und materielle Unterstützung für die Ausbildungscamps des militärischen Arms und den Unterhalt der Exilant*innen. London fungierte als Rückzugsraum und internationales Drehkreuz in die sozialistischen Staaten, besonders

die Sowjetunion und die DDR, wie auch zu den Vereinten Nationen in New York, die sich dem Kampf gegen die Apartheid angenommen hatten. In London wurden *Sechaba*, die Zeitschrift des ANC, und der *African Communist* vorproduziert, die dann in der DDR gedruckt wurden.

Die jüdischen Kommunist*innen operierten aus Sicherheitsgründen auch im Exil klandestin. Als Mitglieder des ANC und des lange Zeit personell von ihnen gestemmt britischen Anti-Apartheid Movement konnten sie den Kampf um Befreiung weiterführen. Diese Beteiligung folgte den theoretischen Prämissen einer zweistufigen (leninistischen) Befreiungstheorie, die die SACP formuliert hatte: erst nationale Befreiung, dann die Befreiung vom Joch des Kapitalismus.

Zu den politischen Erfolgen in der Zeit des Exils gehörte die Öffnung des ANC für andere ethnische Gruppen im Jahr 1969 auf der Morogoro-Konferenz in Tansania; an den Planungen waren führende SACP-Kader wie Joe Slovo und Ruth First (1925–1982) beteiligt. Durch die Konzentration auf die öffentliche, politisch-publizistische Arbeit, an der auch Ronald Segal (1932–2008) mitwirkte, hatten die Londoner Exil-Südafrikaner*innen entscheidenden Anteil an der Internationalisierung des Kampfes um Befreiung.

SIEG ÜBER DEN RASSISMUS

Die unerwartete Entscheidung der Apartheidregierung, SACP und ANC im Februar 1990 wieder zu legalisieren, traf die Exilant*innen unvorbereitet: «Before 2 Feb-

ruary [1990] «going home» was a dream deferred over the years, all the more sweet because of its remoteness. Return was insubstantial, while the longing for it remained clear and unconditional.»¹⁵ Eine bruchlose Rückkehr nach Südafrika war für die Aktivist*innen nicht denkbar, hatten sie doch die Hälfte ihres Lebens im Exil verbracht.

Und doch bedeutete die Rückkehr, dass sie eines erreicht hatten: den Sieg über das Apartheidregime. Die legale Einreise seiner Mitglieder ermöglichte dem ANC eine letzte große Aktion innerhalb Südafrikas. Die «Operation Vula» sollte Kader verstecken und Waffendepots anlegen, um militante Aktionen innerhalb Südafrikas zu ermöglichen. Die Operation misslang und während der ANC mit der Apartheidregierung über eine Machtübertragung diskutierte, stand der Vorwurf im Raum, der ANC habe einen Putsch vorbereitet. Der ANC erklärte, die Maßnahmen seien zur Absicherung nötig gewesen, falls die Verhandlungen scheitern sollten. Die bürgerkriegsartige Gewalt, die zwischen 1990 und 1994 durch Südafrika fegte, ließ dem Apartheidregime die Dringlichkeit eines geregelten Übergangs wichtiger erscheinen als potenziell umstürzlerische Aktivitäten des ANC.

Mit dem Wahlsieg des ANC und der Präsidentschaft Nelson Mandelas führten viele der Aktivist*innen ihre Arbeit als Teil des «neuen Südafrikas» im Staatsapparat fort. Ronnie Kasrils (geb. 1938) und Joe Slovo

bekleideten Ministerposten, Gill Marcus (geb. 1949) wurde Präsidentin der Zentralbank. Andere wiederum arbeiteten in ANC- und regierungsnahen Thinktanks und am Wiederaufbau des zerrütteten Landes mit. Aufgaben waren in Fülle vorhanden.

Ihre Rückkehr und ihre klare Erkennbarkeit als Jüdinnen und Juden sorgten innerhalb der jüdischen Gemeinschaft für einen andauernden Diskussionsprozess um die Rolle und die Privilegien, die Jüdinnen und Juden unter der Apartheid genossen hatten. Elementar war ihre Funktion für den Befreiungskampf gewesen. Sie hatten durch ihren Beitrag Sorge getragen, dass das Ende der Apartheid nicht zu einem gefürchteten *race war* wurde. Dies gelang auf doppelte Weise: durch die Freundschaften und die Politik über die «Farbschran-

**UND DOCH
BEDEUTETE DIE
RÜCKKEHR, DASS
SIE EINES ERREICHT
HATTEN: DEN SIEG
ÜBER DAS
APARTHEIDREGIME.**

ke» hinweg, zuerst in der CPSA bzw. SACP und dann im ANC, der ein demokratisches, nicht-rassistisches Südafrika als Ziel hatte.

Der vermeintliche Widerspruch zwischen der partikularen Erfahrung als Jüdinnen und Juden und dem Kampf um universelle Befreiung als Südafrikaner*innen ist in der Utopie einer Gesellschaft der Freien und Gleichen aufgehoben. Mit dem Ende des Apartheidregimes sahen die jüdischen Kommunist*innen und ihre Genoss*innen den ersten Schritt genommen.

¹⁵ Bernstein, Hilda: *The Rift. The Exile Experience of South Africans*, London 1994, S. xxiii.

the 1990s, the government has been able to reduce the number of people who are uninsured from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000. The number of people who are uninsured has declined from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000.

As a result of the 1990s reforms, the government has been able to reduce the number of people who are uninsured from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000. The number of people who are uninsured has declined from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000.

As a result of the 1990s reforms, the government has been able to reduce the number of people who are uninsured from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000. The number of people who are uninsured has declined from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000.

As a result of the 1990s reforms, the government has been able to reduce the number of people who are uninsured from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000. The number of people who are uninsured has declined from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000.

As a result of the 1990s reforms, the government has been able to reduce the number of people who are uninsured from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000. The number of people who are uninsured has declined from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000.

As a result of the 1990s reforms, the government has been able to reduce the number of people who are uninsured from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000. The number of people who are uninsured has declined from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000.

As a result of the 1990s reforms, the government has been able to reduce the number of people who are uninsured from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000. The number of people who are uninsured has declined from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000.

As a result of the 1990s reforms, the government has been able to reduce the number of people who are uninsured from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000. The number of people who are uninsured has declined from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000.

As a result of the 1990s reforms, the government has been able to reduce the number of people who are uninsured from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000. The number of people who are uninsured has declined from 10.5 million in 1990 to 5.5 million in 2000.

Florian Weis

EIN SOZIALISTISCHES NEUES JERUSALEM?¹

JÜDINNEN UND JUDEN IN DER BRITISCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Wer heute auf das Verhältnis der britischen Linken zur jüdischen Community in Großbritannien schaut, mag an die harten Debatten um einen wirklichen oder vermeintlichen Antisemitismus in der Zeit des Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn von 2015 bis 2020 denken.² Vor diesem Hintergrund mag es nicht verwundern, dass die deutliche Mehrheit der britischen Jüdinnen und Juden mittlerweile konservativ wählt, während der Anteil jüdischer Labour-Wähler*innen in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist. 2017/18 wurde geschätzt, dass sich nur noch ein Sechstel der jüdischen Wähler*innen für Labour entschied, während rund 70 Prozent der Jüdinnen und Juden konservativ stimmten.³ Noch 2010 beabsichtigten dagegen mindestens 30 Prozent der jüdischen Wähler*innen, Labour zu wählen, genauso viele wollten sich für die Konservativen entscheiden.⁴ Für die Jahrzehnte davor liegen wenige und nicht allzu verlässliche Daten vor – so schätzt etwa Philip Mendes, dass seit 1974 über 60 Prozent der jüdischen Wähler*innen konservativ gewählt hätten, was zu hinterfragen ist.⁵ Nun machen Jüdinnen und Juden nur etwa 0,5 Prozent der britischen Bevölkerung aus. Dennoch fällt der starke Rückgang jüdischer Labour-Un-

terstützer*innen im letzten Jahrzehnt und umso mehr in einem langen historischen Rückblick auf.

Philip Mendes datiert eine «informelle politische Allianz» zwischen Jüdinnen und Juden sowie der politischen Linken auf die Zeit zwischen etwa 1830 und 1970.⁶ Für Großbritannien ist diese Aussage zeitlich und in ihrem Ausmaß zu relativieren. Entsprechend der geringen Größe der jüdischen Gemeinschaften in Großbritannien vor der großen Einwanderungsphase nach 1880 finden sich nur wenige Jüdinnen und Juden in der Bewegung der Chartis-

1 Sowohl im Tanach, der Hebräischen Bibel, als auch im Neuen Testament finden sich verschiedene messianisch-utopische Bilder eines «Neuen Jerusalem». In der britischen Arbeiterbewegung, die viel stärker etwa als die deutsche auf religiöse Strömungen und Bilder zurückgriff, wurde «New Jerusalem» manchmal im Sinne einer sozialistischen Utopie benutzt. 2 Vgl. dazu etwa Weis, Florian: Zwischen Überreaktion, innerparteilichem Misstrauen und kluger Doppelstrategie, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 9.7.2020, unter: www.rosalux.de/news/id/42640/zwischen-ueberreaktion-innerparteilichem-misstrauen-und-kluger-doppelstrategie; ders.: Eskalation mit Vorlauf, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2.11.2020, unter: www.rosalux.de/news/id/43269/eskalation-mit-vorlauf. 3 Vgl. etwa Barclay, Andrew: The political consequences of antisemitism? The party preferences of Britain's Jews, 8.10.2018, unter: <https://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/party-preferences-british-jews/>. 4 Vgl. dazu The Institute for Jewish Policy Research: The Political Leanings of Britain's Jews, 2010, unter: www.jpr.org.uk/documents/The%20political%20leanings%20of%20British%20Jews.pdf. 5 Mendes, Philip: Jews and the Left. The Rise and Fall of a Political Alliance, London 2014, S. 241. 6 Ebd., S. 1.

**MINDESTENS EIN
DREIVIERTELJAHR-
HUNDERT LANG
WAREN JÜDINNEN
UND JUDEN JEDOCH
AUCH IM VEREINIGTEN
KÖNIGREICH BESON-
DERS STARK IN DER
ARBEITERBEWEGUNG
VERTRETEN.**

ten in den 1830er Jahren. Auch orientierten sich viele bürgerliche Jüdinnen und Juden später auf die Liberale Partei, die erst nach dem Ersten Weltkrieg von Labour als stärkste Gegenpartei zu den Konservativen abgelöst wurde. Schließlich gab es immer auch bekannte konservativ-jüdische Politiker*innen, erinnert sei hier nur an die Minister Keith Joseph (1918–1994) und Nigel Lawson (geb. 1932) oder den langjährigen «Speaker» des Unterhauses, John Bercow (geb. 1963).

Mindestens ein Dreivierteljahrhundert lang waren Jüdinnen und Juden jedoch auch im Vereinigten Königreich besonders stark in der Arbeiterbewegung vertreten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die jüdische Bevölkerung nach 1880 durch die Zuwanderung vor allem aus den Gebieten des Russischen Reichs stark anwuchs und sich in ihrer Zusammensetzung spürbar veränderte. Die große Mehrheit der Neuankömmlinge und der ersten Generation ihrer Nachfahr*innen gehörte der Arbeiterschaft an. Sie gründeten eigene jüdische Gewerkschaften und Verbände wie die London Jewish Bakers' Union und beteiligten sich aktiv an anderen Gewerkschaftsgründungen, etwa von Schneider*innen und in der Tabakindustrie. Jüdinnen und Juden organisierten eigene politische Zirkel und Vereinigungen, so die Hebrew Socialist Union, und wirkten in allgemeinen Organisationen der Arbeiterbewegung mit, ganz wesentlich in der Labour Party (LP) und der Communist Party of Great Britain (CPGB), vor dem Ersten Weltkrieg auch teilweise in anarchosyndikalistischen Gruppen. Jiddisch spielte in der Organisierung eine wichtige Rolle.

Emanuel Shinwell (1884–1986) war 1922 der erste jüdische Labour-Abgeordnete im Unterhaus und Minister in den Regierungen von 1924, 1929 und 1945. Viele weitere jüdische Parlamentsabgeordnete und Regierungsmitglieder folgten ihm: 1945 gehörten etwa 25 jüdische Unterhausabgeordnete der Fraktion an, 1966 sowie 1974 weit über 30.⁷ Sidney Silvermann (1895–1968) wäre ebenso zu nennen wie zwei Generationen der Familie Silkin (Lewis sowie seine Söhne Samuel und John), die Regierungsfunktionen unter Clement Attlee, Harold Wilson und James Callaghan bekleideten. Renee Short (1919–2003) gehörte ebenso dem linken Labour-Flügel an wie Ian Mikardo (1908–1993), der in seinen ersten Lebensjahren besser Jiddisch als Englisch sprach und eine intensive religiöse Erziehung erhielt, bevor er sich zu einer prägenden Persönlichkeit der Labour-Linken entwickelte. Auch am anderen Ende des Labour-Spektrums fanden sich Politiker*innen aus jüdischen Familien, etwa Harold Lever (1914–1995) und Gerald Kaufman (1930–2017), ein scharfer Israel-Kritiker. Für die Gegenwart wären Margaret Hodge (geb. 1944, Abgeordnete seit 1994) und Luciana Berger (geb. 1981, Abgeordnete zwischen 2010 und 2019) zu nennen.

Außerhalb des Parlaments ist der führende Labour-Intellektuelle Harold Laski (1893–1950) besonders hervorzuheben, Labour-Vorstandsmitglied und wichtiger konzeptioneller Ideengeber auf dem linken Flügel der Partei, der sich gleichzeitig für den Zionismus einsetzte. Jenseits der Labour Party seien an dieser Stelle exemplarisch Ralph Miliband (1924–1994)

und Eric Hobsbawm (1917–2012) erwähnt. Miliband erlebte dabei nicht nur in seinen jungen Jahren starken Antisemitismus, noch 2013 schmähte ihn die rechte *Daily Mail* posthum als einen Mann, der Großbritannien gehasst habe, was vielfach als nur notdürftig getarnter Antisemitismus interpretiert wurde. Nicht zufällig geschah dies, als sein Sohn Ed Miliband (geb. 1969) Parteivorsitzender der Labour Party war. Schließlich kamen auch führende Vertreter des britischen Trotzkismus wie Tony Cliff (1917–2000, Socialist Workers Party) und Ted Grant (1913–2006, Militant) aus jüdischen Familien in Palästina bzw. Südafrika.

LABOUR UND COMMUNIST PARTY

Die Labour Party unterschied sich von anderen europäischen sozialistischen Parteien nicht nur durch ihre größere ideologische Heterogenität und eine geringere marxistische Prägung, sondern auch durch ihre Struktur, die es Teilorganisationen wie den dominierenden Gewerkschaften, der Fabian Society, den Genossenschaften und anderen erlaubte, sich kollektiv in der Partei zu organisieren. In diesem doppelten Sinne war und ist Labour eine «broad church». Entsprechend war es dem britischen Zweig der Poale Zion ab 1920 möglich, Teil der Labour Party zu sein. Umbenannt in Jewish Labour Movement (JLM)

⁷ Vgl. ebd., S. 179; über die Geschichte des Jewish Labour Movement vgl. Taylor, Derek: *Solidarity and Discord. A brief history of 99 years of affiliation to the Labour Party*, S. 20, unter: https://d3n8a8pro7vhm.cloudfront.net/jewishlabour/pages/546/attachments/original/1554200795/JLM_-_Brief_History.pdf?1554200795.

ist sie dies bis heute, auch wenn sie weniger Bedeutung hat als früher. Lockerer organisiert sind andere links-jüdische Gruppen wie etwa die 2017 gegründeten Jewish Voices for Labour (JVL), die Jeremy Corbyn gegen Antisemitismus-Vorwürfe verteidigten und wesentlich israelkritischer als das JLM sind.

In den 1930er und 1940er Jahren gelang es der CPGB in erheblichem Maße, in der (Ost-)Londoner jüdischen Community Unterstützung zu finden.⁸ Schätzungsweise ein Zehntel der landesweiten Parteimitglieder kam in dieser Zeit aus der jüdischen Gemeinschaft, in Stepney und Mile End im Londoner East End konnte die Partei auch deshalb noch bis 1957 eine starke Kommunalvertretung bewahren. Besonderer Ausdruck dieser Verankerung war 1945

die Wahl von Phil Piratin (1907–1995) in das Unterhaus als einer von zwei kommunistischen Abgeordneten. Verschiedene Faktoren führten zu diesen Erfolgen. So genoss die CPGB im Londoner East End einen guten Ruf als entschlossene Gegnerin von Faschismus und Antisemitismus und war diesbezüglich konsequenter und glaubwürdiger als Teile der lokalen LP. Der sowjetische Beitrag zum Sieg über Nazi-Deutschland wurde auch in der jüdischen Bevölkerung Großbritanniens gewürdigt. Obgleich die CPGB den stalinistischen Vorgaben aus Moskau weitgehend folgte, hatte sie sich doch eine beträchtliche antifaschistische und auch proletarisch-gewerkschaftliche Glaubwürdigkeit bewahrt, die ihr eine Akzeptanz in der jüdischen Arbeiterschaft verschaffte. Zusätzlich hatte sich die CPGB auch für diejenigen Linken geöffnet, die sich bewusst als Jüdinnen und Juden verstanden, was seinen Niederschlag etwa in der Gründung des National Jewish Bureau und dem Jewish Clarion fand. In der Commercial Group (oder Commercial Branch) taten sich jüdische Unternehmer*innen zusammen, die die CPGB zumindest bis 1956 finanziell unterstützten. Nicht zuletzt öffnete sich die CPGB während des Zweiten Weltkriegs auch für das zionistische Anliegen und anfangs für den neu gegründeten Staat Israel.

**OBGLEICH DIE CPGB
DEN STALINISTISCHEN
VORGABEN AUS MOSKAU
WEITGEHEND FOLGTE,
HATTE SIE SICH DOCH
EINE BETRÄCHTLICHE
ANTIFASCHISTISCHE UND
AUCH PROLETARISCH-
GEWERKSCHAFTLICHE
GLAUBWÜRDIGKEIT
BEWAHRT, DIE IHR EINE
AKZEPTANZ IN DER
JÜDISCHEN ARBEITER-
SCHAFT VERSCHAFFTE.**

⁸ Hier sei auf die folgenden Arbeiten verwiesen: Srebnik, Henry Felix: London Jews and British Communism 1935–1945, London 1995. Dazu auch Tosstorff, Reiner: Britischer Kommunismus, Sammelrezension, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997, S. 367–372. Ferner Collette, Christine: A Question of «Jewish Politics»? The Jewish Section of the Communist Party of Great Britain, 1936–1945, in: Collette, Christine/ Bird, Stephen (Hrsg.): Jews, Labour and the Left, 1918–1948, Aldershot 2000, S. 93–121. Schließlich Mendes: Jews and the Left.

Viele Faktoren leiteten dann wiederum das Ende dieser lokalen kommunistisch-jüdischen Allianz ein, von denen einige auch auf die Labour Party zutreffen, andere jedoch spezifisch für die CPGB sind. Dazu zählen der starke Antikommunismus im aufkommenden Kalten Krieg, die Abwendung der UdSSR von Israel, die antisemitischen Tendenzen in der UdSSR, in Ungarn, der CSSR und anderen kommunistisch regierten Ländern in den Jahren ab 1949 und schließlich die wachsende generelle Desillusionierung über den Stalinismus.

«THEY SHALL NOT PASS»: BATTLE OF CABLE STREET, 43 GROUP UND SOLIDARITÄT MIT EMIGRANT*INNEN

Die Geschichte der Battle of Cable Street im Oktober 1936 ist bekannt und legendär.⁹ Trotz mancher Übertreibung und romantischer Heroisierung ist der breite Widerstand der Bevölkerungsmehrheit im proletarischen und kleinbürgerlichen Londoner East End gegen den britischen Faschistenführer Sir Oswald Mosley und seine Schwarzhemden zu Recht fest in der Erinnerung verankert. Je nach Darstellung beteiligten sich am 4. Oktober 1936 zwischen 100.000 und mehr als 300.000 Menschen an der Verhinderung eines Großaufmarschs der britischen Faschisten. Hier verband sich die starke jüdische Gemeinschaft mit Teilen der lokalen LP, Gewerkschaften und insbesondere der CPGB. Es gelang Mosley nicht, Spannungen zwischen unterschiedlichen Gruppen der Arbeiterschaft, etwa irischen und jüdischen, zu seinen Gunsten zu nutzen. Das Jewish

People's Council against Fascism and Anti-Semitism (JPC) spielte ebenfalls eine wichtige Rolle in der Mobilisierung. Der Marsch der Schwarzhemden musste abgebrochen werden. In der Folge stagnierte Mosleys Bewegung merklich.

Gegen die politische Rückkehr Mosleys nach seiner Internierung im Zweiten Weltkrieg bildete sich ab 1946 wiederum ein breites lokales Bündnis vor allem aus der jüdischen Gemeinschaft, erneut unterstützt von der CPGB. Beeindruckend ist dabei insbesondere die 43 Group, die zwischen 1946 und 1950 offensiv gegen die neue faschistische Bedrohung vorging.¹⁰ Ehemalige jüdische Soldaten und Offiziere gründeten die 43 Group 1946, weil sie unzufrieden mit dem ihr zu passiv erscheinenden Verhalten anderer jüdischer Organisationen waren. Der Gruppe gehörten auf ihrem Höhepunkt bis zu 2.000 aktive Mitglieder an. Einige Mitglieder wie etwa Gerry Flamberg (1922–2007) waren hochdekoriert oder wurden später berühmt wie der Starfriseur und Unternehmer Vidal Sassoon (1928–2012). Ihr Hauptaugenmerk lag darauf, faschistische Veranstaltungen zu stören und zu verhindern. Die Aktivist*innen dieser militant-antifaschistischen Gruppe hatten nicht in den britischen Streitkräften gegen Nazi-Deutschland gekämpft, um anschließend Antisemitismus in ihren eigenen Wohnvierteln zu tolerieren. Sie waren im Wortsinne kampferprobt, agierten offensiv und traten selbstbewusst als jüdi-

⁹ Weitere Informationen über die Battle of Cable Street unter: www.cablestreet.uk/. ¹⁰ Vgl. Beckman, Morris: The 43 Group. Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946–1950, Berlin 1995; Sonabend, Daniel: We Fight Fascists. The 43 Group and Their Forgotten Battle for Post-war Britain, London 2019.

sche Gruppe auf. In der Praxis waren die Kommunist*innen oft gern gesehene Verbündete, doch widersprach die 43 Group ihren Gegner*innen in der jüdischen Community entschieden, wenn diese sie zuweilen entweder als Hooligans oder als verkappte Kommunist*innen zu diskreditieren versuchten.

Zeitweilig trug der gewaltsame Konflikt im britischen Mandatsgebiet in Palästina, insbesondere die Anschläge revisionistischer jüdischer Gruppen um die späteren israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin (1913–1992) und Yitzhak Shamir (1915–2012) auf britische Truppen und Verwaltungsangehörige, zur Verstärkung antijüdischer Ressentiments in Großbritannien bei, was die faschistischen Gruppen ausnutzten.

Die Solidarität mit – jüdischen wie nicht-jüdischen – Emigrant*innen aus dem faschistischen Italien, dem nationalsozialistischen Deutschland und Österreich in den Jahren bis 1945 war in der britischen Arbeiterbewegung ausgeprägt, wobei die Gewerkschaften eine wesentliche Rolle spielten und mit jüdischen, christlichen und bürgerlichen Einrichtungen kooperierten, so etwa mit dem National Committee for Rescue from Nazi Terror. Dem steht nicht entgegen, dass es in der britischen Arbeiterschaft auch antijüdische Ressentiments und Konkurrenzängste gab, wenngleich in geringerem Ausmaß als vor dem Ersten Weltkrieg. Für die politische Linke standen ab 1933 zunächst die verfolgten Genoss*innen der deutschen Arbeiterbewegung im Mittelpunkt der Solidarität, unabhängig davon, ob sie jüdisch waren oder nicht.

Die neue, potenziell massen- und völkermörderische Dimension des deutschen Nationalsozialismus und seines Antisemitismus wurde lange Zeit unterschätzt.¹¹ Gleichwohl setzten sich viele Linke für umfassende Asylmöglichkeiten für Jüdinnen und Juden ein, so zum Beispiel der National Council of Labour, in dem Gewerkschaften, Genossenschaften und LP verbunden waren. Nachdem Ende 1942 das Ausmaß der Shoah bzw. dessen, was die LP in einer Resolution als «The Massacre of the Jews» bezeichnete, deutlicher wurde, verstärkte sich zwar das Drängen auf Rettungsmaßnahmen und praktische Solidarität, doch folgte auf das Entsetzen auch eine große Hilf- und Ratlosigkeit. Szmuel Zygielbojm (1895–1943), ein Bundist und gleichzeitig Mitglied des polnischen Nationalrats in London, übermittelte einen Bericht aus dem polnischen Untergrund, der die LP im Dezember 1942 erreichte. Darin beschrieb er die weit fortgeschrittene Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Polen. Aus Verzweiflung über die Shoah und die Hilflosigkeit der Alliierten beging Zygielbojm im Mai 1943 Selbstmord. Zygielbojm hatte in seinem Memorandum treffend darauf verwiesen, dass die vereinten alliierten Kräfte am Ende Nazi-Deutschland besiegen würden, dieser Sieg aber für die meisten Jüdinnen und Juden zu spät kommen werde.

11 Dazu Weis, Florian: *And now – win the peace*. Nachkriegspläne der Labour Party, Hamburg 1999, insbesondere Kapitel 4, S. 191–225.

ZIONISMUS, PALÄSTINA UND ISRAEL

Als der überwältigende Sieg Labours im Juli 1945 in Tel Aviv bekannt wurde, soll dies Freudenkundgebungen ausgelöst haben.¹² Immerhin hatte sich die LP zunehmend zu einer Unterstützerin des Zionismus entwickelt und war mit der Poale Zion verbunden. Andererseits hatte sich die vorherige Labour-Regierung von 1929 bis 1931 mit ihrem Kolonialminister Lord Passfield (1859–1947, besser bekannt als Sidney Webb) deutlich gegen einen Ausbau des jüdischen Gemeinwesens in Palästina gestellt und war damit in Konflikt mit ihren sozialistisch-zionistischen Genoss*innen geraten.

Die Labour Party hatte sich bereits am Ende des Ersten Weltkriegs offen für die Idee einer jüdischen Heimstatt in Palästina gezeigt. Mit der Jewish Socialist Labour Party als Zweig der internationalen Poale Zion gehörte seit 1920 eine dezidiert jüdisch-zionistische Gruppe der Labour Party an. Doch hatten die Mitglieder in der Frage, ob ein binationaler Staat in Palästina – lange Zeit die bevorzugte Variante – oder ein rein jüdischer Teilstaat entstehen sollte, keine einheitliche Haltung. Auch blieb die Partei zwischen der Einsicht, dass die antisemitische Politik Nazi-Deutschlands eine stärkere Öffnung für eine jüdische Einwanderung nach Palästina dringend erforderlich machte, und der Sorge um die Auswirkungen auf die arabische Bevölkerung hin- und hergerissen. Während des Zweiten Weltkriegs, als Labour Teil der Koalition unter Winston Churchill war, setzte maßgeblich der damals führende Außenpolitiker der Partei, Hugh Dalton (1887–1962), in

Labours Nachkriegskonzept «The International Post-War Settlement» eine weitgehende Unterstützung eines Jewish Commonwealth in Palästina durch.

Die Regierung von Clement Attlee (1883–1967) und seines Außenministers Ernest Bevin (1881–1951) entsprach freilich keineswegs den Wünschen und Hoffnungen der Zionist*innen. Großbritannien enthielt sich 1947 in der UN-Vollversammlung bei der Abstimmung über den Palästina-Teilungsplan der Stimme, anders als die USA und die UdSSR, die beide den neuen Staat Israel 1948 zügig anerkannten. Ob wirklich ein verfestigter Antisemitismus bei Bevin's Politik eine entscheidende Rolle gespielt hat, ist zu hinterfragen, unabhängig davon, ob seine und die Äußerungen anderer Zeitgenoss*innen in ihrer problematischen Stereotypisierung als antisemitisch gewertet werden oder nicht. Entscheidender dürften die traditionell-imperiale Haltung des Außenministeriums, das eher auf die arabischen Herrscher setzte, um die britische Vorherrschaft in der Region zu sichern, und die Verbitterung ob der Gewalteskalation in Palästina gewesen sein, die die Mandatsmacht überforderten. Die Labour-Regierung war in der Palästina-Frage gespalten, worin sich allerdings keine traditionellen Muster zeigten, die oft mit «links» und «rechts» verkürzt beschrieben werden: Der charismatische Wortführer der Parteilinken, Aneurin Bevan (1887–1960), sympathisierte stark mit

¹² Für diesen Abschnitt sei summarisch auf drei Titel verwiesen: Gorny, Joseph: *The British Labour Movement and Zionism, 1917–1948*, London 1983; Kelemen, Paul: *The British left and Zionism. History of a divorce*, Manchester 2016; Weis: *And now – win the peace*.

dem Zionismus, ebenso auch Hugh Dalton, nunmehr erster Schatzkanzler der Attlee-Regierung. Mehrheitlich war die Partei bis in die Regierungsjahre von Harold Wilson hinein (1916–1996, Premierminister 1964–1970 und 1974–1976) proisraelisch.

Daran änderte auch die vehemente und ungewöhnlich geschlossene Ablehnung des britisch-französischen Kriegs gegen Ägypten (Suez-Krise 1956) durch Labour nichts, obwohl Israel hier als Verbündeter Großbritanniens und Frankreichs auftrat. Verschiedene Faktoren hatten diese mehrheitliche, wenn auch nie einmütige Haltung für den Zionismus und Israel geprägt: eine Empa-

thie für die verfolgten Jüdinnen und Juden und die Sicht, dass sie ein Volk mit einem Anspruch auf einen Staat wie andere Nationen auch seien; die Katastrophe der Shoah; die enge Verbindung mit den sozialistischen Genoss*innen der Poale Zion und der israelischen Arbeiterpartei (Mapai); die Hoffnung auf einen sozialistisch-kollektivistischen Musterstaat.

In dem Maße, in dem eine antikoloniale und antiimperialistische Deutung des Nahostkonflikts nach 1967 und neue linke Strömungen dominanter wurden und die Erinnerung an die Shoah verblasste, änderte sich die Sichtweise der Linken innerhalb



Banner der London Jewish Bakers' Union

und außerhalb der Labour Party. Die Lage der Palästinenser*innen als eines Volkes ohne eigenen Staat trat in den Vordergrund. Israel rückte innenpolitisch ab 1977 zunehmend nach rechts. Die Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft in Großbritannien entfernte sich von der Labour Party und der politischen Linken, wobei sozioökonomische Entwicklungen und Interessenlagen ebenso eine Rolle spielten wie die Positionierung zu Israel. Doch nach wie vor gibt es explizit linke jüdische Stimmen in Großbritannien. Auch wäre es grotesk überzeichnet, die Labour Party als in einem erheblichen Maße antisemitisch geprägt zu kennzeichnen. Freilich könnte ein große-

res Bewusstsein über die wichtige Rolle von Jüdinnen und Juden in der britischen Arbeiterbewegung und über gemeinsame Kämpfe und Allianzen in der Vergangenheit hilfreich sein. Ebenso wäre eine stärkere Empathie für die von Antisemitismus bedrohten Jüdinnen und Juden zu entwickeln. Der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus und für eine stärkere Repräsentation von Menschen und Gruppen, die besonders von Diskriminierung betroffen sind, könnte so noch deutlicher als untrennbar begriffen und mit den fortbestehenden, übergreifenden sozialen und politischen Zielen der Arbeiterbewegung verbunden werden.

IN DEM MAßE, IN DEM EINE ANTIKOLONIALE UND ANTIIMPERIALISTISCHE DEUTUNG DES NAHOSTKONFLIKTS NACH 1967 UND NEUE LINKE STRÖMUNGEN DOMINANTER WURDEN UND DIE ERINNERUNG AN DIE SHOAH VERBLASSTE, ÄNDERTE SICH DIE SICHTWEISE DER LINKEN INNERHALB UND AUSSERHALB DER LABOUR PARTY.

Axel Fair-Schulz

JÜRGEN KUCZYNSKI UND DIE JÜDISCHE MODERNE

EIN DEUTSCH-JÜDISCHER KOMMUNIST UND WISSENSCHAFTLER IN VERSCHIEDENEN EPOCHEN

In der DDR war der Wirtschaftshistoriker und universal gebildete marxistische Intellektuelle Jürgen Kuczynski (1904–1997) ein bekannter Mann. Einerseits schrieb er Reden zur globalen kapitalistischen Wirtschaftslage für Parteichef Erich Honecker, andererseits war er einer der kritischsten SED-Wissenschaftler und witzelte, ebenso viele Parteiorden wie Parteistrafen von den DDR-Obersten erhalten zu haben.

Kuczynski präsentierte sich selbst in seinen Memoiren als «Kommunist und Wissenschaftler»,¹ als «linientreuer Dissident»,² als «hoffnungsloser Fall von Optimismus»³ und als «treuer Rebell».⁴ Und obgleich er seine jüdische Herkunft nicht verleugnete, machte sie Kuczynski nie zum Kern seiner Identität. Als atheistischer Kommunist war seine Verbindung zur jüdischen Geschichte und Kultur in erster Linie die eines «nichtjüdischen Juden», um den von Isaac Deutscher popularisierten Begriff zu gebrauchen.⁵ Aus einem hochgradig assimilierten und säkularisierten links-bürgerlichen Elternhaus stammend, wurde Jürgen Kuczynski weder religiös sozialisiert noch entwickelte sich in seinen späten Lebensjahren tieferes Interesse und Feingefühl für eine religiös-kulturelle jüdische Orientierung.

**KUCZYNSKI PRÄSENTIERTE
SICH SELBST IN SEINEN
MEMOIREN ALS «KOMMUNIST
UND WISSENSCHAFTLER»,
ALS «LINIENTREUER DISSIDENT»,
ALS «HOFFNUNGSLOSER FALL
VON OPTIMISMUS» UND ALS
«TREUER REBELL».**

1 Kuczynski, Jürgen: Memoiren: Die Erziehung des Jürgen Kuczynski zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin/Weimar 1973. 2 Ders.: Ein linientreuer Dissident: Memoiren 1945–1989, Berlin 1992. 3 Ders.: Ein hoffnungsloser Fall von Optimismus?: Memoiren 1989–1994, Berlin 1994. 4 Ders.: Ein treuer Rebell: Memoiren 1994–1997, Berlin 1998. 5 Deutscher, Isaac: Der nichtjüdische Jude. Essays, Berlin 1988.

Doch trotz aller intellektuellen und kulturellen Distanz zu seiner eigenen jüdischen Herkunft blieb Kuczynski zutiefst verwurzelt in der Epoche der jüdischen Moderne und repräsentierte Schlüsselcharakteristika des mitteleuropäischen jüdischen Bildungsbürgertums in erstaunlicher Deutlichkeit. Er tat dies während seines fast 93 Jahre langen Lebens im Deutschen Kaiserreich, in der Weimarer Republik, während der Studienjahre in den USA, der Jahre im Untergrund und Widerstand gegen die Nazidiktatur, in den Exiljahren in Großbritannien, den 40 Jahren in der DDR und auch in den letzten Jahren seines Lebens in der vergrößerten Bundesrepublik Deutschland.

Jürgen Kuczynski wurde zu einem Marxist und aktiven Mitglied der KPD und später der SED und PDS, da er die Traditionen und Kräfte des linken und von der Aufklärung geprägten Bildungsbürgertums zur Überwindung von wirtschaftlicher, politischer und geistig-kultureller Ausbeutung sowie Unterdrückung für unzureichend hielt. Mit dieser Sichtweise war Kuczynski nicht allein, sondern Teil eines geistig-kulturellen und politischen Milieus, das von Karl Marx und Rosa Luxemburg bis hin zu Georg Lukács und Stephan Hermlin reichte.

JÜDISCHE MODERNE

Die Zäsur der faschistischen Judenverfolgung und Massenvernichtung beendete auch die jüdische Moderne in Europa und verlagerte den Schwerpunkt jüdischer Existenz auf den neu gegründeten Staat Israel und Nordamerika. Europa, noch zu Be-

ginn des Zweiten Weltkriegs Heimstatt von circa zehn Millionen Menschen jüdischer Herkunft, zählte Mitte der 1990er Jahre nur noch um die zwei Millionen Jüdinnen und Juden.⁶

Enzo Traverso, Isaac Deutscher sowie auch George Mosse⁷ und Walter Grab⁸ haben in ihren Studien über den Prozess von Aufklärung und jüdischer Emanzipation darauf hingewiesen, dass der Ausbruch jüdischen Lebens aus den engen Grenzen des Ghettos zugleich zu einer größer werdenden Distanz zwischen Jüdinnen und Juden und dem Judentum führte, die schließlich den Typus des «gottlosen Juden», wie ihn beispielsweise Sigmund Freud personifizierte, ermöglichte.

Für Traverso ist die jüdische Moderne und insbesondere die aus dieser hervorgegangene jüdisch-intellektuellen Avantgarde, zu der Kuczynski zweifelsohne ebenso gehörte wie Marx und Trotzki, durch «textuality, urbanity, mobility, and extra-territoriality» gekennzeichnet.⁹ Textualität bezieht sich in erster Linie auf die herausragende Stellung des geschriebenen und gedruckten Worts, mit der Menschen jüdischer Herkunft aufwuchsen und somit schneller als der nicht-jüdische Bevölkerungsdurchschnitt Zugang zur modernen Kulturindustrie mit ihrem Zeitungs- und Verlagswesen fanden. Urbanität weist auf Großstädte wie Berlin, Wien und Budapest als Zentren eines sich seit Ende des 18. Jahrhunderts

6 Traverso, Enzo: *The End of Jewish Modernity*, London 2016, S. 8. 7 Mosse, George L.: *German Jews Beyond Judaism*, Cincinnati 1997. 8 Grab, Walter: *Der deutsche Weg der Judenemanzipation: 1789–1938*, München 1991. 9 Traverso: *The End of Jewish Modernity*, S. 12.

**JÜRGEN KUCZYNSKI HAT
IMMER WIEDER DARAUF
HINGEWIESEN, WIE EXIL UND
VERFOLGUNG SEIN EIGENES
LEBEN EBENSO WIE DAS
SEINER VORFAHR*INNEN SEIT
ENDE DES 18. JAHRHUN-
DERTS PRÄGTEN.**

rasant entwickelnden jüdischen Lebens hin. Jüdische Familien wie die Mendelssohns und die Kuczynskis verließen im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts ihre kleinstädtischen und ländlichen Heimatorte und siedelten sich in Berlin an – in der Hoffnung auf wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg und Akzeptanz. Diese Erwartungen waren nicht unberechtigt, wenn man bedenkt, dass beispielsweise in Frankreich um 1892 unter den 440 führenden Unternehmern 100 Juden waren.¹⁰ Zwei Jahrzehnte später, um 1910, waren in Deutschland 29 Juden unter den 600 reichsten Steuerzahlern. Werner Mosse zeigt in seiner dies belegenden Studie über die deutsch-jüdische Wirtschaftselite, wie tief diese in der Industrie-, Finanz- und Handelsbourgeoisie integriert war.¹¹

Bereits vor Beginn der Moderne waren durch periodisch wiederkehrende Pogrome, Verfolgung und Vertreibung Jüdinnen und Juden zum wiederholten Wechsel des Wohnorts, auch über Landesgrenzen hinweg, gezwungen. Dies bedeutete im konkreten Fall Diaspora und Exil. Jürgen Kuczynski hat immer wieder darauf hingewiesen, wie Exil und Verfolgung sein eigenes Leben ebenso wie das seiner Vorfahr*innen seit Ende des 18. Jahrhunderts prägten.

¹⁰ Benbassa, Esther: Histoire des juifs de France, Paris 1997, S. 164. ¹¹ Mosse, Werner: The Jews in the German Economy: The German-Jewish Economic Elite, 1820–1935, Oxford 1989.

JÜRGEN KUCZYNSKI UND DIE JÜDISCHE MODERNE

Jürgen Kuczynskis wissenschaftliche Produktivität war ebenso bekannt wie seine Koketterie. So charakterisierte er sich selbst in der intellektuellen Landschaft der DDR, wo er den wohlverdienten Ruf eines Nestors der Gesellschaftswissenschaften hatte, als «Hügel in allgemein flacher Landschaft». ¹² Kuczynski war nicht nur ein international hoch angesehener DDR-Wirtschaftshistoriker und marxistischer Intellektueller, sondern er führte darüber hinaus ein wissenschaftlich und politisch bedeutendes Leben schon vor Gründung des «ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates»:

«Wenn man bedenkt, dass ich zu den Füßen von Richard Böckh spielte, während er mir von meiner Mutter für mich genau aufgeschriebene Ratschläge für das Studentenleben aufgrund seiner eigenen Erfahrungen und der Bumm[e]leien von Heinrich Heine und Felix Mendelssohn-Bartholdy, die er persönlich kannte, sowie seines Vaters, des großen Altertumsforschers, der 1785 geboren wurde, gab; dass meine Großmutter, weil sie so reizend aussah, von Victor Cousin, dem großen Hegelinterpreten in Frankreich, dem einstigen Minister, geboren in Paris während der Großen Revolution, einst seine Geliebte mit Flaubert teilend, seine Gesammelten Werke mit einer Widmung von ihm geschenkt erhielt; dass der Mann meiner Urgroßmutter, der ersten Frau, der ich in meinem Leben einen Handkuss gab, im Februar oder März 1848 eine Ausgabe des «Kommunistischen Manifests» gekauft hatte, die im Lau-

fe der Zeit auf mich gekommen war; dass der Sohn von Wilhelm Liebknecht, dem Jugendfreund von Marx und Engels, Karl Liebknecht, mich bei einem Spaziergang im Grunewald an die Hand nahm; dass ich die von Marx und Engels noch direkt angeleiteten Schüler Bernstein und Kautsky persönlich kannte; dass ich Oliver Wendell Holmes (gestützt an dem Arm eines entfernten Verwandten meiner Familie gehend) so oft ehrfurchtsvoll auf der Straße grüßte, ihn, der einst als junger Leutnant im Bürgerkrieg den amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln angeschrien hatte, er solle zurückkommen und nicht so dicht an die Front gehen; [...] dann wird man verstehen, wie uralt ich geworden bin und wie eng ich, der praktisch das ganze 20. Jahrhundert erlebt hat, mich doch auch dem 19. Jahrhundert in Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten verbunden fühle.»¹³

Kuczynskis Anspielungen auf die Erlebnisse seiner in Frankreich lebenden Großmutter sowie auf seine eigenen in den USA – wo er für einen mehrjährigen Studien- und Forschungsaufenthalt in den späten 1920er Jahren verweilte – unterstreichen seine für Repräsentant*innen der jüdischen Moderne typische internationale Orientierung. Diese ist zugleich eng verflochten mit der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte, besonders in ihrer deutschsprachigen Ausprägung. Kuczynski weiter:

¹² Kuczynski: Ein treuer Rebell, S. 221. ¹³ Ders.: Ein hoffnungsloser Fall von Optimismus?, S. 105f.

«[...] DANN WIRD MAN VERSTEHEN, WIE URALT ICH GEWORDEN BIN UND WIE ENG ICH, DER PRAKTISCH DAS GANZE 20. JAHRHUNDERT ERLEBT HAT, MICH DOCH AUCH DEM 19. JAHRHUNDERT IN DEUTSCHLAND, FRANKREICH UND DEN VEREINIGTEN STAATEN VERBUNDEN FÜHLE.»
(JÜRGEN KUCZYNSKI)

«Insbesondere auch, wenn ich etwa in meiner Bibliothek Erstausgaben Kants, die der Großvater meines Urgroßvaters als begeistertster Kantianer gleich nach Erscheinen kaufte, oder die Erstausgaben Heines, die als sein Zeitgenosse mein Urgroßvater ‹ganz selbstverständlich› erwarb, streichele. Unsere Familienbibliothek, gesammelt in zwei Jahrhunderten, ist so schön, nicht weil wir viel Geld zum Bücherkauf hatten, sondern weil wir die richtigen Zeitgenossen hatten und ihre Bücher kauften.»¹⁴

Jürgen Kuczynski war stolz auf die Lebensleistung seiner links-bürgerlichen Vorfahr*innen und besonders auf die seines Vaters, des renommierten Statistikers und Bevölkerungswissenschaftlers René Robert Kuczynski. Zugleich distanzierte er sich halb ironisch von seinen beiden Großvätern, die als «schwarze Schafe» der Familie unter die Millionärskaste gefallen waren und weder besondere intellektuelle noch politische Interessen artikulierten. Hans Lembke hat in seiner Studie «Die Schwarzen Schafe bei den Gradenwitz und Kuczynski: Zwei Berliner Familien im 19. und 20. Jahrhundert» die Lebens- und Wirtschaftsgeschichte von Kuczynskis Großvater Wilhelm detailliert untersucht. Obgleich sich dieser schließlich in Berlin niederließ, liegen die Familienwurzeln vordem in Breslau und Posen. Lembke stellt Kuczynskis negative Wertung seiner Großväter infrage und findet unter dessen Unternehmervorfahr*innen erstaunlich innovative, findige und risikobereite Menschen, deren Schicksale fallübergreifend nicht nur Aufstieg und Niedergang der Berliner Privatbanken illustrierten, sondern auch ein Stück deutsch-jüdischer Geschichte personifizierten.¹⁵ 1868 tauchte Wilhelm Kuczynski erstmals in einem Berliner Adressbuch als «Bankier» auf und 1924 gehörte die von ihm gegründete Bank zu den führenden acht Prozent der ungefähr 400 damaligen Berliner Privatbanken. 1943 wurde das Bankhaus Wilhelm Kuczynski von den Nazis aufgelöst. Wilhelm Kuczynskis

¹⁴ Ebd., S. 106f. ¹⁵ Lembke, Hans H.: Die Schwarzen Schafe bei den Gradenwitz und Kuczynski: Zwei Berliner Familien im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2008; Fair-Schulz, Axel: Schwarze Schafe?, in: Das Blättchen 6/2009.

Nachfolger und Schwiegersohn Richard Rosenthal nebst Frau Emmy konnten den Nazis durch die Flucht in die USA entkommen, während andere Familienmitglieder in Theresienstadt umkamen.

Jürgen Kuczynski kam als erstgeborenes Kind und einziger Sohn von René Kuczynski und Berta Gradenwitz unter fünf Schwestern 1904 in Elberfeld bei Wuppertal zur Welt. Aufgewachsen in großbürgerlichen Verhältnissen in Berlin-Schlachtensee, besuchte er das Gymnasium in Berlin-Zehlendorf und lernte im Elternhaus – die Mutter war Malerin und der Vater Statistiker – bedeutende Schriftsteller*innen, Wissenschaftler*innen,

Künstler*innen und Politiker kennen. Er studierte schließlich in Washington an der Brookings Graduate School, nachdem er zuvor in Erlangen, Berlin und Heidelberg Philosophie, Statistik und Nationalökonomie studiert hatte und zum Doktor der Philosophie promoviert worden war. Nach einem Volontariat bei der Privatbank Bett, Simons and Company widmete sich Kuczynski wieder der wissenschaftlichen und zunehmend auch der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit. In den USA lernte Kuczynski seine spätere Frau und Genossin Marguerite Steinfeld kennen, mit der er wirtschaftswissenschaftliche Artikel veröffentlichte und die Forschungsabteilung der American Federation of Labor aufbaute.



Jürgen
Kuczynski

Kuczynski war ein Mann der Superlative, auch und gerade als Autor von über 100 Büchern und 4.000 Broschüren und längeren Aufsätzen. Mit nur 22 Jahren veröffentlichte Kuczynski sein erstes Buch unter dem programmatischen Titel «Zurück zu Marx! Antikritische Studien zur Theorie des Marxismus». Eine Hauptthese dieses Werks ist das für den Rest seines langen Lebens geltende Motto «Zurück zu Marx heißt vorwärts mit Lenin».

1930 trat Kuczynski der KPD bei, die zu diesem Zeitpunkt ihre ursprüngliche ideologische und organisatorische Unabhängigkeit längst verloren hatte und weitgehend stalinisiert war. Bis zur Chruschtschow-Rede 1956, die auf dem 20. Parteitag der KPdSU mit dem Stalinismus brach, war Kuczynski von der grundsätzlichen Richtigkeit des stalinistischen Systems und Parteiapparats überzeugt. 1994 reflektierte Kuczynski über seine lange Blauäugigkeit gegenüber Stalinismus und Sowjetunion:

«Vo[m] Massenterror erfuhr ich erst in den siebziger und achtziger Jahren. Und das, obgleich ich mit vielen deutschen Genossen, die in der Sowjetunion im Exil waren, gut befreundet war. Sie alle schwiegen eisern davon. Auch ein Vetter von mir, der erste Mann meiner Schwester Ursula, der viele Jahre in einem der sowjetischen Konzentrationslager war und mit dem ich gut stand, hat nie ein Wort gesagt. Auch keener meiner Sowjetfreunde sprach je davon – auch nicht mein bester Freund dort, Eugen Varga. [...] Das Betrugsmanöver Sowjetunion als Heilsgesellschaft der Menschheit ist also einzigartig in seiner Gemeinheit und Bosheit.»¹⁶

Zu Jürgen Kuczynskis wissenschaftlichen Veröffentlichungen sollte an erster Stelle seine schließlich auf 40 Bände angewachsene «Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus», die zehnbändige Studie zur «Geschichte der Gesellschaftswissenschaften» und seine fünfbändige «Geschichte des Alltags des deutschen Volkes» erwähnt werden. In diesen wissenschaftlichen Arbeiten verbindet sich innovative Methodik mit teils plakativen und teils kreativen Interpretationen. Trotz wechselnder Qualität sind diese Bände zumeist anregend, voller neuer Ideen und Ansätze und unterscheiden sich in Stil und Inhalt wohltuend von den Durchschnittspublikationen der DDR-Gesellschaftswissenschaften.

Neben seinen «rein» wissenschaftlichen Arbeiten schrieb Kuczynski auch zahlreiche Bücher über Themen, die außerhalb seines eigentlichen Gebiets der Wirtschaftsgeschichte lagen. Hier sollte zuallererst sein wohl berühmtestes DDR-Buch genannt werden: «Dialog mit meinem Urenkel». In diesem aus fiktiven Fragen seines Urenkels bestehenden Band ging Kuczynski auf zahlreiche Probleme und Ärgernisse des Sozialismus in der DDR ein, von den verdrängten und totgeschwiegenen Verbrechen der Stalinzeit bis hin zur Frage, ob die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der DDR wirklich die Bezeichnung «entwickelte sozialistische Gesellschaftsordnung» verdienten. Das Buchmanuskript, bereits 1977 zum Druck eingereicht, durf-

¹⁶ Kuczynski: Ein hoffnungsloser Fall von Optimismus?, S. 320f.

te erst 1984 offiziell erscheinen und wurde zuvor von Politbüromitglied Konrad Naumann als das «republikfeindlichste» Buch bezeichnet, das je in der DDR erschien. Kurt Hager, im Politbüro zuständig für ideologische Fragen, strich zahlreiche Passagen, die erst in einer Neuauflage nach dem Zusammenbruch der DDR dem Text wieder hinzugefügt wurden.¹⁷

Jürgen Kuczynskis Werdegang führte in den Parteiapparat der KPD sowie in den antifaschistischen Untergrund in Nazi-Deutschland zwischen 1933 und 1936, bis seine KPD-Vorgesetzten schließlich entschieden, dass er durch sein «jüdisches Aussehen» besonders gefährdet sei und seinen Eltern in die Londoner Emigration nachfolgen sollte. In Großbritannien integrierte sich Kuczynski schnell in die dortige wissenschaftliche und politische Welt, bestehend aus Parteiverlagen und antifaschistischen Organisationen. Zugute kamen ihm dabei seine sehr guten Englischkenntnisse sowie die Erfahrungen der Jahre in den USA. Zwischen 1944 und 1945 fand Kuczynski Anstellung als Ökonom des United States Strategic Bombing Survey im Rang eines Generaloberst. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch des Naziregimes kehrte Kuczynski nach Berlin zurück und wurde Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität. Wenig später, 1956, wurde er Gründungsdirektor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte, dem er bis 1966 vorstand und zu internationaler Anerkennung verhalf.

Fritz Klein erinnert sich an seine Studienzeit zu Beginn der DDR:

«Pfeife rauchend, auf dem Podium hin- und hergehend, vermittelte Kuczynski uns seine großen Kenntnisse in einer überaus lebendigen Form von Vortrag und Diskussion, die er immer wieder provozierte [...]; einer sprudelnden Fülle frischer, anregender, weiterführender Ideen; die ständige Lust am Widerspruch und Witz. Er war, könnte man sagen, Dogmatiker und Dialektiker – eine paradoxe Kombination von logisch unvereinbaren Positionen, die er gleichwohl auf eine Weise zu verbinden wusste, dass gerade die Widersprüchlichkeit des umfassend gebildeten Mannes und seines Werkes es war, die viele anzog.»¹⁸

Wie verstand Jürgen Kuczynski den Stellenwert seiner eigenen jüdischen Herkunft? In seinem Tagebuch notierte er am 3. November 1991: «[D]en größten Schock meines wissenschaftlich-politischen Lebens hat mir ein Brief von Doris Gercke versetzt.» In dem Brief informierte diese Kuczynski in freundlichen Worten über ihre kürzlich erfolgte Reise nach Israel. Sie bewertete ihre Reise als «aus verschiedenen Gründen interessant, aber auch außerordentlich anstrengend». Sie griff nach ihrer Rückkehr, auch «um das Erlebte zu verarbeiten», zum fünften Band der «Alltagsgeschichte des deutschen Volkes», der die Nazizeit thematisiert. Dort aber, so stellte sie zu ihrer Verwunderung fest, «fand [ich] kein einziges Wort über

¹⁷ Ders.: Dialog mit meinem Urenkel: 19 Briefe und ein Tagebuch, Berlin 1984. Die von Hager gestrichenen Textpassagen sind in der Neuauflage von 1997 hinzugefügt und kenntlich gemacht.

¹⁸ Klein, Fritz: Drinnen und draußen: Ein Historiker in der DDR, Frankfurt a. M. 2000, S. 126.

SEIN «SCHLIMMSTER MENSCHLICH-WISSENSCHAFTLICHER FEHLER» ABER SEI GEWESEN, DIE JUDENVERFOLGUNG UND -VERNICHTUNG DURCH DIE NAZIS NICHT IN DER «ALLTAGSGESCHICHTE DES DEUTSCHEN VOLKES» DOKUMENTIERT UND ANALYSIERT ZU HABEN.

das Verschwinden der Juden aus der deutschen Gesellschaft. Warum?»¹⁹

Kuczynski antwortet mit bemerkenswerter Offenheit:

«Ihr Brief hat mich wie kein anderer in meinem Leben geschockt. Sie müssen wissen, dass ich viele, viele Briefe zu Bd. 5 erhalten habe [...]. Niemandem war das sagenhafte Manko in all den Jahren seit 1983 aufgefallen. Dabei war ich in den 3 Jahren meiner illegalen Arbeit von 1933 bis 1936 in Deutschland natürlich doppelt gefährdet als Kommunist und als «von jüdischer Rasse». Das Ganze ist absolut unglaublich. Nie habe ich in den mehr als 100 Büchern, die ich geschrieben habe, einen solchen Fehler gemacht.»

1996 erschien eine Neuauflage der «Alltagsgeschichte des deutschen Volkes» und Kuczynski versuchte, dem Text eine entsprechende Ergänzung hinzuzufügen. Leider konnte diese aber aus Kostengründen nicht in die Neuausgabe übernommen werden. So brachte er sie schließlich im letzten Band seiner Memoiren unter.²⁰ Interessanterweise bekannte er sich in diesem Zusammenhang zu zwei fundamentalen Fehlern. Sein «größter Fehler als Marxist», so Kuczynski, sei gewesen, «die Lebensunfähigkeit des sogenannten Realen Sozialismus nicht erkannt» zu haben. Sein «schlimmster menschlich-wissenschaft-

¹⁹ Doris Gercke zit. n. Kuczynski: Ein treuer Rebell, S. 135. ²⁰ Ebd., S. 135–144.

licher Fehler» aber sei gewesen, die Judenverfolgung und -vernichtung durch die Nazis nicht in der «Alltagsgeschichte des deutschen Volkes» dokumentiert und analysiert zu haben.²¹

Kuczynski konnte sich selbst nach eigenem Zeugnis nicht erklären, warum er diesen «schlimmsten menschlich-wissenschaftlichen Fehler» begangen hatte. Eine zumindest partielle Antwort ist in Kuczynskis kultureller Verwurzelung im säkularisierten, universalistisch-humanistischen und intellektuellen jüdischen Milieu zu finden. In Bezug auf dieses Milieu untersuchte Samuel Farber Isaacs Deutschers Kategorie des «nichtjüdischen Juden» kritisch. Farber, selbst marxistisch orientierter Sozialist jüdischer Herkunft, akzeptierte Deutschers Begriff als historisch plausible Erklärung für das Selbstverständnis von Heine, Marx und Luxemburg. Nach den schrecklichen Erfahrungen des Holocausts, so Farber, sei der Topos des «nichtjüdischen Juden» jedoch zunehmend problematisch, da er die Distanz zwischen «nichtjüdischen Juden» und Judentum zu einem Zeitpunkt betone, in dem unbedingte Solidarität gefordert sei. Die jüdische Assimilierung favorisierende Tradition des klassischen Marxismus illustriert daher für Farber «einen gewissen Mangel an historischem Feingefühl» für jüdische Identität, der allerdings weder mit Antisemitismus noch jüdischem Selbsthass gleichgestellt werden dürfe.²² Dieser Mangel an historischer Sensibilität und die unbewusste Verdrängung des spezifisch jüdischen Leidens in der deutschen Wirtschaftsgeschichte seitens Kuczynskis sind historisch bedingt und erklärbar.

Kuczynski hat nirgendwo in seinen zahllosen Büchern und Aufsätzen systematisch über jüdische Geschichte und Identität geschrieben. Es ist daher unklar, ob er diese in erster Linie als religiöse, kulturelle oder ethnische Gruppierung wahrnahm. Im August 1989 interviewten John Borneman und Jeffrey Peck Kuczynski als Teil eines größeren Forschungsprojekts über jüdische Rückkehrer*innen. Befragt, wie er selbst hier in der DDR Jüdischsein verstehe, antwortete Kuczynski im Sinne der offiziellen Sichtweise: «als Religion, natürlich». Und für eine religiöse Existenz sei er ganz und gar nicht geeignet.²³

21 Ebd., S. 144. 22 Farber, Samuel: Deutscher and the Jews: On the Non-Jewish Jew – An Analysis and Personal Reflection, in: Jacobs, Jack Lester (Hrsg.): Jews and Leftists Politics: Judaism, Israel, Antisemitism, and Gender, New York/London 2017, S. 331–350, hier S. 336. 23 Borneman, John/Peck, Jeffrey M.: Sojourners: The Return of German Jews and the Question of Identity, Lincoln/London 1995, S. 121–134, hier S. 130f.

John S. Will

JAKOB MONETA – JÜDISCHER INTERNATIONALIST UND SOZIALISTISCHER GEWERKSCHAFTER

EIN LEBEN IM «KURZEN 20. JAHRHUNDERT»

Als Vertreter einer Generation von Sozialist*innen, die sich in den 1930er Jahren zwischen oder jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus politisierte, spielte Jakob Moneta in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung eine bedeutende Rolle. Im Bundesvorstand der IG Metall und als Chefredakteur von deren auflagenstarker Mitgliederzeitschrift *Metall* wie des *Gewerkschafters* wirkte er von 1962 bis 1978 in einer der wichtigsten Industriegewerkschaften der Welt. Mit Moneta, Heinz Brandt, Max Diamant und Heinz Dürrbeck bildeten in der IG Metall unter der Ägide des Vorsitzenden Otto Brenner nicht wenige Linkssozialisten eine bestimmte Funktionärskohorte, die in den 1960er und 1970er Jahren am Ziel einer sozialistisch ausgerichteten Gewerkschaftspolitik festhielten. Trotz mancher biografischer Gemeinsamkeiten (die Erfahrung in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, ihrer Zerschlagung durch den Nationalsozialismus, des antifaschistischen Widerstands, von KZ-Haft oder Exil und Wiederkehr nach 1945) hob sich Moneta durch seine über das gewerkschaftliche Milieu hinausge-

hende Anziehungskraft auf die bundesrepublikanische Linke von den anderen ab.

VON KÖLN NACH PALÄSTINA

Geboren wurde Jakob Moneta 1914 in eine orthodoxe jüdische Familie im österreich-ungarischen Galizien. Hier wuchs er in «bürgerlichen» Verhältnissen auf, musste mit seiner Familie allerdings aufgrund der antisemitischen Pogrome, die auf die Unabhängigkeit Polens 1918 folgten, als kleines Kind nach Köln fliehen. Er genoss zunächst weiterhin eine religiöse Erziehung, schloss sich aber bald über den jüdischen Arbeitersport kommend der auf dem äußersten linken Flügel des Zionismus stehenden internationalen Jugendorganisation Hashomer Hatzair an. Zum Ende der Weimarer Republik trat die Kölner Gruppe um Moneta kollektiv dem Sozialistischen Jugendverband Deutschlands (SJVD) bei, der Jugendorganisation der sich 1931 von der Sozialdemokratie abgespaltenen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAPD). Auch Moneta hoffte auf eine antifaschistische

Einheitsfront (aus Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen) gegen den aufziehenden Nationalsozialismus – eine Hoffnung, die sich nicht bewahrheiten sollte. «Wir wurden geschlagen», resümierte er später, «ohne auch nur einen Versuch organisierter, massenhafter Gegenwehr».¹ Anders als viele andere junge linke Jüdinnen und Juden vollzog Moneta jedoch schon damals keine «rote Assimilation», keinen vollständigen Bruch mit dem osteuropäisch geprägten jüdischen Milieu. Trotz seiner Hinwendung zur deutschen Arbeiterbewegung blieb er seinem zionistischen Engagement weiterhin verpflichtet. Mit der Machtübernahme der NSDAP und der Zerschlagung der deutschen Arbeiterorganisationen entschied er sich nach erfolgreich abgeschlossenem Abitur, im November 1933 dem Ruf des Hashomer Hatzair zu folgen, um im unter britischem Mandat stehenden Palästina am Aufbau einer jüdischen Heimstätte mitzuhelfen.

In Palästina schloss er sich mit großer Begeisterung dem deutschsprachigen Kibbutz BaMifne in Karkur an und machte seinen Meister als Hersteller von Orangenkisten. Diese Proletarisierungserfahrung im Kibbutz prägte ihn zeitlebens: «Mir war bewusst, an einem großen Abenteuer mitzuwirken, das einmal zur Schaffung des sozialistischen Menschen beitragen würde.»² Unter dem Vorzeichen des sozialistischen Zionismus schien für Moneta zunächst die Verwirklichung einer egalitären Gesellschaft greifbar. Im weiteren Zeitverlauf geriet diese Hoffnung allmählich ins Wanken. Großen Raum nahm die Auseinandersetzung mit der Histradut ein, dem von der sozialdemokratischen Partei Mapai dominierten

Gewerkschaftsverband, der nicht nur die Interessen der jüdischen Arbeiter*innen gegenüber dem Kapital verteidigen wollte, sondern bei der «Hebung der jüdischen Arbeit», das heißt der Entwicklung eines jüdischen Proletariats im nationalen Rahmen, auch eine restriktive Haltung gegenüber der nicht-jüdischen Arbeiterklasse in Palästina vertrat und beispielsweise arabische Lohnabhängige nicht aufnahm. Moneta widersprach der Haltung der Leitung. Um die Stellung der arabischen Arbeiter*innen der jüdischen anzugleichen und eine gleiche Lohnpolitik durchzusetzen, beteiligte er sich an führender Stelle an Streiks und gründete die zum englischen Dachverband Trades Union Congress (TUC) gehörende Civil Service Association, die als einzige Gewerkschaft in dieser Zeit jüdische und arabische Arbeiter*innen vereinigte. Als Meister wurde er nun nicht mehr eingestellt und der Arabische Aufstand von 1936 ließ seine Bemühung um eine binationale Arbeiterbewegung in weite Ferne rücken. Moneta unterstützte die Hagana, die vor allem von der Mapai stark beeinflusste jüdische Milizstruktur, bei der Verteidigung des Kibbutz. Mit der 1939 erfolgten «Befriedung» der Auseinandersetzungen durch die Mandatsmacht Großbritannien gerieten Moneta und andere Mitglieder des Kibbutz in immer größeren Widerspruch zur vorherrschenden Politik des Arbeiterzionismus, woraufhin Moneta und vier weitere Genossen ausgeschlossen wurden. Dieser

1 Moneta, Jakob: «Es gejt nor zu gejn ojf dem sunigen weg». Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, in: ders.: Solidarität im Zeitalter des Skeptizismus. Kommentare aus drei Jahrzehnten, Köln 2004, S. 55–63, hier S. 55. 2 Ders.: Mehr Gewalt für die Ohnmächtigen, in: ders.: Mehr Macht für die Ohnmächtigen, Reden und Aufsätze, Frankfurt a. M. 1991, S. 111–126, hier S. 116.

**UNTER DEM
VORZEICHEN DES
SOZIALISTISCHEN
ZIONISMUS SCHIEN
FÜR MONETA
ZUNÄCHST DIE
VERWIRKLICHUNG
EINER EGALITÄREN
GESELLSCHAFT
GREIFBAR.**

Ausschluss bedeutete einen biografischen Bruch. «Wir wollten», schrieb er 1978, «den Kibbutz nicht verlassen, der unsere Heimat, unsere Lebensform, unsere Familie war.»³ Der Hashomer Hazair sah in den kritischen Einwüfen der Gruppe jedoch eine Abweichung von der politischen Linie: «Bald aber mussten wir begreifen, dass, wer nicht mehr Zionist ist, nicht im Kibbutz leben darf, der trotz seiner fortschrittlichen gesellschaftlichen Experimente die Speerspitze des Zionismus bildet.»⁴ In Haifa schloss er sich einer kleinen trotzkistischen Gruppe an, dem Brit Kommunistim Mahapchanin (Revolutionärer Kommunistischer Bund), der sich gegen die britische Präsenz in Palästina stellte und für die Zusammenführung der durch ethnische Grenzen getrennten jüdischen und arabischen Arbeiterklasse warb.⁵ Bereits in Köln war

Moneta insbesondere durch den späteren Literaturwissenschaftler und das damalige Mitglied der SAPD Hans Mayer mit Schriften von Trotzki vertraut gemacht worden. Dadurch festigte sich sein klassenorientierter Internationalismus, der sich gedächtnisgeschichtlich in die Tradition des «Revolutionary Yiddishland» des osteuropäischen jüdischen Proletariats stellen sollte und ausgehend von einer jüdischen Unterdrückungserfahrung die soziale Emanzipation als universale Aufgabe betrachtete.⁶

IN DER INTERNIERUNG

Durch ihre antibritische Haltung gerieten die Trotzki*innen in das Visier des Criminal Investigation Departments. Moneta und Yigael Gluckstein, der nach dem Krieg unter dem Namen Tony Cliff eine bedeutende Rolle im internationalen Trotzkismus spielen sollte, wurden ohne Prozess interniert, erst in Haifa, dann in Masra und Sarafand. In den verschiedenen Internierungslagern fanden sich zahlreiche Gegner*innen der britischen Armee wieder: Nicht nur der spätere General der israelischen Verteidigungskräfte, Moshe Dayan, oder Mitglieder der revisionistisch-zionistischen und paramilitärischen Irgun (wie Avraham Stern, David Raziel und Abrascha Zellner) waren zusammen mit Moneta inhaftiert. Dieser baute auch wichtige Kontakte mit arabischen Linken auf, wie etwa Jabra Nicola, einem ehemaligen Kader der

³ Ebd., S. 119 ⁴ Ebd. ⁵ Zur Geschichte des palästinensischen Trotzkismus vgl. Fiedler, Lutz: Matzpen. Eine andere israelische Geschichte, Göttingen 2017, S. 90–108. ⁶ Vgl. Brossat, Alain/Klingberg, Sylvia: Le Yiddishland révolutionnaire, Paris 1983.



v. l.: Otto Schily, Jakob Moneta, Wolf Biermann und Helmut Gollwitzer bei einer Pressekonferenz aus Anlass der Ausbürgerung von Biermann aus der DDR (November 1976)

**MONETAS INTERNIERUNG
FÜHRTE ZU EINEM ENDGÜLTIGEN
BRUCH MIT DEM ZIONISMUS UND
VERSTÄRKTE UMSO NACHHALTIGER
SEINEN JÜDISCH-SOZIALISTISCHEN
INTERNATIONALISMUS.**



Palästinensischen Kommunistischen Partei. Der politische Kompass, mit dem Moneta nach Palästina gegangen war, schien jedoch nicht mehr zu funktionieren. Sowohl der koloniale Aspekt der zionistischen Siedlungsstrategie als auch die repressive Haltung der britischen Behörden wurden zum Hauptgegenstand seiner Kritik: «Ich lernte, dass der demokratische Imperialismus im Kampf für die Erhaltung seines Imperiums manchmal nicht weniger zimperlich ist als der Faschismus, der auszieht, ein neues Imperium zu erobern.»⁷ Seine Internierung führte zu einem endgültigen Bruch mit dem Zionismus und verstärkte umso nachhaltiger seinen jüdisch-sozialistischen Internationalismus. Schließlich veränderte der Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion seine Situation: Drei Monate nach dem Beginn der «Operation Barbarossa» wurden Moneta und andere Kommunist*innen aus der Internierung entlassen. Unter ständige Polizeiaufsicht gestellt, begann er für die französische Nachrichtenagentur AFP zu arbeiten, blieb jedoch bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs mit seiner kleinen trotzkistischen Gruppe weitgehend isoliert. Seine Hoffnung auf eine geeinte jüdisch-arabische Arbeiterklasse wurde durch die auch nach 1945 zunehmende Gewalt immer aussichtsloser. Als Jude vor Pogromen und Antisemitismus aus Polen und Deutschland nach Palästina geflohen, sah er die dortige Flucht der arabischen Fellach*innen als ein Ereignis unter umgedrehten Vorzeichen:

⁷ Moneta: Mehr Gewalt für die Ohnmächtigen, S. 120.

«Sie [die Araber*innen; Anm. d. A.] gingen in die Diaspora wie die Juden 1900 Jahre vor ihnen. 1933 war ich als Jude in das arabische Palästina gekommen. Als ich 1948 das Land verließ, waren die Araber zu Juden geworden. Ich kehrte im November 1948 als überzeugter Internationalist nach Deutschland zurück.»⁸

Kurz vor der Unabhängigkeitserklärung Israels 1948 verließ Moneta Palästina und wandte sich wieder Europa zu. Mithilfe eines Touristenvisums kam er zuerst nach Frankreich und Belgien und dann nach Köln zurück.

Hatte Moneta am Kriegsende auf eine nahtlose Fortführung der deutschen Arbeiterbewegung gehofft, wurden seine Revolutionserwartungen nach seiner Rückkehr schnell enttäuscht. Er fand Arbeit als Redakteur der sozialdemokratischen *Rheinischen Zeitung* unter Heinz Kühn und Willi Eichler und trat in die SPD ein, während er seine Mitgliedschaft in der deutschen Sektion der Vierten Internationale nicht öffentlich machte. Nachdem er in der *Rheinischen Zeitung* das Selbstverwaltungsmodell Jugoslawiens positiv behandelte, kam es zu Auseinandersetzungen, in deren Folge er die Zeitung verließ. Als linker Sozialdemokrat arbeitete er fortan mit zahlreichen heimatlosen Linken und Linkssozialist*innen eng zusammen.⁹ Georg Junglas und Ernest Mandel kamen regelmäßig zu Besuch, Leo Kofler wohnte einige Etagen über ihm, er schrieb für Zeitungen wie *aufklärung, pro und contra* (später auch die *Sozialistische Politik*), 1953 veröffentlichte er ein kleines antistalinistisches Buch zur Geschichte der KPdSU.¹⁰ Und im selben

Jahr bekam er die Gelegenheit, als Sozialreferent des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) an die westdeutsche Botschaft in Paris zu wechseln, wo sich ihm neue Möglichkeiten der inhaltlichen Arbeit eröffneten.

ALS DEUTSCHER BOTSCHAFTS-ATTACHÉ IN PARIS

Als Sozialreferent in Paris war es seine Aufgabe, die Beziehungen zwischen den westdeutschen und französischen Gewerkschaften zu stärken und zu koordinieren. Doch die diplomatische Arbeit blieb nicht lange das einzige Feld seiner Aktivitäten. Mit dem Ausbruch des Algerienkriegs 1954 erodierte das politische System der Vierten Republik. Aufgrund der zunehmenden Brutalität der Auseinandersetzung um die Unabhängigkeit Algeriens von Frankreich, in dessen Verlauf auch in den französischen Metropolen gewalttätige Niederschlagungen von algerischen Demonstrationen durch die französische Polizei stattfanden, solidarisierten sich Teile der französischen Linken mit der algerischen Befreiungsbewegung. Sie organisierten sich in Unterstützungsnetzwerken, die Kontakt mit dem Front de Libération Nationale (FLN) unterhielten, wirkten mit algerischen Arbeiter*innen zusammen und riefen französische Soldaten zur Desertion auf.¹¹ Die Vierte Internationale nahm an

⁸ Ebd., S. 122. ⁹ Vgl. Kritidis, Gregor: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik, Hannover 2008. ¹⁰ Vgl. Moneta, Jakob: Kommentar zum kurzen Lehrgang der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Aufstieg und Niedergang des Stalinismus, Köln 1953. ¹¹ Vgl. Leggewie, Claus: Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984.

dieser Solidaritätsarbeit ebenfalls teil und konnte mit Moneta einen wichtigen Funktionär stellen. Aufgrund seines Status als Angehöriger der westdeutschen Botschaft und des *corps diplomatique* war er prädestiniert, relativ sicher Botengänge und andere Aufgaben zu übernehmen. Als sogenannter Kofferträger gelang es ihm, sowohl Spenden, die algerische Arbeiter*innen in französischen Fabriken gesammelt hatten, unbemerkt in die Schweiz zu bringen als auch Kader des FLN über die französische Grenze in die Bundesrepublik zu schmuggeln, der aufgrund der Repression durch die französischen Behörden seine Vertretung in Bonn einrichtete und von dort aus seine europäische Politik leitete. Mit seiner Unterstützung des FLN konnte Moneta nach der einschneidenden Erfahrung in Palästina wieder an seinen revolutionären Internationalismus anknüpfen. Dies erlaubte ihm zugleich, die politisch verhängnisvollen Fehler der französischen Kommunistischen Partei zu kritisieren, die zwischen verurteilendem und unterstützendem Verhalten gegenüber dem antikolonialen Kampf schwankte. In seinem umfangreichsten Werk «Die Kolonialpolitik der französischen KP» stellte er dies später dar.¹² Zugleich blieb er seiner Tradition in der Betonung der strategischen Rolle der europäischen Arbeiterbewegung treu und hatte so nur einen bedingten Zugang zu neuen Tendenzen des Antikolonialismus, wie sie etwa von Frantz Fanon repräsentiert wurden.

**MIT SEINER UNTERSTÜTZUNG
DES FLN KONNTE MONETA
NACH DER EINSCHNEIDENDEN
ERFAHRUNG IN PALÄSTINA
WIEDER AN SEINEN REVOLUTIONÄREN
INTERNATIONALISMUS
ANKNÜPFEN.**

¹² Vgl. Moneta, Jakob: Die Kolonialpolitik der französischen KP, mit einem Vorwort von Horst Heidermann, Hannover 1968.

DER FRANKFURTER GEWERKSCHAFTSJOURNALIST ALS LINKER BRÜCKENBAUER

1962 wurde Moneta von Otto Brenner als Nachfolger von Kuno Brandel zum Chefredakteur der *Metall* und des Funktionärsorgans *Der Gewerkschafter* zurück in die Bundesrepublik gerufen. In Frankfurt am Main entfaltete er eine wirkungsreiche Publikationstätigkeit. In der Funktion als Chefredakteur gelang es ihm nicht nur, die tagespolitischen Auseinandersetzungen der IG Metall journalistisch zu unterstützen; auch seine Rolle als Brückenbauer zwischen den Generationen fand hier seinen Ausdruck. Da er die Erfahrungswelten der Arbeiterbewegung vor 1933 selbst erlebt hatte, konnte Moneta diese Erinnerungen weitergeben: Mit dem Entstehen einer zweiten Neuen Linken durch die Radikalisierung der Jugend- und Studentenbewegung hielt seine Erfahrung politische Anknüpfungspunkte für eine sich politisierende junge Generation bereit. Engen Kontakt pflegte er zum Frankfurter SDS und insbesondere zu dessen Wortführer Hans-Jürgen Krahl.

Mit dem Tod von Otto Brenner 1972 geriet Moneta jedoch zusehends in Konflikt mit der Führungsebene, die mit Eugen Loderer als neuem Gewerkschaftsvorsitzenden einen Kurswechsel anstrebte. Neben seiner gewerkschaftlichen Aktivität schrieb er vermehrt für linke Zeitungen. Unter dem Pseudonym Anna Armand veröffentlichte er etwa in der trotzkistischen *was tun* weit aus radikaler gehaltene Artikel als so manche Publikation unter seinem Klarnamen. Zum Ende der 1970er Jahre war Moneta

zuletzt einer der wenigen Gewerkschafter, die sich gegen die positive Haltung des DGB gegenüber Atomkraft und Umweltverschmutzung aussprachen. Zusammen mit Heinz Brandt gründete er den Aktionskreis Leben, der Gewerkschaftsmitglieder mit den Ideen der aufkommenden neuen sozialen Bewegungen zu verbinden suchte und auf klassenpolitische Füße stellen wollte. Über den gewerkschaftlichen Wirkungskreis hinaus war Moneta in der westdeutschen Linken jedoch nicht allein durch sein Interesse an ökologischen Fragen bekannt. Seine internationalistische Haltung ließ ihn auch an Solidaritätskampagnen für Südafrika oder Chile teilnehmen. Ohne Repressalien ausgesetzt zu sein, gelang es ihm etwa, als hochrangiger Funktionär einige Wochen nach dem Putsch Pinochets 1973 Kontakte mit verfolgten Gewerkschafter*innen zu knüpfen. Seine Rolle als Brückenbauer fand zuletzt ab 1990 in seinem Engagement für die PDS seinen Ausdruck, in der er trotz oder gerade wegen seiner antistalinistischen Haltung und der zugleich ungebrochenen Hoffnung auf eine künftige sozialistische Gesellschaft als Weichensteller fungierte.

Nach seiner Pensionierung, in die er 1978 nach länger andauernden Schwierigkeiten mit Loderer ging, konnte Moneta größere politische Freiheiten genießen. Als sich das «rote Jahrzehnt» (Gerd Koenen) seinem Ende neigte und sich nicht zuletzt durch die gesellschaftliche «Entdeckung» der Shoah, die unter anderem durch die Ausstrahlung der Serie «Holocaust» mit angestoßen wurde, wandelte sich auch nach außen Monetas politisches Selbstverständnis. Mit Blick auf seine eigene Biografie rückte

er den spezifisch jüdischen Aspekt seiner politischen Haltung verstärkt in den Vordergrund. In der Auseinandersetzung um den Nahostkonflikt fand die westdeutsche Linke, die sich nach dem Junikrieg 1967 mehrheitlich antizionistisch verstand, in Moneta einen Fürsprecher der Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung. In zahlreichen Aufsätzen und Interviews verhandelte er ausgehend von seinen eigenen Erfahrungen die Situation im Nahen Osten. Trotz der Ernüchterung über den Entstehungsprozess der Staatswerdung Israels blieb seine Haltung in einem gewissen Sinne ambivalent. Losgelöst von der zionistischen Zielsetzung hob er kurz nach seiner Pensionierung hervor, dass BaMifne ihm bewiesen habe, dass «die gesellschaftliche Erziehung des neuen Menschen in Kibuzim, in Kommunen, den neuen Menschen hervorbringe».¹³ Mit dem Gedanken, den Menschen in das Zentrum der politischen und sozialen Emanzipation zu stellen, versuchte Moneta, den Geist eines revolutionären jüdischen Internationalismus am Leben zu halten, der sich zwischen sozialistischer Zukunftshoffnung und der Ernüchterung in Palästina herauskristallisierte.

Moneta verstarb im Alter von 97 Jahren am 4. April 2012. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er in einem jüdischen Altersheim. Die Nachricht von seinem Ableben rief ein großes Echo in der bundesrepublikanischen Linken hervor. In der Bandbreite der Nachrufe spiegelte sich zugleich Monetas Bedeutung für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in Deutschland wider. So sprachen nicht nur der hessische Landesverband der Partei DIE LINKE und die Redaktion der mittlerweile umbenann-

MIT DEM GEDANKEN, DEN MENSCHEN IN DAS ZENTRUM DER POLITISCHEN UND SOZIALEN EMANZIPIATION ZU STELLEN, VERSUCHTE MONETA, DEN GEIST EINES REVOLUTIONÄREN JÜDISCHEN INTERNATIONALISMUS AM LEBEN ZU HALTEN, DER SICH ZWISCHEN SOZIALISTISCHER ZUKUNFTSHOFFNUNG UND DER ERNÜCHTERUNG IN PALÄSTINA HERAUSKRISTALLISIERTE.

ten *Metalzeitung* ihr Beileid aus; über tradierte Strömungsgrenzen hinweg bekundeten Linke ihre Trauer. In den Nachrufen in der *Jüdischen Allgemeinen*, der *jungen Welt*, dem *Neuen Deutschland* oder der *Sozialistischen Zeitung* wurde auf ein nicht nur zeitlich weitgespanntes Leben geblickt. In der Biografie Monetas verdichtete sich ein jüdischer Internationalismus, der von den Ereignissen des «kurzen 20. Jahrhunderts» (Eric Hobsbawm) tief geprägt war und zugleich in seiner Hoffnungsperspektive auf eine sozialistische Gesellschaft unangetastet blieb.

¹³ Moneta, Jakob: Mehr Gewalt für die Ohnmächtigen, S. 117.

Mario Keßler

THEODOR BERGMANN (1916–2017)

EIN JÜDISCHER KETZER IM KOMMUNISMUS

Als Theodor Bergmann am 12. Juni 2017 in Stuttgart im 102. Lebensjahr nach kurzer Krankheit starb, stürzte die personelle Brücke zur Arbeiterbewegung der Weimarer Republik ein, deren letzter überlebender Akteur und Zeitzeuge er gewesen war. «Im Jahrhundert der Katastrophen», so der Titel seiner Autobiographie, blieb er sich stets treu und verkörperte doch wie kaum ein anderer alle Brüche einer Epoche zwischen Revolution und Konterrevolution.¹ Er wurde am 7. März 1916 als siebentes von acht Kindern des Reformrabbiners Julius Jehuda Bergmann, der zugleich die Jüdische Volkshochschule leitete, und dessen Frau Hedwig in Berlin geboren. Gleich seinem lebenslangen Vorbild Isaac Deutscher wurde Theodor Bergmann ein «nichtjüdischer Jude».² Im Jugendalter von 13 Jahren wandte er sich von der jüdischen Religion

ab und blieb doch der weltlichen jüdischen Tradition und Kultur, insbesondere der jüdischen Ethik mit ihrem Sinn für soziale Gerechtigkeit tief verbunden.

KOMMUNISMUS CONTRA STALINISMUS

Bereits der Elfjährige entschied sich unter dem Einfluss zwei seiner älteren Brüder für die kommunistische Idee und trat dem Jungspartakusbund bei. Nur zwei Jahre darauf aber schloss er sich der soeben gegründeten Jugendorganisation der KPD-Opposition an und bezog seitdem eine Gegenposition zum sowjetischen Stalin-Regime. Sein politisches Engagement zeitigte früh erste Folgen: Noch 1929 wurde der junge Rebell des Mommsen-Gymnasiums verwiesen. Doch im selben Jahr wurde er in das Köllnische Gymnasium aufgenommen, eine progressive Aufbauschule, an der vor allem Arbeiterkinder lernten. Der glänzend Begabte übersprang zwei Klassen. Lehrer wie Siegfried Kawerau und der Historiker Arthur Rosenberg prägten

**GLEICH SEINEM LEBENS-
LANGEN VORBILD ISAAC
DEUTSCHER WURDE
THEODOR BERGMANN EIN
«NICHTJÜDISCHER JUDE».**

¹ Bergmann, Theodor: Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten, Hamburg [2000] 2016. ² Deutscher, Isaac: The Non-Jewish Jew and Other Essays, hrsg. von Tamara Deutscher, London [1968] 1981.

ihn früh: Der Heranwachsende lernte, dass die Verteidigung der Weimarer Demokratie und die scharfe Kritik an den sozialen Missständen zusammengehören. Dazu trug die freiwillige Arbeit in der Redaktion der KPO-Zeitung *Arbeiterpolitik* bei. Dort lernte der junge Bergmann politische Köpfe wie Heinrich Brandler, August Thalheimer, Paul Frölich, Jacob Walcher, Heinz (Moses) Grzyb und den Inder M. N. Roy kennen – kommunistische «Ketzer», deren Gedanken und Haltung ihn, wie er betonte, ein Leben lang prägten.

Der Hitlerfaschismus veränderte Theodor Bergmanns Leben. Am 5. März 1933 legte er das Abitur als Klassenbesten ab, doch zwei Tage später, an seinem 17. Geburtstag, musste er aus Deutschland fliehen. Über Saarbrücken gelangte er ins britische Mandatsgebiet Palästina.

Da sein Vater ihn schon in Berlin auf eine jüdische Volksschule geschickt hatte, gehörte er zu den wenigen Flüchtlingen aus Deutschland, die Neuhebräisch bereits gut beherrschten. Im Kibbuz Geva erwarb er handwerkliche Fähigkeiten, die ihm später sehr zugute kamen. Doch bereits 1936 verließ Theo Bergmann das Land wieder. Er wollte nicht auf Araber schießen, und vor allem wollte er in Europa einen Beitrag zu Hitlers Sturz leisten.

Im tschechischen Tetschen-Liebwerd nahe der deutschen Grenze begann er an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Deutschen Technischen Hochschule ein Studium der Agrarwissenschaften – als Werkstudent, denn tagsüber arbeitete er in der Landwirtschaft. Er nahm zu den in tiefs-

ter Illegalität in Deutschland arbeitenden KPO-Genossen Kontakt auf.

Den Nazi-Invasoren entkam Theo Bergmann 1938 sehr knapp über Danzig nach Kopenhagen. Von dort sollte er nach Deutschland zurückgeschickt werden, was den sicheren Tod bedeutet hätte. Dem konnte er entrinnen. Sein Bruder Alfred, ein in die Schweiz emigrierter Arzt, wurde von deren Behörden 1940 an Nazideutschland ausgeliefert und dort sofort ermordet.

Theo Bergmanns Pläne, in Norwegen sein Studium fortzusetzen, zerschlugen sich. Mit Mühe gelangte er nach Schweden. Ein Studium lag dort außerhalb jeder Möglichkeit. Vielmehr musste er sich auf einem Bauernhof westlich von Stockholm als Hilfsarbeiter verdingen. 1945 arbeitete er kurzzeitig in einem Bergwerk.

Die politische Arbeit gab er nie auf. In Schweden gab er zusammen mit seinem Bruder Josef eine hektographierte Zeitung, die *KPO-Briefe*, später *Revolutionäre/Politische Briefe*, heraus und arbeitete in der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter mit. Sofort nach Kriegsende bemühte er sich um die Rückkehr nach Deutschland, obgleich ihm bewusst war, dass er in ein Land heimkehren würde, von dem aus der organisierte Mord an Millionen von Juden und Nichtjuden geplant und durchgeführt worden war. Doch dauerte es nach Verzögerung seiner Angelegenheit durch die britischen Militärbehörden bis 1946, ehe er zurückkehren konnte.

Der Weg in die Sowjetische Besatzungszone kam für ihn nicht infrage. Er machte sich

keine Illusionen über den Charakter des Stalinismus. Seine illegalen Reisen in die SBZ, wo er Weggenossen aus der KPO und anderen Kleingruppen traf, entgingen aber den sowjetischen Organen nicht. Noch 1946 erließen die sowjetischen Behörden einen Haftbefehl gegen ihn.

1947 konnte er in Bonn sein Studium der Agrarwissenschaften abschließen. Inzwischen hatte er in Stuttgart Gretel Steinhilber (1908–1994) kennengelernt. Die harmonische, doch kinderlose Ehe wurde von einer gemeinsamen politischen Überzeugung getragen: Auch Gretel gehörte schon vor 1933 der KPO an. Sie und ihre Schwestern hatten in nicht selten gefährvoller Lage das sogenannte Dritte Reich überlebt. Gretel sorgte in den ersten Nachkriegsjahren durch die Arbeit als Sekretärin auch für das finanzielle Auskommen des Paares, denn Theo arbeitete von 1948 bis 1951 zusammen mit seinem Bruder Josef als unbezahlter Redakteur der Zeitung *Arbeiterpolitik*. Diese gab kritischen Kommunisten und Sozialisten eine publizistisch-politische Plattform. Theo Bergmann schrieb die meisten der mehreren Hundert (ungezeichneten) Artikel. Doch schlug er 1951 das Angebot Wolfgang Leonhards aus, politisch in der Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP) tätig zu werden. Die UAP wurde finanziell von Jugoslawien unterstützt; Theo Bergmann aber wollte seine politische Arbeit auch nicht von Kräften abhängig machen, mit denen er politisch sympathisierte.

Der Weg zur Promotion wurde Theo Bergmann nicht leicht gemacht. Finanziell sich noch immer nur schwer über Wasser hal-

tend, zeitweise als Metallarbeiter sein Geld verdienend, konnte er endlich 1955 an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim den Doktorgrad erwerben. Für seine Dissertation über «Wandlungen der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur in Schweden», die 1956 auch als Buch erschien, unternahm er Feldforschungen in dem ihm vertrauten skandinavischen Land. Die folgenden Jahre arbeitete er in der Erwachsenenbildung und bei der Landwirtschaftskammer in Hannover, leitete ein erstes Entwicklungsprojekt in der Türkei und dolmetschte unentgeltlich auf Kongressen des Deutschen Gewerkschaftsbunds in vier Sprachen. 1953 nahm die sehr lange Reihe seiner Publikationen zu verschiedensten Aspekten internationaler Agrarpolitik und Agrarökonomie mit dem Schwerpunkt Genossenschaftswesen ihren Anfang.

ETABLIERTER AUSSENSEITER DER WISSENSCHAFT

1965 kehrte Bergmann zur Lehr- und Forschungstätigkeit nach Hohenheim zurück. 1968 erlangte er die Habilitation mit seiner Arbeit über «Funktionen und Wirkungsgrenzen von Produktionsgenossenschaften in Entwicklungsländern», die in der Europäischen Verlagsanstalt als Buch erschien. Er leitete danach Projekte zur Mechanisierung der Landwirtschaft in Indien und Pakistan sowie zum Genossenschaftswesen staatssozialistischer Länder. Zudem gehörte er zu den in Deutschland seltenen Spezialisten zu Fragen der israelischen Ökonomie, Politik und Gesellschaft mit dem Schwerpunkt der Kibbuz-Wirtschaft.

**ZUDEM GEHÖRTE ER
ZU DEN IN DEUTSCH-
LAND SELTENEN
SPEZIALISTEN ZU
FRAGEN DER ISRAELI-
SCHEN ÖKONOMIE,
POLITIK UND GESELL-
SCHAFT MIT DEM
SCHWERPUNKT DER
KIBBUZ-WIRTSCHAFT.**

Er arbeitete unter anderem für die Welternährungsorganisation (FAO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und war Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung, ohne aber der SPD beizutreten. Von 1969 bis 1974 war er Herausgeber und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift *Sociologia Ruralis. Journal of the European Society for Rural Sociology*.

Nach Gastvorlesungen in mehreren Ländern und einer Gastprofessur an der University of New England in Armidale im australischen Bundesstaat New South Wales erhielt er 1973 eine Professur für international vergleichende Agrarpolitik an der nunmehrigen Universität Stuttgart-Hohenheim. Trotz beruflicher Sicherheit und internationaler Anerkennung wurde Bergmann von der konservativen Professorenschaft in Hohenheim nur zögernd akzeptiert. Im deutschen Wissenschaftsbetrieb blieb er ein, wenngleich etablierter, Außenseiter. Er wurde zum umsichtigen, doch strengen Doktorvater einer Reihe von Kandidaten aus dem In- und Ausland und gehörte zur kleinen Professorengruppe, die den vom Radikalenerlass betroffenen Studenten beistand. Bis zum Eintritt in den akademischen Ruhestand 1981 lehrte Theodor Bergmann in Hohenheim sowie nebenamtlich auch an der Universität Göttingen.

Der Ruhestand wurde zum Unruhestand. Nunmehr wandte sich Theodor Bergmann verstärkt einem neuen Forschungsgebiet zu: der Geschichte der Arbeiterbewegung, zunächst der Geschichte der KPO. Einer hierzu bereits 1978 publizierten Broschüre folgte 1987 sein Hauptwerk «Gegen den

Strom. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition». Der Inhalt des Buchs ging über den Titel noch hinaus, behandelte Bergmann doch auch die Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO) und legte neue Forschungsergebnisse zur kommunistischen «Rechts»-Opposition in Skandinavien, Spanien, der Schweiz und den USA vor.

Als politisch denkender Zeitgenosse wie als Wissenschaftler war Theo Bergmann immer wieder den kommunistischen «Ketzer» und Reformbestrebungen «auf der Spur». Er setzte Hoffnungen auf das jugoslawische Modell, auf Nikita Chruschtschows Bemühungen, den Stalinismus mindestens partiell zu überwinden, und auf die Linken unter der antistalinistischen Opposition in Polen, Ungarn und der DDR im turbulenten Jahr 1956.

Beflügelt durch eine allmählich auch in der Bundesrepublik stärker werdende Linke sahen Theodor Bergmann, Wolfgang Abendroth, der Gewerkschafter Gerhard Gleissberg und Abendroths Doktorand Frank Deppe 1967 die Chance zur Bildung einer sozialistischen Partei gekommen und schrieben ein «Aktionsprogramm der sozialistischen Opposition». Die DDR reagierte umgehend: Wenn schon links von der SPD eine Partei entstehen sollte, dann sollte es eine kommunistische Partei sein, keine Vereinigung bestenfalls unsicherer

Kantonisten – neben Bergmann hatte auch Abendroth vor 1933 der KPD-Opposition angehört. Auch deshalb kam es 1968 zur Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

**ER WURDE ZUM
UMSICHTIGEN, DOCH
STRENGEN DOKTOR-
VATER EINER REIHE
VON KANDIDATEN
AUS DEM IN- UND
AUSLAND UND
GEHÖRTE ZUR
KLEINEN PROFESSO-
RENGRUPPE, DIE DEN
VOM RADIKALEN-
ERLASS BETROFF-
ENEN STUDENTEN
BEISTAND.**

Im selben Jahr 1968 aber sah nicht nur Theo Bergmann im «Prager Frühling» die reale Chance für einen erneuerten Sozialismus. Die brutale Niederwerfung dieses vielleicht aussichtsreichsten Reformversuchs innerhalb des Staatssozialismus beantwortete er mit aktivem Handeln. Er gehörte zu den Initiatoren der Solidaritätsbewegung, die den in den Westen geflüchteten Reformern publizistische und materielle Hilfe zukommen ließ, wodurch

er die dauernde Freundschaft von zwei der führenden Reformer, Eduard Goldstücker und Zdeněk Mlynář, gewann. Doch kritisierte er auch die sich nach rechts abwendenden Ex-Dissidenten. Die politische Bildungsarbeit, so auch gemeinsam mit Helmut Gollwitzer, war und blieb ihm besonders wichtig.

Theodor Bergmanns Publikationstätigkeit kann hier nicht annähernd gewürdigt werden. Die Nennung einiger der fast 40 Buchmonographien muss genügen:

- The Development Models of India, the Soviet Union and China: A Comparative Perspective (1977);
- Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder (2. Aufl., 1979);

**AUFGRUND SEINER LEBENS-
SCHICHTE SOWIE DER VERTRAU-
HEIT MIT DER SPRACHE UND
KULTUR ISRAELS VERSTAND THEO
BERGMANN VOM NAHOSTKON-
FLIKT MEHR ALS FAST ALLE
ANDEREN DEUTSCHEN LINKEN.**



Theodor Bergmann
2016 beim Symposium zu
seinem 100. Geburtstag
in Stuttgart

- Agrarian Reform in India (1984);
- Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition ([1987] 2001);
- Auf dem langen Marsch. Chinas Weg in die sozialistische Marktwirtschaft (1996);
- Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten (2000);
- Krise und Zukunft des Kibbutz (mit Ludwig Liegle; 2002);
- Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten (2004);
- Internationalisten an den antifaschistischen Fronten: Spanien, China, Vietnam (2009);
- Weggefährten. Gesprächspartner, Lehrer, Freunde, Helfer eines kritischen Kommunisten (2010);
- Der 100-jährige Krieg um Israel. Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt (2011);
- Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung. Irrwege, Kritik, Erneuerung (2012);
- Sozialisten, Zionisten, Kommunisten: Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert (2014);
- Der chinesische Weg. Versuch, eine ferne Entwicklung zu verstehen (2017).

Das letztgenannte Buch vollendete er mit über 100 Jahren.

1990 gehörte Theo Bergmann zu den ersten westdeutschen Intellektuellen, die zu ihren DDR-Kollegen Kontakt aufnahmen – bis dahin hatte dies die DDR-Führung verhindert. Er protestierte entschieden, wenngleich

natürlich vergeblich gegen die Zerschlagung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft. Vielen beruflich bedrängten ostdeutschen Forschern wurde er zum Freund und Ratgeber. In Konsequenz seiner solidarischen Haltung gehörte Theo Bergmann zusammen mit Karola Bloch zu den ersten westdeutschen Linken, die 1990 der PDS beitraten. Im selben Jahr kandidierte er sogar, in der Gewissheit, nicht gewählt zu werden, für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Als ob dies nicht genügte, wurde er mit seinem (früh verstorbenen) Freund Gert Schäfer zum Initiator einer Reihe international herausragend besetzter Konferenzen über Bucharin (1988), Trotzki (1990), Lenin (1993), Engels (1995), die Russische Revolution (1997) und Rosa Luxemburg (2004).

EIN JÜDISCHER INTERNATIONALIST

Die meisten von Theodor Bergmanns Geschwistern überlebten wie die Eltern in Palästina, drei Brüder nahmen wichtige Funktionen nach der Gründung des Staates Israel wahr: Der Rechtsanwalt Arthur Aharon arbeitete an der Israel-Mission in Köln, dem Vorläufer der Botschaft. Felix Eliezer, von Beruf Pharmakologe, wurde Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem. Ernst David wurde ebenfalls Professor sowie Direktor der israelischen Atomenergie-Behörde. Der weltweit renommierte Physiker gilt als «Vater» der israelischen Atombombe, worüber Theo Bergmann öffentlich nicht sprach.

Aufgrund seiner Lebensgeschichte sowie der Vertrautheit mit der Sprache und

Kultur Israels verstand Theo Bergmann vom Nahostkonflikt mehr als fast alle anderen deutschen Linken. Er verteidigte Israels Existenzrecht, ohne sich mit dessen Politik zu identifizieren, was ab 1967 zu Auseinandersetzungen mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund führte. Nach zahllosen Aufsätzen, Beiträgen und Interventionen fasste er 2011 seine Haltung zum Thema in seinem Buch «Der 100-jährige Krieg um Israel. Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt» zusammen. Für Theo Bergmann waren die «nationalen» Forderungen der jeweils «eigenen» Bourgeoisie Ausdruck von Klasseninteressen; sie so zu benennen – darin habe die Linke fast überall versagt. Ebenso habe sie es oft versäumt, nationale Unabhängigkeitsbewegungen auf ihren sozialen Inhalt zu befragen. Schließlich: «Nicht jeder Gegner der kapitalistischen Führungsmächte kann unsere Solidarität erhalten»;³ kritische Solidarität sei hingegen mit allen Kräften innerhalb Israels wie unter den Palästinensern zu üben, die auf einen Frieden hinarbeiten. Die arabischen Aufnahmeländer hätten sich niemals bemüht, die vertriebenen Palästinenser nach 1948 wirklich zu unterstützen und die Flüchtlinge so in ihre Gesellschaft einzugliedern, wie dies beide deutsche Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg tun mussten. Die Lösung des Konflikts, so Bergmanns Fazit, müsse «von innen kommen, aus dem Zusammenwirken der Arbeiter und Bauern in beiden Völkern»;⁴ denn:

3 Bergmann, Theodor: Der 100-jährige Krieg um Israel. Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt, Hamburg 2011, S. 80. 4 Ebd., S. 83.

«Die aktuellen Regierungen in Jerusalem und Gaza sind nicht willens, Frieden zu schließen. Sozialisten dürfen keine der beiden Regierungen in ihrer Intransigenz und ihren maximalistischen Forderungen unterstützen. Daher muss die Mehrheit in beiden Völkern die Regierungen auswechseln. Diese Mehrheit zu sammeln und zu führen ist die Aufgabe von sozialistischen Organisationen in beiden Ländern.»⁵

Dabei war seine scharfe Kritik an den chauvinistischen jüdischen Siedlern der Westbank nicht zu trennen von der Ablehnung der BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions), der er bestenfalls politische Naivität, im schlimmsten Fall aber Antisemitismus im pseudo-progressiven Gewand bescheinigte.

Noch im 99. Lebensjahr publizierte Theodor Bergmann eine Sammlung von Lebensbildern seiner Verwandten. Damit wollte er an 22 Mitglieder seiner Familie erinnern, die mehr durch Tiefen als in Höhen des Jahrhunderts getragen wurden. Stets wollten sie die gesellschaftliche Entwicklung als Zionisten, Sozialisten und Kommunisten mitgestalten. Der Kreis der Porträtierten reicht von seinen Eltern, seiner Frau Gretel, seinen fünf Brüdern und

zwei Schwestern bis zu Cousins und Cousinen. Die Familie kam ursprünglich aus der nördlichen Slowakei; Deutsch war ihre Kultur-, doch nie die einzige Sprache, die sie beherrschten. Viele Verwandte kehrten aus dem Exil in die ČSSR zurück. Manche wurden 1953 in die antisemitischen Machenschaften im Gefolge des Slánský-Prozesses hineingezogen. Sofern sie Kommunisten blieben, endete ihre politische Arbeit nach der Niederschlagung des «Prager Frühlings» 1968. Sie verbrachten die letzten Lebensjahre in gesellschaftlicher Isolierung. Voller Stolz konnte Theo Bergmann schreiben:

«An der großen Auseinandersetzung mit den drei faschistischen Mächten Deutschland, Italien und Japan haben alle ihren gesellschaftlichen Beitrag geleistet – an den Fronten des Krieges gegen den Faschismus, auch in der Unterstützung des illegalen Widerstands von innen und von außerhalb des Deutschen Reiches.»⁶

Der vielfältige Beitrag des jüdischen Aktivistin und Gelehrten Theodor Bergmann zur internationalen Linken konnte hier nur skizziert werden. Die Aufgabe, sein reiches politisches und intellektuelles Erbe zu erschließen, bleibt uns auferlegt.

5 Ebd. 6 Bergmann, Theodor: Sozialisten, Zionisten, Kommunisten. Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert, Hamburg 2014, S. 17.

Zarin Aschrafi

DEUTSCH-JÜDISCHE SCHEIDUNGEN

DAS WIRKEN LINKER JÜDINNEN UND JUDEN AUS FRANKFURT AM MAIN IN DEN 1970ER UND 1980ER JAHREN

Das Wirken politisch linksorientierter Jüdinnen und Juden in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg fand oftmals im Zeichen der Tradition einer alten Arbeiterbewegung seine Fortsetzung. Diese suchte stets nach einer Zukunft, die auf dem Fundament einer von universalistischen Werten geleiteten und alle Machtverhältnisse überwindenden fortschrittlichen Gesellschaft basierte. Dieser Tradition folgend begründeten Jüdinnen und Juden, die dem nationalsozialistischen Vernichtungswahn im Exil entkommen waren, ihre Rückkehr nach Deutschland mit ihren politischen Ambitionen: Sie kamen zurück, um arbeiterbewegte Parteien und Netzwerke wiederaufzubauen und/oder an der Entstehung eines demokratischen Staatswesens mitzuwirken. Diesen Bestrebungen gingen sie als Parteimitglieder (z. B. Richard Löwenthal), als Gewerkschaftler*innen (z. B. Jakob Moneta) oder als Akademiker*innen (z. B. Max Horkheimer) nach. Nach außen hin maßen sie ihrer jüdischen Herkunft bei ihrem linken Engagement jedoch keine große Bedeutung zu.

Diesem politischen Einzelwirken von Jüdinnen und Juden der alten Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik stand das Engagement der im Frühjahr 1980 von jun-

gen Frankfurter Intellektuellen gegründeten «Jüdischen Gruppe» entgegen. Nicht nur trat mit dem Intellektuellenkreis eine sich dezidiert als politisch links verortende Gruppe in Erscheinung. Auch das Epitheton «jüdisch» in ihrer Bezeichnung hob die Bedeutung ihrer Herkunft für ihr linkes Selbstverständnis hervor.

Zunächst als Diskussionskreis entstanden, bei dem im gemeinsamen Austausch unter anderem das Verhältnis von politischem Universalismus und jüdischer Partikularität besprochen wurde, positionierten sich einige der Protagonist*innen alsbald als Gruppe auch in politisch-öffentlichen Debatten. Zu den Intellektuellen der Jüdischen Gruppe gehörten neben Cilly Kugelmann und Micha Brumlik (Gründungsinitiator*innen) auch Dan Diner, Susann Heenen-Wolf, Gertrud Koch, Ronny Loewy, Dalia Moneta, Dina Stein, Martin Löw-Beer und viele mehr. 1985 löste sich der Frankfurter Kreis aus alltäglichen Gründen auf (Umzug, Ortswechsel und berufliche Verpflichtungen). Im Frühjahr 1986 folgte die Gründung der Zeitschrift *Babylon. Beiträge zur Jüdischen Gegenwart*, deren Hefte fortan wichtige und gewichtige Beiträge im intellektuellen Diskurs in der Bundesrepublik lieferten. Die Geschichte der Zeitschrift ist aufs Innigste

**NACH DEM KRIEG WAR
FRANKFURT AM MAIN EIN,
WENN NICHT DAS WIRKUNGS-
ZENTRUM DER ARBEITER-
BEWEGTEN, POLITISCHEN
LINKEN IN DER BUNDES-
REPUBLIK.**

mit der Entstehung der Jüdischen Gruppe und der Erfahrungsgeschichte ihrer Protagonist*innen verwoben.

Tatsächlich kommen in der von den Teilnehmenden selbst – zunächst informell – eingeführten Bezeichnung «Jüdische Gruppe» zwei miteinander verschränkte Erfahrungen zum Ausdruck: eine generationelle wie eine deutsche Erfahrung. So gehörten die 40 bis 50 Mitglieder als Kinder von Holocaustüberlebenden und -verfolgten allesamt der sogenannten zweiten Generation von Jüdinnen und Juden in Deutschland an. Die Mehrheit der in der Jüdischen Gruppe versammelten Protagonist*innen hatte darüber hinaus in den 1960er und 1970er Jahren ihre politische Sozialisierung in der Stadt Frankfurt am Main und damit in einem der beiden späteren Zentren des 68er-Protests erlebt. Gerade weil die intellektuelle Konstellation seinerzeit ein außergewöhnliches Phänomen in der Bundesrepublik darstellte, gewinnt der Ort Frankfurt am Main eine erkenntnistheoretische Bedeutung für Entstehung und Wirkung dieser Gruppe von linken Jüdinnen und Juden.¹

**FRANKFURT AM MAIN –
JÜDISCH UND INTERNATIO-
NALISTISCH**

Nach dem Krieg war Frankfurt am Main ein, wenn nicht *das* Wirkungszentrum der arbeitertbewegten, politischen Linken in der Bundesrepublik. Dies lag nicht nur an der US-amerikanischen Militärpräsenz in Frankfurt, von der wirtschaftliche Beschleunigung, kulturelle Universalität und politische Modernisierung ausgingen. Die konsequente Wiederbelebung der liberal-demokratischen Tradition der Stadt, die symbolisch im Wiederaufbau der Paulskirche, dem Wahrzeichen der Demokratie, zum Tragen kam, hatte ferner die Niederlassung von Gewerkschaften wie auch die Ansiedlung zahlreicher politischer Remigrant*innen in der Mainmetropole begünstigt. Zudem verband sich mit den Aufrufen zur Rückkehr seitens der Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen an die Genoss*innen im Exil die Erwartung an ein sich neu formierendes soziopolitisches Netzwerk in Deutschland, an das hätte angeknüpft werden können. Unter den politischen Rückkehrer*innen befanden sich auch viele Jüdinnen und Juden, die sich am sozialdemokratischen respektive sozialistischen, auf jeden Fall aber antifaschistischen Wiederaufbau Deutschlands beteiligen wollten.² In den 1960er Jahren wurde Frankfurt zudem durch seine Nähe zu Pa-

¹ Zur Gründungsgeschichte der Jüdischen Gruppe wie auch der Zeitschrift *Babylon* ausführlicher Aschrafi, Zarin: Intellektuelles Exil. Zur Gründungsgeschichte der Zeitschrift *Babylon*, in: Jahrbuch des Dubnow-Instituts 18/2019 (im Erscheinen). ² Von der Lühe, Irmela/Schildt, Axel/Schüler-Springorum, Stefanie: «Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause». Jüdische Remigration nach 1945, Göttingen 2008.

ris in den kulturellen und politischen Welt-aufbruch eingesogen. Mit Paris war die Stadt am Main nicht zuletzt durch das politische Engagement von Personen verbunden, die in den 1950er Jahren als «Kofferträger» wirkten, indem sie unter anderem algerische Dissident*innen aus Frankreich hinausschmuggelten. Paris war das europäische Zentrum der «Dritten Welt» geworden. Hier war der Begriff *tiers monde* (franz. Dritte Welt) Anfang der 1950er Jahre nicht nur erfunden worden, sondern sie hatte mit dem Maspero-Verlag auch ein wichtiges Sprachrohr erhalten.³

Im politischen Engagement für die «Dritte Welt» stießen auch viele Jüdinnen und Juden dazu, die sich einem Internationa-

lismus verschrieben hatten – wie etwa Jakob Moneta, «Kofferträger», Gewerkschaftler und Trotzkiist.⁴ In Frankfurt verkehrten sie vor allem an linkspolitischen Orten und trugen damit zur Herausbildung einer politischen Topografie bei. Zu einer Art Keimzelle kritischen wie oppositionellen Denkens und Agierens wurde der zum Jahreswechsel 1962/63 von Jungsozialist*innen gegründete Club Voltaire, in dem Internationalist*innen, Sozialist*innen, Antifaschist*innen, Dissident*innen aller Couleur ein- und ausgingen.

³ Kalter, Christoph: Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich, Frankfurt a. M. 2011. ⁴ Siehe John Wills Beitrag zu Jakob Moneta in diesem Heft.



Cover der ersten Ausgabe der *Babylon* aus dem Jahr 1986

DEUTSCH-JÜDISCHE FREUNDSCHAFTEN

Gerade für die in Deutschland heranwachsenden jüdischen Jugendlichen ging von Orten wie dem Club Voltaire eine besondere Anziehungskraft aus. Nicht nur wurden sie hier von den Vorträgen und Debatten der Gastredner*innen, darunter zahlreiche Jüdinnen und Juden, politisch inspiriert.⁵ Auch bot ihnen der Ort, der sich explizit in die Tradition der Aufklärung stellte, eine Möglichkeit, mit den nicht-jüdischen Altersgenoss*innen in Kontakt und Austausch zu treten. Dort begegneten sie einer deutschen Jugend, die für die verbrecherischen Taten ihrer Elterngeneration nicht verantwortlich war, sie sogar verurteilte. Beide, Deutsche wie Jüdinnen und Juden, konnten hier eine objektive Last hinter sich lassen: Während die deutschen Altersgenoss*innen als Kinder von Täter*innen ihre Herkunft überwinden, verlor bei den jungen Jüdinnen und Juden die Last ihres jüdischen Daseins im Land der Täter*innen ihre politische Bedeutung. Gerade das linke Milieu schien für solche deutsch-jüdische Begegnungen prädestiniert zu sein, wurde es doch von Jüdinnen und Juden als ein «neutraler Boden» (Dan Diner) in der ansonsten konservativen, unwirtschaftlichen Bundesrepublik wahrgenommen. Zugleich hatten die jüdischen Heranwachsenden mit ihrem Eintritt in das linke Milieu, jedoch auch mit jenem von ihren Eltern präferierten Rückzug ins Private gebrochen. Gera-

**GERADE DAS LINKE
MILIEU SCHIEN FÜR
SOLCHE DEUTSCH-
JÜDISCHE BEGEG-
NUNGEN PRÄDES-
TINIERT ZU SEIN,
WURDE ES DOCH VON
JÜDINNEN UND JUDEN
ALS EIN «NEUTRALER
BODEN» (DAN DINER)
IN DER ANSONSTEN
KONSERVATIVEN,
UNWIRTLICHEN
BUNDESREPUBLIK
WAHRGENOMMEN.**

⁵ Vgl. Aschrafi, Zarin: Aufklärende Gegenöffentlichkeit und politische Konversion. Der Club Voltaire in den 1960er Jahren, in: Götzel, Dennis/Wessely, Christina (Hrsg.): Im Vorraum. Lebenswelten Kritischer Theorie um 1969, Berlin 2019, S. 161–180.

de Letztere hatten sich für ein unsichtbares Leben im Land der Täter*innen entschieden, indem sie jedweden Kontakt zur deutschen Mehrheitsgesellschaft vermieden. Diese Entscheidung war nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass ihr Dasein in Deutschland gleichsam als Sakrileg wahrgenommen wurde. Nach dem Holocaust hatten die Judenheiten in der Welt, später kam auch Israel hinzu, Deutschland zum verbotenen Land erklärt. Der Boden war «blutgetränkt»; Jüdinnen und Juden sollten sich hier nicht mehr ansiedeln dürfen.⁶ Und doch zeichnete sich mit dem Beginn der 1950er Jahre ab, dass nicht alle Jüdinnen und Juden, darunter mehrheitlich aus Osteuropa gestrandete *displaced persons*, Deutschland verließen. Zudem hatten die deutschen Jüdinnen und Juden sich ohnehin um einen institutionellen Neubeginn bemüht. Mitte der 1950er Jahre waren die bundesrepublikanischen jüdischen Gemeinden konsolidiert.⁷ Just in diese Zeit fiel auch die vermehrte Beschäftigung der Gemeindefunktionär*innen mit der jüdischen Jugend. Erziehungskonzepte wurden diskutiert, Jugendeinrichtungen gegründet und entsprechende Programme angeboten – alles, um der lebensweltlichen Realität der jungen Menschen entgegenzukommen. Dabei wurden Lehrer*innen und Erzieher*innen aus dem Ausland bestellt, zumeist aus Israel. Entsprechend war die jüdische Erziehungsarbeit auf einer Einwanderung nach Israel fokussiert. Dem zionistischen Versprechen einer verheißungsvollen Zukunft in Israel folgten viele Jüdinnen und Juden aber erst infolge der sich zuspitzenden Deutungskonflikte um die Geschehnisse im Nahen Osten Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre.

Der sogenannte Sechstagekrieg von 1967 hatte innerhalb der Neuen Linken in der Bundesrepublik zu einer Wende ihrer politischen Solidarität gegenüber dem Staat Israel geführt. Der zuvor von den Linken als sozialistisches Kibbutz-Projekt gefeierte jüdische Staat verwandelte sich in den Augen der politischen Aktivist*innen zu einem «nationalzionistischen» Agitator – so die Diffamierung in Analogie zum Begriff «Nationalsozialismus».⁸ Im Jahr 1969 verschärfte sich Ton und Aktion der Linken: Nicht nur wurden zahlreiche Veranstaltungen mit Jüdinnen und Juden gestört und boykottiert; im Juli reisten auch Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) zu einer von der Fatah bestimmten und finanzierten «Informationsreise» nach Jordanien, bei der eine Gruppe der Revolutionstouristen auch in paramilitärische Ausbildungslager geführt worden ist; am 9. November schließlich verübten Linksradikale einen (glücklicherweise fehlgeschlagenen) Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin.⁹ Die Einwanderung vieler junger Jüdinnen und Juden nach Israel war damit nicht nur eine Konsequenz ihrer zionistischen Erziehung in Deutschland, sie erschien ihnen insbesondere vor dem Hintergrund der antizionistischen Agitationen ihrer linken Genoss*innen als notwendig.

⁶ Anthony, Tamara: *Ins Land der Väter oder der Täter. Israel und die Juden in Deutschland nach der Shoah*, Berlin 2004. ⁷ Brenner, Michael: *Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart. Politik, Kultur und Gesellschaft*, München 2012. ⁸ Kloke, Martin: *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*, Frankfurt a. M. 1994. ⁹ Aschrafi, Zarin: *Der Nahe Osten im Frankfurter Westend. Politische Akteure im Deutungskonflikt*, in: *Zeithistorische Forschungen* 16/2019, S. 467–494, unter: <https://zeithistorische-forschungen.de/3-2019/5789>.

Doch kaum in Israel angekommen, nahmen viele von ihnen erneut eine Kluft wahr: nun zwischen den ihnen in Deutschland vermittelten zionistischen Idealen und der politischen Realität vor Ort. Mehr als die Hälfte der jungen Jüdinnen und Juden aus Frankfurt kehrte nur wenige Jahre später nach Deutschland zurück, darunter auch Diner. Nachdem er im Jom-Kippur-Krieg von 1973 als Soldat gedient hatte, löste er sich vom Linkszionismus, der für ihn seinerzeit vor allem eine «bloße Form ideologischer Rechtfertigung des jüdischen Staates» dargestellt hatte. Er weitete seinen Blick und erkannte im Zionismus auch eine «Form von materieller Gewalt».¹⁰ In der Folge näherte er sich der israelischen, radikal-trotzkistischen Gruppe Matzpen an. Insbesondere mit deren Forderung einer sozialistisch-revolutionären Umwälzung des Nahen Ostens zur Überwindung des Palästina-Konflikts und damit zur Schaffung einer gemeinsamen Zukunft von Araberinnen und Arabern sowie Jüdinnen und Juden in der Region konnte sich Diner identifizieren.

**VOR ALLEM ABER
KONSTATIERTEN MITGLIEDER
DES DEUTSCH-JÜDISCHEN
GESPRÄCHSKREISES DAS
«WEITGEHENDE FEHLEN EINES
BEWUSSTSEINS» DAFÜR,
«DASS ISRAEL NICHT ZULETZT
AUS AUSCHWITZ HERVOR-
GEGANGEN WAR».**

Wieder zurück in Frankfurt schloss er sich dem Sozialistischen Büro (SB) an – einer 1969 gegründeten Organisationseinheit, die einen undogmatischen Sozialismus pflegte und ihren Fokus auf die Praxis, also auf das Hineinwirken in konkrete Lebenswelten, legte.¹¹ Im SB lernte Diner den Adorno-Schüler Detlev Claussen kennen,

¹⁰ Diner, Dan: Fragmente von unterwegs. Über jüdische und politische Identität in Deutschland, in: Ästhetik und Kommunikation 51/1983, S. 5–15, hier S. 15. ¹¹ Zum Sozialistischen Büro vergleiche Oy, Gottfried: Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift links. Sozialistische Zeitung (1969 bis 1997), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2007, unter: www.rosalux.de/publikation/id/1425/.

mit dem er nicht nur den Internationalismus, sondern ab Anfang der 1980er Jahre auch die Hinwendung zu und Beschäftigung mit der Kritischen Theorie teilte. Den beiden folgte später auch Micha Brumlik. Sie engagierten sich gemeinsam in der Redaktion der Zeitschrift *links. Sozialistische Politik*.

NEGATIVE SYMBIOSE

Solche Bemühungen von jungen Jüdinnen und Juden, ungeachtet ihrer Herkunft in der politischen Linken aufzugehen, waren in der Bundesrepublik zum Scheitern verurteilt. Gerade in den Deutungen des Palästina-Konflikts offenbarten sich deutsch-jüdische Differenzen, die nicht nur politischer Natur waren. Zu einer politischen Scheidung von den linken Genoss*innen kam es aber erst ab Sommer 1982, mit dem Beginn des Libanonkriegs.¹²

In linken Kreisen rief der Libanonkrieg moralische Entrüstung hervor. Nicht nur wurden in der Folge Demonstrationen abgehalten und zahlreiche antizionistische Aktionen vorbereitet, erneut wurde der Nahostkonflikt mit Bildern aus der deutschen Vergangenheit überlagert. Hatte man dazu in den langen 1970er Jahren noch Analogien zum Nationalsozialismus bemüht, so wurde nunmehr der Holocaust selbst zum Instrument politischer Umdeutungsversuche: Das israelische Kriegsvorgehen sei als eine «Endlösung»,¹³ ja, als ein «umgekehrter Holocaust»¹⁴ zu verstehen. Für linke Jüdinnen und Juden waren derartige Vergleiche nicht nur Ausdruck einer Relativierung des historischen Ereignisses

Auschwitz. Darüber hinaus zeigten sich diese Sichtweisen auch ignorant gegenüber der jüdischen Geschichtserfahrung.

Während sich die einstigen Genoss*innen in deutsche Linke verwandelten, fand sich mit Dietrich Wetzel, Lektor des Frankfurter Verlagshauses Neue Kritik, dem ehemaligen Hausverlag des SDS, ein Gesprächspartner, dem – jenseits imperialistischer Deutungsschablonen und im Bewusstsein einer historischen Verantwortung – an einem Verständnis des Palästina-Konflikts gelegen war. Bereits Anfang des Jahres 1980 hatte er in den Räumen des Verlags zu einem Gesprächskreis zwischen Deutschen und Jüdinnen und Juden eingeladen. Neben Kugelmann, Brumlik und Diner hatten sich Dina Stein, Detlev Claussen wie auch der seinerzeit in Frankfurt lebende US-amerikanische Historiker und Theoretiker Moïshe Postone zum Austausch eingefunden. Aus ihren Reflexionen ging 1983 die Publikation «Die Verlängerung von Geschichte» hervor, in der in verschiedenen Beiträgen der Umgang der deutschen Linken mit ihrer Vergangenheit sowie deren Deutung des Nahostkonflikts jenseits der deutschen Geschichte problematisiert wurde.

Vor allem aber konstatierten sie das «weitgehende Fehlen eines Bewusstseins» dafür, «dass Israel nicht zuletzt aus Auschwitz

¹² Zum Deutungskonflikt des Libanonkriegs in der Bundesrepublik siehe das Kapitel «Libanon 1982 – Der reale und der imaginäre Krieg» in der Studie: Fiedler, Lutz: Matzpen. Eine andere israelische Geschichte, Göttingen 2017. ¹³ In der Zeitschrift *Pflasterstrand* erhielt der Auszug eines israelkritischen Interviews den Untertitel «Zur israelischen Endlösung». Vgl. Fiedler: Matzpen, S. 364. ¹⁴ Die Bezeichnung geht zurück auf den Journalisten Reinhard Hesse von der Berliner *tageszeitung*. Vgl. Fiedler: Matzpen, S. 363.

«WAS DORT PASSIERT, IST AUCH
FORTSETZUNG DEUTSCHER,
EUROPÄISCHER GESCHICHTE.»
(DAN DINER)

hervorgegangen war».¹⁵ Oder anders formuliert: Bei aller sich unter dem Deckmantel des Universalismus äußernden Kritik am Zionismus, die in der Delegitimierung Israels mündete, war dessen Staatsgründung eben nicht Resultat zionistischer (Pionier-)Bemühungen gewesen. Mit der Hervorhebung dieser historischen Erkenntnis ging es dem deutsch-jüdischen Gesprächskreis aus dem Verlagshaus aber nicht darum, kritische Reflexionen über die politischen Machtverhältnisse in Israel unmöglich zu machen. Vielmehr wollten sie an das historische Bewusstsein der Deutschen appellieren, dass Israel zur Heimstätte von Jüdinnen und Juden geworden war, eben weil diese der nationalsozialistischen Vernichtungsideologie durch Flucht entkommen waren bzw. diese überlebt hatten. «Es bleibt dabei» – so Diner 1982 in der *tageszeitung* intervenierend – «Was dort passiert, ist auch Fortsetzung deutscher, europäischer Geschichte. Und wer dieses Elend begreifen will, verändern im Sinne von arabischen Palästinensern und israelischen Juden, der muss die Geschichte als Ganzes begreifen lernen und sich dabei nicht zuletzt verantwortlich fühlen.»¹⁶

Im Wissen um die *Totalität* der administrativ und industriell durchgeführten Vernichtung von Jüdinnen und Juden, im Wissen um den «Zivilisationsbruch» (Dan Diner), blieb die Reflexion über das eigene jüdische Selbstverständnis nicht aus. Dabei näherten sich einige der linken Jüdinnen und Juden bereits seit Ende der 1970er Jahre einer «jüdischen Identität» an, die «in [der] Praxis Universalität vorwegnimmt».¹⁷ Dieses Selbstverständnis fand in der Figur des «nichtjüdischen Juden» seinen Ausdruck. Sie geht zurück auf den Schriftsteller und Historiker Isaac Deutscher, ein 1907 in Polen geborener, 1939 nach England geflüchteter Marxist. Deutscher bekannte sich zu seiner jüdischen Herkunft qua der «unbedingten Solidarität mit den Verfolgten und Ausgeretteten». «Ich bin Jude», so Deutscher, «weil ich die jüdische Tragödie als meine eigene empfinde.»¹⁸

¹⁵ Wetzel, Dietrich: Die Verlängerung von Geschichte. Anstatt einer Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästinakonflikt, Frankfurt a. M. 1983, S. 7–14, hier S. 10. ¹⁶ Dan Diner zit. n. Fiedler: Matzpen, S. 365. ¹⁷ Diner, Dan: Fragmente von unterwegs, S. 6f. ¹⁸ Deutscher, Isaac: Wer ist Jude, in: ders.: Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus. Mit einer Vorbemerkung von Tamara Deutscher. Übersetzung und Nachwort von Eike Geisel und Mario Offenberg, Berlin 1977, S. 21–34.

Den Ausgangspunkt seiner jüdischen Zugehörigkeit bildete damit nicht eine soziale, ethnische oder religiöse Komponente, sondern die vom Holocaust überschattete Vergangenheit. Es war genau dieser Gedanke – Auschwitz als Referenzpunkt der jüdischen Zugehörigkeit –, der auch zu einem konstitutiven Bestandteil des jüdischen Selbstverständnisses der linken Frankfurter Jüdinnen und Juden wurde. Die Identifikation mit der Denkfigur des «nichtjüdischen Juden» ermöglichte den Mitgliedern der Gruppe, als universalistisch orientierte Intellektuelle aufzutreten, ohne die eigene jüdische Partikularität ausschließen zu müssen.

Gerade in der reflexiven Scheidung von einer deutsch gewordenen Linken suchten die universalistisch gesinnten Jüdinnen und Juden, das Konzept «Zukunft durch Herkunft» wie auch Geschichtsphilosophie durch Geschichte zu ersetzen. Indem sie linke, auf die Menschheit gerichtete Traditionen mit jener in Auschwitz versinnbildlichter Zäsur ins Verhältnis setzten, blieb auch eine Reflexion über die Beziehung von Jüdinnen und Juden und Deutschen davon nicht unberührt. Als 1986 dann die

von einigen der Protagonist*innen der Jüdischen Gruppe herausgegebene Zeitschrift *Babylon. Beiträge zur Jüdischen Gegenwart* erschien, widmete sich gleich der erste Aufsatz des Heftes diesem Gegenstand, nämlich der Verhältnisbestimmung von Jüdinnen und Juden zu Deutschen. Der Autor des Textes, Dan Diner, diagnostizierte dabei einen gemeinsamen Bezugspunkt im deutsch-jüdischen Verhältnis: Auschwitz. Er brachte dies in dem einprägsamen Begriffspaar «negative Symbiose» zum Ausdruck. Damit erteilte er jener von Deutschen erhofften Vorstellung eine Absage, die von einer «deutsch-jüdischen Symbiose», also einer Art verflochtener, sich in ihren produktiven Elementen ergänzenden Beziehung, ausging. Gerade die Machtübertragung an die Nationalsozialisten hatte diese Art der «Symbiose», von der ohnehin vor allem Jüdinnen und Juden überzeugt waren, endgültig zerstört und zu einem veränderten Verhältnis zwischen Jüdinnen und Juden und Deutschen geführt.¹⁹

¹⁹ Diner, Dan: Negative Symbiose, in: *Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart* 1/1986, S. 9–20.

ZUM WEITERLESEN

EINFÜHREND

Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2018.

Brenner, Michael: Geschichte des Zionismus, München 2019.

Buckmiller, Michael/Heimann, Dietrich/Perels, Joachim (Hrsg.): Judentum und politische Existenz. [17 Texte zu u. a. Hannah Arendt, Walter Benjamin, Ernst Bloch, Ernst Fraenkel, Erich Fromm, Max Horkheimer, Gustav Landauer, Theodor Lessing, Franz L. Neumann, Werner Scholem, Hannover 2000.

Heuberger, Georg (Hrsg.): Arbeiter und Revolutionäre: Die Jüdische Arbeiterbewegung. Begleitheft zur Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1996.

Keßler, Mario: Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: UTOPIE kreativ 173, 2005, S. 223–232, unter: www.rosalux.de/publikation/id/2560.

Schubert, Kurt: Jüdische Geschichte, München 2012.

Seltmann, Uwe von: Wir sind da! 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, Erlangen 2021.

Stemberger, Günter: Jüdische Religion, München 2015.

Zadoff, Noam: Geschichte Israels. Von der Staatsgründung bis zur Gegenwart, München 2020.

JÜDISCHE GESCHICHTE

Brenner, Michael (Hrsg.): Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart: Politik, Kultur und Gesellschaft, München 2012.

Beck, Wolfgang (Hrsg.): Die Juden in der europäischen Geschichte. Sieben Vorlesungen, München 1992.

Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, vier Bände, München 1996/97:

Breuer, Mordechai/Graetz, Michael: Erster Band 1600–1780.

Brenner, Michael/Jersch-Wenzel, Stefi/Meyer, Michael A.: Zweiter Band 1780–1871.

Lowenstein, Steven M./Mendes-Flohr, Paul/Pulzer, Peter/Richarz, Monika: Dritter Band 1871–1918.

Barkai, Avraham/Mendes-Flohr, Paul/Lowenstein, Steven M.: Vierter Band 1918–1945.

Herzig, Arno/Rademacher, Cay (Hrsg.): Die Geschichte der Juden in Deutschland, Hamburg 2007.

Schulte, Christoph: Die jüdische Aufklärung: Philosophie, Religion, Geschichte, München 2002.

Volkov, Shulamit: Die Juden in Deutschland 1780–1918, Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 16, München 2002.

Zimmermann, Moshe: Die deutschen Juden 1914–1945, Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 43, München 1997.

AUSSTELLUNGSKATALOGE

Jüdisches Museum Wien: Genosse. Jude. Wir wollten nur das Paradies auf Erden, Wien 2017.

Ellermeyer, Jürgen (Hrsg.): Arbeiter und Revolutionäre. Die jüdische Arbeiterbewegung. Beth Hatefutsoth, The Nahum Goldmann Museum of the Jewish Diaspora Tel Aviv/Museum der Arbeit, Hamburg 1998.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Deutscher, Isaac: Der nichtjüdische Jude: Essays, Berlin 1988.

Dietrich, Christian: Im Schatten August Bebel. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932, Göttingen 2021.

Gerber, Jan: Verborgene Präsenzen. Gedächtnisgeschichte des Holocaust in der deutschsprachigen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Böckler Forschungsmonitoring 9/2009, unter: www.boeckler.de/pdf/p_fomo_hbs_09.pdf.

Grab, Walter (Hrsg.): Juden und jüdische Aspekte in der Deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Tel Aviv 1977.

Grebing, Helga: Jüdische Intellektuelle und ihre politische Identität in der Weimarer Republik, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 34/2005, unter: www.isb.ruhr-uni-bochum.de/mam/content/mitteilungsblatt/volltexte/grebing_mtb34.pdf

Heid, Ludger/Paucker, Arnold: Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Tübingen 1992.

Henke, Hans-Gerd: Der «Jude» als Kollektivsymbol in der deutschen Sozialdemokratie 1890–1914, Mainz 1994.

Hermand, Jost: «Völker, hört die Signale!» Zum Bekennermut deutsch-jüdischer Sozialisten und Sozialistinnen vor 1933, Köln/Weimar/Wien 2020.

Jacobs, Jack (Hrsg.): Jews and Leftist Politics. Judaism, Israel, Antisemitism, and Gender, Cambridge 2017.

Jacobs, Jack: Sozialisten und die «jüdische Frage» nach Marx, Mainz 1994.

Jews and Revolutions, in: Chidushim. Studies in the History of German and Central European Jewry 18/2017.

Judentum und Revolution: Der Weltverband Poale Zion zwischen Zionismus und Kommunismus, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien 2/2017.

Jüdische Geschichte, in: GWU – Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 7–8/2021.

Keßler, Mario: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993.

Keßler, Mario: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung. 1897–1933, Berlin 1994.

Löwy, Michael: Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken, Berlin 1997.

Mendelsohn, Ezra: On Modern Jewish Politics, New York/Oxford 1993.

Mendes, Philip: Jews and the Left: The Rise and Fall of a Political Alliance, Basingstoke 2014.

Na'aman, Shlomo: Marxismus und Zionismus, Gerlingen 1997.

Pickhan, Gertrud: «Gegen den Strom». Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund «Bund» in Polen 1918–1939, Leipzig 2001.

Plass, Hanno: Zwischen Antisemitismus und Apartheid. Jüdinnen und Juden in Südafrika (1948–1990), Berlin 2020.

Salzborn, Samuel (Hrsg.): Zionismus. Theorien des jüdischen Staates, Baden-Baden 2015.

Timm, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern: Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

Traverso, Enzo: Die Marxisten und die jüdische Frage, Mainz 1995.

Wolff, Frank: Neue Welten in der Neuen Welt – Die transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947, Köln 2014.

Zuckermann, Moshe (Hrsg.): Tel Aviver Jahrbuch zur deutschen Geschichte. Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, Göttingen 2005.

EINE AUSWAHL VON PUBLIKATIONEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ZUM THEMENFELD HISTORISCHER UND AKTUELLER ANTISEMITISMUS:

Blanke, Moritz/Hawel, Marcus (Hrsg.): Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken, RLS Texte 66, Berlin 2010, unter: www.rosalux.de/publikation/id/4463.

Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Kiess, Johannes: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger «Mitte»-Studie 2016, gefördert u. a. durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gießen 2016.

Burschel, Friedrich: Der Elefant der Geschichte im Saal C24. Wie das Denken an die Opfer von Halle das Gedenken an die Shoah aufruft, LuXemburg-Online, Oktober 2020, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/der-elefant-im-saal-c24/.

Burschel, Friedrich: Nach Halle: Über Schreibtischtäter und Attentäter. Um Haaresbreite ist die jüdische Gemeinde in Halle einem Blutbad durch einen deutschen Nazi-Egoshooter entgangen, Online-Publikation, Oktober 2019, unter: www.rosalux.de/news/id/41103.

Goldenbogen, Anne/Kleinmann, Sarah: Aktueller Antisemitismus in Deutschland. Verflechtungen, Diskurse, Befunde, Studien 1/2021, Berlin 2021, unter: www.rosalux.de/publikation/id/43659.

Helas, Horst/Rubisch, Dagmar/Zilkenat, Reiner (Hrsg.): Neues vom Antisemitismus, RLS Texte 46, Berlin 2008, unter: www.rosalux.de/publikation/id/1074.

Keßler, Mario/Lederer, Klaus: DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus: Thema beendet?, Standpunkte 5/2012, Berlin 2012, unter: www.rosalux.de/publikation/id/5794.

Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (Hrsg.): Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive, Berlin 2020, unter: www.rosalux.de/publikation/id/43063.

Luxemburg, Rosa: Nach dem Pogrom. Texte über Antisemitismus 1910/11, hrsg. von Holger Politt, Potsdam 2014.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Antisemitismus in der DDR – ein aktuelles Thema?, Audio-Dokumentation, 2012, unter: www.rosalux.de/dokumentation/id/13993.

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Streiten um Erinnerung(en). Überlegungen zu einer postkolonialen Debatte, Dossier, Dezember 2020, unter: www.rosalux.de/postkoloniale-debatte.

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Mit Luther und Hitler für Glauben und Volkstum. Geschichtspolitik und Antisemitismus am Beispiel der lutherischen Landeskirche Sachsens. Audio-Dokumentation mit Hansjörg Buss, 2015, unter: www.rosalux.de/dokumentation/id/14201.

Timm, Angelika (Hrsg.): Die deutsche Linke und der Antisemitismus. Ausgewählte Zeugnisse der Antisemitismusdebatte in der Partei DIE LINKE, Tel Aviv 2012, unter: www.rosalux.de/publikation/id/5813.

Ullrich, Peter: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Texte 48, Berlin 2008, unter: www.rosalux.de/publikation/id/1236.

Ullrich, Peter: Linke, Nahostkonflikt, Antisemitismus. Wegweiser durch eine Debatte. Eine kommentierte Bibliografie, Reihe Analysen, Berlin 2012, unter: www.rosalux.de/publikation/id/6004.

Ullrich, Peter: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs. Mit einem Vorwort von Micha Brumlik, gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Göttingen 2013, unter: www.rosalux.de/news/id/7053.

Ullrich, Peter: Gutachten zur «Arbeitsdefinition Antisemitismus» der International Holocaust Remembrance Alliance, Papers 2/2019, Berlin 2019, unter: www.rosalux.de/publikation/id/41168.

Weis, Florian: Eskalation mit Vorlauf. Antisemitismusvorwürfe gegen die Labour Party und die Suspendierung von Jeremy Corbyn, LuXemburg-Online, November 2020, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/eskalation-mit-vorlauf/.

Weis, Florian: Zwischen Überreaktion, innerparteilichem Misstrauen und kluger Doppelstrategie? Labour und der Antisemitismus-Streit, Online-Publikation, Juli 2020, unter: www.rosalux.de/news/id/42640.

AUTOR*INNEN

Riccardo Altieri ist unabhängiger Historiker und Sachbearbeiter beim Johanna-Stahl-Zentrum für jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken. Nach dem Studium der Geschichte und Germanistik promovierte er an der Universität Potsdam («Rosi Wolfstein und Paul Frölich – Transnationale Linke des 20. Jahrhunderts»). Altieri forscht auf den Gebieten historische Arbeiterbewegung, Klassismus, unterfränkisches Judentum. Zuletzt erschien sein Buch «Rosi Wolfstein-Frölich. Sozialdemokratin und Antimilitaristin» (2021).

Zarin Aschrafi absolvierte ihren Magister in Geschichte und Literaturwissenschaften an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Seit Oktober 2016 ist sie Doktorandin am Leibniz-Institut für Jüdische Geschichte und Kultur, Simon Dubnow in Leipzig. Sie bearbeitet dort ihr Dissertationsprojekt mit dem Titel «Von Frankfurt nach Babylon. Eine Erfahrungsgeschichte jüdischer Intellektueller in der Bundesrepublik».

Axel Fair-Schulz ist Associate Professor of European History an der State University of New York in Potsdam/NY, einer amerikanischen Kleinstadt im Norden des US-Bundesstaats New York. Aufgewachsen in der DDR lebt er seit drei Jahrzehnten in Nordamerika und publiziert zur DDR-Geschichte sowie zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Bernd Hüttner ist Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Mitglied unter anderem des Vorstands der German Labour History Association und der Redaktion von *Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien*. Interessensgebiete sind emanzipatorische historische Bildung, Intersektionalität, Kunstgeschichte, neue soziale Bewegungen. Ein Publikationsverzeichnis findet sich unter www.bernd-huettnr.de.

Mario Keßler war von 1996 bis 2021 am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und von 2001 bis 2021 an der Universität Potsdam beschäftigt. Zahlreiche Forschungsaufenthalte in Polen, der Sowjetunion, England, Israel und in den USA, unter anderem an der Harvard University, der Johns Hopkins University, der University of Minnesota und dem King's College London. Er hatte Gastprofessuren an der University of Massachusetts, der Rutgers University, der Columbus State University/Georgia, dem City College of New York sowie mehrmals an der Yeshiva University, New York, inne. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand war Mario Keßler im Frühjahr 2021 Gastprofessor am Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po).

Dana Mills promovierte an der University of Oxford und ist Autorin. Von ihr sind folgende Bücher erschienen: «Dance and Politics: Moving beyond Boundaries» (2016); «Rosa Luxemburg» (2020) und «Dance and Activism. A Century of Radical Dance Across the World» (2021). Seit 2021 ist sie Direktorin für Entwicklung und Außenbeziehungen bei Peace Now, der größten und ältesten Friedensbewegung Israels.

Gertrud Pickhan ist Professorin für die Geschichte Ostmitteleuropas am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Von 1993 bis 1997 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Aufbau des Deutschen Historischen Instituts Warschau beteiligt. Anschließend war sie Stellvertreterin der Gründungsdirektorin des Leibniz-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur, Simon Dubnow in Leipzig. 2000 wurde sie als Professorin für polnische Landes- und Kulturstudien an die TU Dresden berufen; seit 2003 ist sie an der FU Berlin tätig. Die osteuropäisch-jüdische Geschichte ist ihr wichtigster Arbeitsschwerpunkt. Zur Geschichte des «Bund» veröffentlichte sie zahlreiche Publikationen.

Hanno Plass ist Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Sabine Boeddinghaus (Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft für DIE LINKE). Er promovierte 2020 bei Axel Schildt und Stefanie Schüler-Springorum (im Arbeitskreis «(West-)Europäische Wahrnehmung der Apartheid, 1960–1990») mit einer Studie über südafrikanische Jüdinnen und Juden im Kampf gegen die Apartheid 1948–1990. Er ist Vorsitzender der Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg und Fellow am Zentrum

für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Seine Interessengebiete sind jüdische Geschichte und Geschichte der Befreiungsbewegungen, internationale Politik, Ideengeschichte und Marxismus.

Angelika Timm ist habilitierte Nahostwissenschaftlerin und Israel-Expertin (Promotion 1976, Habilitation 1987). Sie lehrte an der Humboldt-Universität (1988–1998), an der Freien Universität Berlin (1999–2002) und an mehreren israelischen Universitäten. Von 2008 bis 2015 leitete sie das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv. Sie veröffentlichte zahlreiche Publikationen über den Nahen Osten, Israel und das deutsch-israelische Verhältnis.

Florian Weis ist Historiker mit Schwerpunkten zur neueren und neuesten britischen und deutschen Geschichte (Promotion ««And now – win the peace». Nachkriegspläne der Labour Party») und Mitbegründer des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er arbeitet seit 1999 in unterschiedlichen Funktionen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und befasst sich derzeit unter anderem mit britischer Politik, der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus sowie Themen zur jüdischen und der Geschichte der Arbeiterbewegung.

John S. Will ist seit 2018 Doktorand am Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur, Simon Dubnow in Leipzig. 2018 schloss er sein Studium an der Universität Hamburg mit der Masterarbeit «Der Fall Mandel. Auseinandersetzungen um die Nichtberufung und das Einreiseverbot 1972–1978» bei Knud Andresen und Axel Schildt ab.

Bildnachweise

Titelmotiv: Cable Street, www.cablestreet.uk

S. 4: Library of Congress, George Grantham Bain Collection

S. 6: S-T-R-E-E-T-L-I-V-E., CC BY-ND 2.0

S. 9: Bundesarchiv

S. 10: IISG, Henry Jacoby Papers, Mappe 7; Foto: Barbara Klemm, undat. [ca. 1970er Jahre]

S. 20/21: YIVO Institute for Jewish Research

S. 32/33: Israel Press and Photo Agency (I.P.P.A.)/Dan Hadani collection, National Library of Israel, CC BY 4.0

S. 52: Meinhard Meuche-Mäker

S. 66: The London Jewish Bakers Union, Jewish Museum, London

S. 75: picture-alliance/ZB/Klaus Morgenstern

S. 84/85: ullstein bild/Probst

S. 96: Alexander Schlager

S. 103: Verlag Neue Kritik

Impressum

luxemburg beiträge Nr. 5

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2749-0939 · Redaktionsschluss: September 2021

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

««Mir war bewusst, an einem großen Abenteuer mitzuwirken, das einmal zur Schaffung des sozialistischen Menschen beitragen würde.» (Moneta)
Unter dem Vorzeichen des sozialistischen Zionismus schien für Moneta zunächst die Verwirklichung einer egalitären Gesellschaft greifbar. Im weiteren Zeitverlauf geriet diese Hoffnung allmählich ins Wanken.»

John S. Will